

INTERVIEW MIT
ANDREA NAHLES

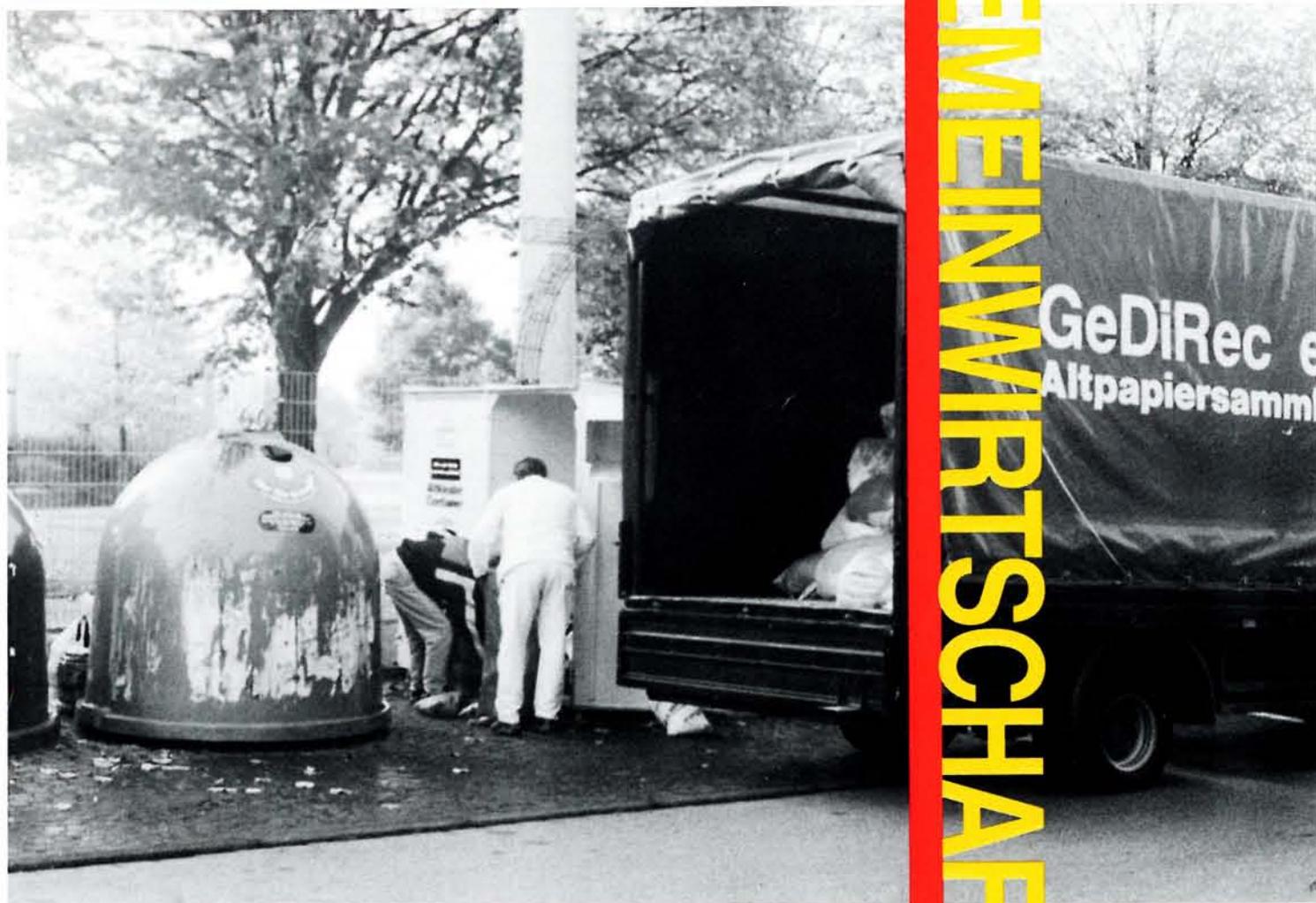
MARTIN KEMPE
Von der Arbeitsmarkt-
politik zur neuen
Arbeitspolitik

MICHAEL VESTER
Zwischen Klassen-
gesellschaft und
Individualisierung

SPOW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

NEUE GEMEINWIRTSCHAFT?



Ausgabe 4/96 • Heft 90 • 8,50 DM • Juli/August 1996

ISSN 0170-4613

von Thomas Westphal

Vor wenigen Wochen veröffentlichte das Ifo-Institut eine Studie mit dem Titel "Bemerkungen zur Standortdiskussion in Deutschland". Die dort getroffenen Aussagen zur Entwicklung der Lohn- und Steuerbelastung am Standort Deutschland widersprachen in erfrischender Klarheit allen bisherigen Thesen der Standort-Auguren. Es folgte eine deftige Debatte, mit einem öffentlichen Stelldichein des "who is who" der deutschen Wirtschaft. Der Druck auf das Ifo-Institut (sonst ja eher eine treue wissenschaftliche Dienerin deutscher Industriekapitäne) wurde schließlich so groß, daß der Institutsleiter öffentlich den Rückzug antreten mußte.

"Wir wurden mißverstanden" ließ er schließlich verlauten. Diese Rückzugsbegründung muß angesichts der klaren und interpretationsfreien Aussagen in der Studie mehr als verwundern. Was ist z.B. an der Aussage, daß "hohe Stundenlöhne gerechtfertigt erscheinen, wenn man Arbeitsproduktivität und Stundenproduktivität berücksichtigt", eigentlich mißverständlich? Wie soll eigentlich die Feststellung, "auf gesamtwirtschaftlicher Ebene sind die realen Lohnstückkosten weder übermäßig hoch, noch in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich gestiegen", falsch verstanden werden können?

Und schließlich ist die Aussage: "Klagen über zu hohe Arbeitskosten sind nur in eingeschränktem Maße

berechtigt und zu einem großen Teil interessenpolitisch motiviert", doch nun wirklich klar wie Kloßbrühe.

Kurzum: Es ist wohl doch so, daß auch der Rückzug des Institutes nur in eingeschränktem Maße berechtigt und zu einem großen Teil interessenpolitisch motiviert ist.

*

Während also das Lager der Arbeitgeber deutliche Risse im wissenschaftlichen Fundament ihrer Standortlogik zu beklagen hat, haben auf der anderen Seite die Gewerkschaften nach der erfolgreichen Juni-Demonstration zunächst wieder in den zweiten Gang zurückgeschaltet. Aber das paßt ja durchaus in die aktuelle politische und ökonomische Gesamtlage der Gewerkschaftsbewegung. Denn schließlich ist auch durch eine erfolgreiche Massendemonstration die Arbeit im betrieblichen Geschäft nicht eben leichter geworden. Der Kampf gegen die Front der Vertreter des "Management by Outsourcing" geht von Betrieb zu Betrieb weiter.

Und so ist das Auf und Ab in der Geschichte der Idee vom Bündnis für Arbeit nicht unbedingt ein Hinweis auf die Untauglichkeit der strategischen Gesamtidée. Unter Umständen ist es eben doch so, daß die sozialen Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland den französischen Verhältnissen viel näher sind, als es viele glauben wollen. Wenn ich hier von französischen Verhältnissen spreche, dann meine ich allerdings weniger die Konfliktlösungsformen und Proteststile der französischen Gewerkschaften. Schon gar nicht geht es um einen Vergleich der Dezember-Streiks in Frankreich mit den Juni-Demonstrationen in Deutschland. Mit geht es um die gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen, unter denen die Gewerkschaften ihren Vorstoß für mehr Beschäftigung gestartet haben.

Mit „französischen Verhältnissen“ umschreibt der Pariser Sozialhistoriker Emmanuel Todd die sozialen Strukturen Frankreichs, als die einer gespaltenen Gesellschaft, in der sich Volk und Elite unverbunden und unverstanden gegenüberstehen. Durch den Niedergang der kommunistischen und linkssozialistischen Utopien entsteht für Todd das Bild einer ideologisch beruhigten, aber von oben nach unten geschichteten Gesellschaft, in der die "Schicht des einfachen Volkes" - die *Classes populaire* - über keine politische Reprä-

sentation mehr verfügt, da sich die Repräsentanten der Linksparteien längst innerhalb der Befestigungsanlagen der gesellschaftlichen Eliten - der *Classes moyennes* - bewegen.

Kurzum: Für Todd entsteht eine Klassengesellschaft, in der es eine Opposition zwischen dem Volk und den höheren Klassen der Elite gibt. Eine Rekonstruktion für eine sozialreformerische Gestaltungspolitik jenseits von Chirac ist unter diesen Bedingungen nur dann möglich, wenn eine Wiederentdeckung der *Classes populaire* durch die Linksparteien stattfindet.

*

Ist es nicht so, daß die Verunsicherung und zunehmende politische Abkehr der "Schicht des einfachen Volkes" in Deutschland mit ihrer fehlenden Repräsentation in der "modernen Sozialdemokratie" - und damit in der gesamten politischen Landschaft - zusammenhängt?

Und ist es nicht so, daß bis zur Juni-Demonstration der Gewerkschaften die Existenz von sozialen Schichtungen und sozialen Interessen durch die deutschen *Classes moyennes* aller (Parteien) Couleur schlicht geleugnet wurden und bei manchen noch immer geleugnet werden?

Und ist es etwa falsch, wenn man jetzt feststellt, daß die Gewerkschaften mit der neuen Betonung ihres gesamtgesellschaftlichen Mandates auch noch das Geschäft der Sozialdemokratie - nämlich die politische Integration der *Classes populaire* - mitbesorgen muß?

Aus diesem Blickwinkel heraus wird sehr schnell deutlich, vor welchen Schwierigkeiten die Gewerkschaften und sozialreformerischen Kräfte in diesem Land stehen. Solange die deutschen Linkskräfte der falschen Sicht auf die sozialen Strukturen und Interessenlagen in unserem Land anhängen, werden sie - ähnlich wie ihre französischen Genossinnen und Genossen - nicht in der Lage sein, Alternativen zum Rechtsbündnis durchzusetzen.

Kurzum: Bei allen sozialpartnerschaftlichen Regiefehlern, die in den Kanzleramtsgesprächen der Gewerkschaftsführer sichtbar geworden sind, ist und bleibt der Ansatz des „Bündnis für Arbeit“ nicht nur ohne Alternative, sondern der bisher ambitionierteste Versuch, die sozialen Kräfteverhältnisse der 90er Jahre in eine politische Integrationsleistung und Angriffsposition umzumünzen.

Herausgeber/Herausgeberinnen:
 Heinz Albrecht (Berlin)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Diether Dehm (Frankfurt/M.)
 Katrin Fuchs (Verl)
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Susi Mobbeck (Bremen)
 Kurt Neumann (Berlin)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:
 Thorsten Cabalo
 Ulrike Hensel
 Heiner Kockorbeck
 Christoph Meyer
 Silvia Rosendahl
 Reinhold Runker
 Ralf Schmitz
 Stefan Schostok
 Georg Schulze
 Joachim Schuster
 Norbert Sprafke
 Barbara Ueberberg
 Claudia Walther

Redaktionssekretär
 Ralf Kramer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 spw-Verlag/Redaktion GmbH,
 Fresienstraße 26, 44289 Dortmund
 Telefon 02 31/40 24 10 (Verlag)
 Telefon 02 31/40 14 11 (Redaktion)
 Telefax 02 31/40 24 16
 E-mail: SPW-VERLAG@LINK-DO.soli.de
 Internet: http://www.koeln-online.de/spw/

Geschäftsführung:
 Andreas Bach
 Ulla Saß
 Olaf Schade
 Hans-Peter Schulz
 Alfred Voges

Konto des Verlages:
 Postgiroamt Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Hefen im Jahr
 mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 58,-
 ermaßigtes Jahresabonnement
 (für SchulerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose) DM 49,-,
 Auslandsabonnement DM 61,-.

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen Manus-
 kripte auch auf Diskette geliefert werden
 (MS-DOS-Textverarbeitungssystem).

ISSN 0170-4613
 © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1996.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Fotos:
 Das Titelfoto und die Fotos im Schwer-
 punkt wurden uns freundlicherweise zur
 Verfügung gestellt von der Gesellschaft für
 Dienstleistung und Recycling e.V., einer
 gemeinnützigen sozialen Beschäftigungs-
 initiative in Bottrop.

Satz und Gestaltung:
 Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:
 Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-3. Tausend, August 1996

INHALT

Thomas Westphal

kurzum 2

MAGAZIN

Martin Krems

Halbzeit im Land der Reformen

Zwei Jahre „Magdeburger Modell“ 4

spw-intern 6

Rudolf Borchert

10 Tage Hoffnung im April `96

Regierungskrise in Mecklenburg-Vorpommern 7

Heiko Kretschmer

SPD auf dem Weg zur internationalen Machtpolitik 9

Matthias Linnekugel

Von Pyrrhus lernen, heißt Siegen lernen

Die Berliner SPD-Spitze zieht durch 10

Friedrich Putz

Sozialhilfekompromiß:

Lohnsenkungsförderungsgesetz mit Zustimmung der SPD? 12

Frank Schauff

Russischer Bonapartismus 15

SPD UND JUGEND

Interview mit Andrea Nahles

„Da kriegt der Clement immer noch einen

roten Kopf, wenn man ihm das erzählt ...“ 18

Benny Mikfeld

Die SPD und die „Jugend-Beruf-Zukunft“-Debatte 22

NEUE GEMEINWIRTSCHAFT?

Stefan Schostok

Aktualität eines Projektes „Neuer Gemeinwirtschaft“

Einleitung zum Heftschwerpunkt 27

Martin Kempe

Von der Arbeitsmarktpolitik zur neuen Arbeitspolitik 30

Annelie Buntenbach, Martin Künkler

Gesellschaftlicher Nutzen statt größtmögliche Kapitalverwertung 36

Harald Werner

Arbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft 40

Ulf Trombach

Soziale Betriebe - Beschäftigungsförderung oder mehr? 43

Ralf Krämer

Überlegungen zu Entwicklungsmöglichkeiten einer „Neuen Gemeinwirtschaft“ 46

THEORETIKER/INNEN

Ulrich Wolf

Zwischen Goethe und Marx

Zum 25. Todestag von Georg Lukács 50

SOZIALE STRUKTUREN UND KRÄFTE

Michael Vester

Zwischen Klassengesellschaft und Individualisierung 55

Halbzeit im "Land der Reformen"

Zwei Jahre "Magdeburger Modell"

von Martin Krems*

Bergfest" in Magdeburg: mit einem klassischen Konzert im Magdeburger Dom feierte die rot-grüne Landesregierung die erfolgreich überstandene erste Hälfte der Legislaturperiode. Der von den Organisatoren gefürchtete Spott blieb aus: das Minderheitskabinett Höppner, das mußten selbst konservative Kommentatoren feststellen, zeichnet sich durch erstaunliche Stabilität aus - zumal im Kontrast zu drei skandalträchtigen CDU/FDP-Regierungen, die sich zuvor innerhalb von nur vier Jahren verschlissen hatten. Und ein gewisser Respekt vor dieser Leistung drückte sich eben auch darin aus, daß der selbstbewußte Festakt im Dom kaum auf Kritik stieß.

Allerdings erschöpft sich in der neu aufgeflamten Debatte über eine Kooperation von SPD und PDS das Interesse an Sachsen-Anhalt praktisch in der nackten machtpolitischen Konstellation. Wer das "Magdeburger Modell" ins Spiel bringt, will meist entweder den Machbarkeitsnachweis für Kooperationsprojekte erbringen oder aber die De-facto-Tolerierung zur allerletzten Haltelinie vor der formellen Koalition erklären. Sachsen-Anhalt ist meist nicht mehr als eine Chiffre für ein bestimmtes Maß an PDS-Anäherung.

Das Land und das politische Projekt sind aber mehr wert als eine symbolische Debatte, und Politik in Sachsen-Anhalt hat mehr Facetten als die Rolle der PDS. Welchen reformpolitischen Gehalt hat Regierungspolitik in Sachsen-Anhalt, in welcher sozialen, parteipolitischen und parlamentarischen Konfiguration wird sie entwickelt? Erst im Rahmen dieser umfassenden Fragestellung kann untersucht werden, war-

um in Sachsen-Anhalt eine politische Kultur entsteht, in der ein anderer Umgang mit der PDS möglich ist als anderswo.

1994:

euphorische Aufbruchstimmung

Nach der Landtagswahl 1994, die SPD und Grünen zusammen mehr Sitze einbrachte als der CDU, entschied sich die Spitze der Landes-SPD für eine rot-grüne Minderheitsregierung. Diese Richtungsentscheidung wurde getragen von einer Aufbruchstimmung an der Parteibasis und - in einem kurzfristigen Anfall von Handlungsfähigkeit - toleriert von der Bundesspitze der SPD. "Da blieb mir ja gar nichts anderes übrig als mitzugehen, wobei mir nicht ganz klar war, ob der SPD wirklich bewußt war, auf was sie sich da einläßt", sagt im Rückblick Hans-Jochen Tschiche, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. Das Regierungsmodell sollte sich nach damaliger offizieller Lesart auf wechselnde Mehrheiten im Landtag stützen; heute spricht auch der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Rüdiger Fikentscher ganz offen von der "Tolerierung durch die PDS". Begründet wird diese Entwicklung mit der "Verweigerungshaltung" der CDU (die mittlerweile allerdings auch taktische Varianten des parlamentarischen Umgangs mit der SPD erprobt).

Vertrauen aus gemeinsamer Oppositionszeit

Das Klima der Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen ist gut.

Allein diese schlichte Tatsache macht die Magdeburger Landesregierung zu einem Unikat. Situationen wie in den Koalitionen von Düsseldorf oder ehemals in Berlin, in denen die Partner sich von einem Knackpunkt zum nächsten hangeln und mit teilweise brachialen Aktionen versuchen, ihre jeweilige Identität zu inszenieren, sind in Sachsen-Anhalt bislang nicht aufgetreten. Zur Erklärung dieses Phänomen reicht der für rot-grünes Selbstverständnis und Selbstdarstellung in Sachsen-Anhalt stets beschworene "andere Politikstil" nicht aus. Weder Höppners Anspruch, einen auf Dialog angelegten, kooperativen Führungsstil zu pflegen, noch der Wille beider Parteien zum gemeinsamen Erfolg erklärt die ausgeprägte Kooperations- und Kompromißbereitschaft.

Eine wesentliche Ursache ist, daß in Sachsen-Anhalt - in krassem Gegensatz etwa zu Nordrhein-Westfalen - die Protagonisten der beiden Parteien nicht aus unterschiedlichen politischen und sozialen Milieus zueinander gekommen sind. Die Aktiven beider Parteien kennen sich zumeist aus oppositionellen Netzwerken der DDR; ihre Gegenüber in CDU und PDS dagegen ähneln sich strukturell durch ihre ungebrochenen Elite-Biographien. Nur vor diesem Hintergrund konnten Kooperationsmethoden von SPD und Grünen entstehen wie regelmäßige gemeinsame Beratungen der Fraktionsarbeitsgruppen oder das im Koalitionsvertrag festgeschriebene gemeinsame Vorschlagsrecht für bestimmte Kabinettsposten.

PDS will Regierung und Opposition zugleich sein

Die Sachzusammenarbeit mit der PDS im Rahmen der Tolerierung ist von ihrem Charakter her nicht vergleichbar mit dem Zusammenwirken von Koalitionspartnern. Zwar ist an einzelnen Vorhaben der Regierung nach ihrer parlamentarischen Beratung teilweise deutlich die Mitsprache der PDS erkennbar; Initiativen ihrer Fraktion gehen aber oft auch im Landtag einfach unter oder werden von den Koalitionsfraktionen im Sinne der Regierung abgeändert. Trotz der Stabilität der Regierung und der relativ störungsfreien Umsetzung des Koalitionsvertrages sind die Schwächen und der Übergangscharakter des - teilweise schon idealisierten - Konzepts der Minderheitsregierung nicht zu übersehen. Zu groß ist die Versuchung für die PDS, gestalterisch Einfluß auf die Regierungspolitik zu nehmen und sich gleichzeitig als Oppositionsfraktion in kritischer Distanz zur Regierungspraxis zu profilieren. Diese Konstellation ist für die Regierungsparteien auf Dauer auszehrend. Niemand zweifelt aber heute in Sachsen-Anhalt daran, daß Rot-Grün die laufende Legislaturperiode übersteht.

Rot-Grün fehlt sozialer Träger

In Sachsen-Anhalt selbst wird das Magdeburger Bündnis zunächst einmal als rot-grüne Koalition wahrgenommen; im Unterschied zum bundesdeutschen Blickwinkel steht die Tolerierung durch die PDS nicht im Mittelpunkt. Ohnehin ist der Umgang mit der PDS sowohl für die

"Ich habe keine Angst vor dem Schlagwort 'Links-ruck', ich habe auch übrigens keine Angst vor dem ja noch im Programm der SPD von 1989 stehenden Wort 'Sozialismus'. Ich glaube immer noch daran, daß die linken Antworten die zukunftsweisenden sind."
Reinhard Höppner,
Ministerpräsident

* Martin Krems, Historiker, Regierungsangestellter in Sachsen-Anhalt, lebt in Magdeburg

Presse als auch für konservative Politiker ein völlig normaler und unspektakulärer. Hingegen ist die Akzeptanz für eine konsequent ökologische Politik in Sachsen-Anhalt noch geringer als in Westdeutschland. Im Gegensatz zu den alten Bundesländern, wo Umweltschutz verbal akzeptiert und auch in konservative Politikmodelle integriert ist, wird er von Wirtschaftsverbänden und CDU in Sachsen-Anhalt häufig pauschal als Kostenfaktor und Standortnachteil begriffen. Einen pragmatischen Umgang mit dem Bündnis 90/Die Grünen und dem von Heidrun Heidecke geführten Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt haben die meisten Verbände noch nicht entwickelt.

Die Grünen erleben aufgrund ihrer minimalen Mitgliederbasis und des sehr schwachen Wahlergebnisses (5,1%) noch stärker als die SPD das Fehlen einer aktiven gesellschaftlichen Basis für Rot-Grün. Geringe Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement - am ehesten ausgeprägt noch in sozialen und Beschäftigungsprojekten - führt dazu, daß ein Unterbau an Initiativen und vernetzten Interessen fehlt, der die Regierung trägt und gleichzeitig fordert. Ganz im Gegensatz zu dem aus den Zeiten der "Runden Tische" geretteten Anspruch auf Rückkopplung mit den Betroffenen ist das rot-grüne Projekt in Sachsen-Anhalt in Wahrheit ganz wesentlich "von oben" bestimmt. Dieses strukturelle Problem der Koalition wird nicht zu beheben sein, wenn nicht zuerst die Parteistrukturen entwickelt werden, die eine institutionalisierte Dialogfähigkeit in die Gesellschaft hinein erst schaffen können.

Reformpolitik für ein deindustrialisiertes Land

Daß die politischen Differenzen zwischen den Koalitionspartnern andere Dimensionen haben und anders ausgetragen werden als in anderen rot-grünen Landesregierungen, ist auch auf völlig unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen zurückzuführen. Klassischerweise kreisen Konflikte in rot-grünen Regierungen um die Frage, wie einerseits in bestehende, entwickelte Industriestrukturen die Logik nachhaltiger Entwicklung eingeführt werden und andererseits unter den Bedingungen immer neuer Produktivitätsschübe und einer tenden-

ziellen Globalisierung das jeweilige Beschäftigungs- und soziale Niveau gehalten werden kann. In Sachsen-Anhalt geht es darum, diese gesellschaftlichen Ziele vor dem Hintergrund einer praktisch abgeräumten Industrielandschaft mit radikalen Umbrüchen und unterentwickelter Infrastruktur zu verwirklichen. Rot-grüne Reformpolitik unter solchen Bedingungen bedeutet, eine Gleichzeitigkeit von Aufbau und Umstürzen anzustreben. Begünstigt wird dieses Projekt durch die Offenheit und Gestaltbarkeit der Situation, erschwert wird es dadurch, daß die Förderung von Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen noch drängender ist als in westdeutschen Bundesländern und damit bestimmte Prioritäten der Landespolitik diktiert werden. Anders ausgedrückt: der Standortdruck ist höher als andernorts, aber die Möglichkeiten zu entscheiden, wie der Standort einmal aussehen soll, sind dafür auch größer.

Sachsen-Anhalt hat nach dem Ende der DDR praktisch seine gesamte industrielle Basis verloren. Weder das "Chemiedreieck" um Wolfen und Bitterfeld noch die umfangreiche Maschinenbauproduktion im Raum Magdeburg hat die Abwicklung durch die Treuhand mit mehr als Restbeständen überlebt. Die Agrarindustrie ist stark geschwächt, der Aufbau einer durch bäuerliche Betriebe geprägten Landwirtschaft hat noch keine großen Erfolge erzielt. Die Arbeitslosigkeit ist in Sachsen-Anhalt mit 17,5% (Juli 1996) bundesweit am höchsten und liegt noch deutlich über der des noch strukturschwächeren Mecklenburg-Vorpommern, das durch die Stützung seiner Wertindustrie bei 16,3% liegt. Innerhalb Sachsen-Anhalts ist die Arbeitslosigkeit am höchsten im Arbeitsamtsbezirk Sangerhausen mit 20,9%. (In Sangerhausen wurde kürzlich der PDS-Kandidat zum Oberbürgermeister gewählt.)

In dieser Situation greifen jedenfalls in der Ansiedlungspolitik qualitative und strukturelle Ansprüche nicht. Die Politik des von der PDS nur mit Mühe ertragenen Wirtschaftsministers und früheren Treuhandmanagers Klaus Schucht (SPD) erschöpft sich, wie könnte es anders sein, in der Förderung jeder sich bietenden Investitionschance und im Einsatz von "Staatsknete" zur Rettung bedrohter Betriebe - durchaus

nicht ohne Erfolg. Bei den ausländischen Direktinvestitionen nahm Sachsen-Anhalt 1995 mit 225 Millionen DM den Spitzenplatz unter den ostdeutschen Ländern ein. Auch Bündnis 90/Die Grünen haben unter dem Eindruck von Massenarbeitslosigkeit und Monostrukturen im Koalitionsvertrag den vorübergehenden Erhalt der Chlorchemie geschluckt. Mit der Ansiedlung von Dow Chemical kann Schucht einen seiner spektakuläreren Erfolge vorweisen.

Die Bevölkerung Sachsen-Anhalts ist, ebenso wie die der anderen ostdeutschen Bundesländer, existentiell auf die Fortführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in dem bisherigen Umfang angewiesen. Der Vorschlag der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten, die Bezüge der ABM-Kräfte weiter zu kürzen, um einen "Anreiz" zur Rückkehr in den "ersten Arbeitsmarkt" zu schaffen, ist abwegig und zynisch. ABM sind längst ein öffentlich finanzierter, notwendiger Bestandteil des Arbeitsmarktes in Ostdeutschland geworden, ohne den die Arbeitslosigkeit dramatische Ausmaße annehmen würde. Schwerpunkt der Fördermaßnahmen in Sachsen-Anhalt ist ein Arbeitsmarktprogramm für Frauen. Sachsen-Anhalt hat sich zudem ein besonders weitreichendes (und kostenintensives) Kindertagesstättengesetz gegeben.

Infrastruktur als Reformfeld

Auf anderen Politikfeldern kommen Reformansätze deutlicher zum Tragen. In der Infrastrukturpolitik versucht die rot-grüne Regierung, die Einheit von Aufbau und Umstürzen zu praktizieren. So werden in der Verkehrspolitik im Gegensatz zu anderen Ländern (etwa zu Brandenburg) keine Bahnstrecken stillgelegt. Die Landesregierung unterstützt Investitionen in den Schienenverkehrswegebau, in den Waggonbau und fördert mit einem Schnittstellenprogramm die Vernetzung der öffentlichen Verkehrsmittel. In der Umweltpolitik ist ein ehrgeiziges "Ökologisches Verbundsystem" zur Vernetzung der vorhandenen Naturschutzgebiete geplant. Während der EXPO 2000 sollen in der "Korrespondenzregion" Wolfen - Bitterfeld - Dessau exemplarische Projekte der "Versöhnung von Ökonomie und Ökologie" und der zukunftsfähigen Nutzung einer von der Industrialisierung gebeutelten Kulturlandschaft gezeigt

"Fundamentalopposition mag ihre Berechtigung haben, wo Landeskassen prall gefüllt sind. Angesichts leerer Kassen halte ich die Politik der PDS-Fraktion für sachgerechter."
Jens Bullerjahn,
Parlamentarischer
Geschäftsführer der
SPD-Landtags-
fraktion

werden. In der Schulpolitik wurden mit der Einführung der Förderstufe, der Gesamtschule als Regelschule und der Abschaffung der Hauptschule deutliche Akzente gesetzt, ohne daß es zum großen Kulturkampf gekommen wäre. Allerdings bleibt in dem - Sachsen-Anhalt nach dem Ende der DDR übergestülpten - besonders reaktionären Schulsystem mit Zentralabitur und den bundesweit geringsten Wahlmöglichkeiten in der Oberstufe ein erheblicher Reformbedarf bestehen. In der Innenpolitik zeichnet sich Sachsen-Anhalt durch eine besonders liberale Ausländerpolitik aus. Innenminister Manfred Püchel, selbst ein ehemaliges Blockparteimitglied, versucht sich zwar als einziges Kabinettsmitglied ab und an Mehrheiten bei der CDU zu besorgen, ist jedoch in keine Schublade einzuordnen.

Höppner beliebt, SPD verliert

Eine Infas-Umfrage zur Halbzeit der Landesregierung ergibt ein uneinheitliches Bild. Zwar geben 40% der Bevölkerung an, ihre wirtschaftliche Lage sei seit 1994 "gleich gut geblieben" (weitere 10% nennen sie "gleich schlecht"); 30% schätzen ihre Situation heute sogar als besser ein. Trotz dieser relativen subjektiven Zufriedenheit meinen 50% der Befragten, eine Große Koalition hätte mehr erreichen können.

Bei der "Sonntagsfrage" verliert die SPD gegenüber der Landtagswahl drei Prozentpunkte und kommt nur noch auf 31%, die CDU verbessert sich um etwa anderthalb

Prozentpunkte und wird mit 36% wieder stärkste Partei. Die PDS bleibt stabil - mit geringen Verlusten - bei 19%. Profitieren können nach dieser Umfrage die Grünen, die fast drei Prozentpunkte hinzugewinnen können und auf 8% kommen. FDP, DSU und andere wären demnach nicht im Landtag vertreten.

In dieser Umfrage, die zugleich die Popularität von Reinhard Höppner beweist (47% wünschen ihn als Ministerpräsidenten, nur 27% Christoph Bergner), schlägt sich deutlich die organisatorische Schwäche der SPD nieder. Sie wird bis zum und im Landtagswahlkampf 1998 noch Erhebliches auf die Beine stellen müssen, um als Partei von Regierungserfolgen und vom Ansehen des Ministerpräsidenten zu profitieren.

Magdeburg - tatsächlich ein "Modell"?

Sachsen-Anhalt ist kein Modell - jedenfalls nicht fürs Regieren. Was hier passiert, ist allenfalls ein Modell für den Übergang: nämlich von der völligen Ausgrenzung der PDS hin zum normalen Umgang unter den Parteien.

Die PDS befindet sich auch in Sachsen-Anhalt in einem zähen, schmerzhaften Wandlungsprozeß. Sie ist keineswegs durchweg als linke Kraft einzuschätzen. Gerade an der kommunalen Basis vertritt sie häufig eine strukturkonservative Klientel, die für ostdeutschen Regionalchauvinismus ansprechbar ist. In der Landtagsfraktion dominieren dagegen reformfreundige, darunter

auch zahlreiche jüngere Politikerinnen und Politiker. Ein besonderes Phänomen in Sachsen-Anhalt ist der Versuch belasteter Stasifunktionäre, PDS-Mitglieder, die in der DDR zur Opposition gehörten und heute über Gefängnisaufenthalte berichten, wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei zu drängen. Diese besondere Form von "Vergangenheitsbewältigung" wird ebenfalls zum innerparteilichen Klärungsprozeß beitragen.

Die PDS versucht partiell, sich neben den Grünen als radikalökologische Kraft zu etablieren und die normalen Widersprüche in der Koalition auszunutzen. Sollte damit die Absicht verbunden sein, die Grünen aus dem Parlament zu drängen, um sich bei der nächsten Wahl als SPD-Partner unentbehrlich zu machen, dann kann diese Taktik auch ausgesprochen kontraproduktiv sein: ohne Verstärkung durch die Grünen ist die PDS als sehr starker Partner für die SPD noch schwerer zu verkraften.

1998 wird in Sachsen-Anhalt gewählt, nur wenige Monate vor der Bundestagswahl. Dann wird es - so oder so - im Land Entscheidungen über die Zukunft des "Magdeburger Modells" geben. In diesem Sommer war die SPD/PDS-Debatte abstrakt, weil keine Kooperationsentscheidung anstand. Das wird im Sommer 1998 anders sein. Ist die SPD im Bund in dieser Frage dann nicht handlungsfähig, wird sie im Bundestagswahlkampf wieder nur die Getriebene sein.

"Warum in aller Welt sollten wir jetzt über Regierungsbeteiligung reden, wo doch alles so gut läuft?"
Roland Claus, PDS-Landesvorsitzender

spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

spw entwickelt sich weiter, auch in der äußeren Gestaltung. Seit Heft 89 ist das Seitenlayout modernisiert und die Artikel im Schwerpunkt sind jetzt zwei- statt dreispaltig. An der Schrift basteln wir noch. Demnächst wird auch die Titelseite renoviert werden. Bei allen - inhaltlichen und gestalterischen - Weiterentwicklungen der spw versuchen wir, Kritik

und Anregungen zu berücksichtigen, die uns von Leserinnen und Lesern erreichen. Diese sind aber sehr spärlich gesät. Darum hier die Aufforderung: wer Kritik oder Vorschläge hat, teile sie uns bitte mit, weil Gedanken lesen können wir nicht.

Weil wir es im Impressum mehrmals vergessen haben, hier auch noch mal der Hinweis auf die Internet-homepage, die spw seit Anfang des Jahres hat, und die künftig re-

gelmäßig mit aktuellen Artikeln bestückt sein soll:

<http://www.koeln-online.de/spw/>

Die aktuellen Preise der spw gelten seit 1994, also bald drei Jahre. Ab 1997 werden wir sie leider erhöhen müssen, um steigende Kosten, insbesondere auch Postentgelte, aufzufangen. Dabei werden wir AbonnentInnen, die per Lastenzug zahlen, eine Ermäßigung gewähren, weil dieses Verfahren für uns wesentlich einfacher und kostengünstiger ist. Umstellung lohnt sich also für alle Beteiligten. Die neuen Preise sind: Abo normal 63 DM, bei Lastschrift 60 DM; Abo ermäßigt 55 DM, bei Lastschrift 52 DM; Abo Ausland 66 DM; Einzelpreis 9,50 DM.

Ralf Krämer

Vom 16. bis 26. April dieses Jahres stand Mecklenburg-Vorpommern für einige Tage im Mittelpunkt des nationalen Medieninteresses. Aus der Werftenkrise hatte sich, wie bereits 1992, eine Regierungskrise entwickelt, die seit Ende 1994 bestehende Große Koalition in Schwerin ins Wackeln brachte. Mehr allerdings nicht, denn ein „Personalkarussell“ beendete am 26. April den Koalitionskrach und seitdem herrschen wieder normale CDU/SPD-Verhältnisse im Schweriner Schloß. Was bleibt, sind viele offene Fragen, Irritationen, Unverständnis, Frustration und die bittere Erkenntnis, daß die Regierungskrise für die SPD mit einer klaren Niederlage endete.

Der hohe Vertrauensverlust bei den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern führte zu einem neuen historischen Tiefstand nach 1990 bei Meinungsumfragen von 26% für die SPD (CDU 36%) im Monat Mai und zu einem hohen Ansehensverlust für den SPD-Spitzenmann Harald Ringstorff.

Somit ist die Ausgangsposition für einen linken Kurswechsel im nordöstlichen Bundesland zur Zeit denkbar schlecht, noch ungünstiger als vor der Regierungskrise.

Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen?

Hintergründe der Regierungskrise

1992 verkaufte die Treuhand die Werften in Mecklenburg-Vorpommern an den Bremer Vulkan. Für die Sanierung stellte sie eine beträchtliche Summe an Steuergeldern zur Verfügung. Von dieser Summe wurden rund 854 Millionen DM zweckwidrig nach Westdeutschland abgezweigt. Auch wenn zur Zeit noch mehrere Untersuchungsausschüsse klären sollen, wo das Geld exakt geblieben ist, steht bereits seit langem fest, daß es für diesen Subventionsbetrug zwei Verantwortliche gibt: Erstens das Vulkanmanagement mit Vorstandschef Friedrich Hennemann an der Spitze und zweitens die Treuhand-Nachfolgeorganisation BvS. Sie hat den Verbleib des Geldes nicht kontrolliert und trägt deshalb für sein Verschwinden in gleicher Weise die Verantwortung.

Um die ostdeutschen Werften trotz der Vulkankrise zu retten, war nicht nur die Abkopplung vom Mutterkonzern notwendig, sondern vor allem auch eine Fortsetzung der be-

gonnenen Investitionen. Die Landesregierung war sich einig, daß die BvS (der Bund) aufgrund ihres Versagens allein für die verschwundenen 854 Millionen DM aufkommen muß, denn vom Vulkan war kein Geld mehr zu erwarten.

Am 4. April fuhr CDU-Finanzministerin Kleedehn nach Bonn und unterzeichnete dort eine Regelung, nach der der Bund zwei Drittel und das Land Mecklenburg-Vorpommern ein Drittel (rund 350 Mio DM) der Sanierungskosten übernehmen sollte. Dies tat Frau Kleedehn, obwohl sie noch nicht einmal ein Verhandlungsmandat über die Finanzierung der Investitionen hatte. Dieser Alleingang war ein klarer Verstoß gegen die Beschlüsse des Kabinetts und gegen den Koalitionsvertrag und fügte dem Land einen finanziellen Schaden von rund 354 Millionen DM zu. Ausgangspunkt der Regierungskrise waren also die Machenschaften der CDU in Schwerin und Bonn, insbesondere das Fehlverhalten ihrer Finanzministerin Kleedehn und die Führungsschwäche ihres Ministerpräsidenten Bernd Seite.

Wie reagiert auf ein solches Vorgehen ein Koalitionspartner, wenn er noch politisch ernst genommen werden will?

Das Verhalten der SPD

Die SPD-Fraktion entschied sich im Landtag am 16. April, einen Antrag einzubringen, der den Rücktritt der Finanzministerin forderte. Ein Schritt mit Folgen, denn erwartungsgemäß stimmte die PDS diesem Antrag zu, der mit 37 zu 31 Stimmen angenommen wurde. Auch der SPD-Landesvorstand unterstützte am 17. April in einer Sondersitzung ausdrücklich die Handlungsweise der SPD-Fraktion. Somit war eine politisch explosive Situation in Mecklenburg-Vorpommern entstanden, bei der ein Fortbestehen der Großen Koalition ernsthaft in Frage gestellt schien.

Allerdings wurde schon früh klar, daß die SPD-Spitze den Zug mit dem Signal Hoffnung zwar in Bewegung gesetzt hatte, aber keiner so richtig wußte, wohin die Reise eigentlich gehen sollte. Da diese entscheidende Frage in keiner Phase der Ereignisse klar war, bestimmten Eigendynamik und eine Vielzahl unterschiedlicher Hoffnung und Erwartungen innerhalb der SPD das Geschehen. Die Parteilinken hofften auf ein baldiges Ende der Großen

10 Tage Hoffnung im April '96

Regierungskrise in Mecklenburg-Vorpommern

von Rudolf Borchert*

Koalition und diskutierten über die Wege dahin, Neuwahlen oder konstruktives Mißtrauensvotum mit dem Ziel einer von der PDS tolerierten SPD-Minderheitsregierung. Für die Parteirechten eine Horrorvision, also hofften sie auf eine Fortführung der Großen Koalition um jeden Preis.

Die SPD-Führungsspitze aber, die Mehrheit von Fraktion und Landesvorstand, gab sich der trügerischen Hoffnung hin, daß die CDU den Landtagsbeschluß respektieren würde und aus Angst vor dem Zusammengehen von SPD und PDS ihre Finanzministerin zurückziehen würde. Es ging ihnen dabei nicht ernsthaft um das Beenden der Großen Koalition, sondern vielmehr um den naiven Versuch, sich in ihr als Juniorpartner auf Kosten der CDU sozialdemokratisch zu profilieren.

Warum mußte dieser Versuch kläglich scheitern?

Gründe für die Niederlage der SPD

Es war der Öffentlichkeit schwer zu vermitteln, zwar den Rücktritt der Finanzministerin zu fordern, aber ihr Bonner Verhandlungsergebnis zu akzeptieren. Zu diesem Schritt war die SPD aber gezwungen, um die Werften zu erhalten und die notwendigen Investitionen fortzusetzen.

- Der Landes-SPD fehlte in dieser komplizierten Situation politisches Führungsmanagement und die nötige Erfahrung, um dem Druck der konservativen Medienkampagne gegen die Sozialdemokraten und insbesondere gegen Harald Ringstorff standzuhalten.
- Als größte Schwachstelle erwies sich der Zustand der SPD-Landtagsfraktion. Von 23 Abgeordneten wa-

Es wurde schon früh klar, daß die SPD-Spitze den Zug mit dem Signal Hoffnung zwar in Bewegung gesetzt hatte, aber keiner so richtig wußte, wohin die Reise eigentlich gehen sollte.

* Rudolf Borchert, Waren, Sprecher des Warener Kreises der SPD-Linken Mecklenburg-Vorpommern

Die Ergebnisse im April '96 haben deutlich gezeigt, daß die SPD in Mecklenburg-Vorpommern dringend die inhaltliche Auseinandersetzung um die zukünftige Strategie der Partei führen muß.

ren etliche nicht bereit, die Mehrheitsmeinung der Fraktion und des Landesvorstandes zu akzeptieren und durchzusetzen. Ihre persönlichen Interessen und Überzeugungen waren ihnen wichtiger als eine starke und geschlossene SPD.

- So gespalten wie die Landtagsfraktion waren natürlich auch die Meinungen an der Basis, so daß eine Vielzahl von Kreisverbänden zunehmend nicht mehr bereit war, mit aller Konsequenz das Ende der Großen Koalition zu fordern. Dabei zeigte sich auch, daß ein großer Teil der SPD-Basis einer Zusammenarbeit mit der PDS ablehnend oder zumindest sehr skeptisch gegenübersteht.

- Erwartungsgemäß groß war der Einfluß des Bundes-SPD auf die Entwicklung. Bei Oskar Lafontaine und Franz Müntefering war zwar das Bemühen erkennbar, die Landes-SPD und Harald Ringstorff in ihrem Ringen um eine erfolgreiche Lösung des Problems solidarisch zu unterstützen. Bei Johannes Rau, Rudolf Scharping, bei großen Teilen der Bundestagsfraktion und des Parteivorstandes war aber die Angst vor

der PDS so groß, daß sie alles taten, um die Position von Harald Ringstorff zu schwächen. Schließlich kam die „Anweisung“, die Regierungskrise schnellstens zu beenden und die Große Koalition fortzusetzen.

- Der CDU waren die Schwächen und Probleme der SPD natürlich bekannt, so daß sie aus einer Position der Stärke heraus das Geschehen bestimmte und keinerlei Veranlassung sah, Frau Kleedehn zum Rücktritt aufzufordern. Am Ende der Krise war die SPD nur noch der erpressbare Spielball der CDU, die die Chance natürlich nutzte, um sich auf Kosten der SPD als Retter der Werften und der Stabilität des Landes zu profilieren.

Schlußfolgerungen

Zusammenfassend muß man also konstatieren, daß die Niederlage der SPD durch eine eklatante Fehleinschätzung der Situation und der Kraftverhältnisse entstanden ist. Für die Parteilinken bleibt die bittere Erkenntnis, daß es keine wirkliche Chance gab, die Große Koalition zu diesem Zeitpunkt in Schwerin zu beenden.

Im Rahmen der allgemeinen Schadensbegrenzung blieb nur noch zu retten, was zu retten war. Dazu gehört auch, daß es gelang, die Demontage von Harald Ringstorff zu verhindern, der mit seinem konsequenten Eintreten für den Erhalt der ostdeutschen Werften erheblich an Ansehen und Popularität gewonnen hatte und der mit seiner Haltung zur PDS für die CDU und die Parteirechten eine „Gefahr“ ist. Die Ergebnisse im April '96 haben deutlich gezeigt, daß die SPD in Mecklenburg-Vorpommern dringend die inhaltliche Auseinandersetzung um die zukünftige Strategie der Partei führen muß. Ein erster Höhepunkt wird dazu ein Strategieparteitag am 30. November sein, auf dem die Parteilinken ein Angebot für linke Reformpolitik in Mecklenburg-Vorpommern unterbreiten werden. Wenn wir die richtigen Schlußfolgerungen aus den 10 Tagen im April '96 ziehen, dann haben wir sicherlich eine gute Chance, unsere Hoffnungen auf einen politischen Kurswechsel in unserem Land zu verwirklichen.

Unentbehrlich in dieser Republik

Die *Blätter für deutsche und internationale Politik*, die seit sieben Jahren ökonomisch wie politisch in redaktioneller Eigenverantwortung erscheinen, sind über Lagergrenzen hinweg zu einem Forum politisch-wissenschaftlicher Analyse und weiterführender Debatten geworden. Diese Zeitschrift steht für republikanisch-demokratische Grundsätze, für eine über bündnispolitische und ökonomische Bindungen hinausgehende Westorientierung des Landes wie für soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung.

In den *Blättern* werden nicht Freiheit und Sozialstaat, Natur und Zivilisation gegeneinander ausgespielt. Hier ist man sich im klaren über die Macht, die falsche Alternativen wie „Gesellschaft oder Gemeinschaft“ in diesem Lande noch besitzen.

Das Eintreten für die Gründungsration der Bundesrepublik, für die noch unvollendete

und stets revisionsgefährdete deutsche Integration in die politische Zivilisation der Moderne – nicht zuletzt diese in der hiesigen Medienlandschaft selten so eindeutig artikulierte Positionsbestimmung macht den Wert des Forums *Blätter* aus: Hier geht es nicht um die Moderation von Beliebigkeiten, sondern um Orientierungswissen und klären den Streit.

Das Projekt redaktioneller Eigenständigkeit war und ist an einen Grundsatz gebunden: ein Non-profit-Unternehmen zu sein, ausschließlich getragen von den Leserinnen und Lesern. Ohne deutlich mehr Abonnentinnen, Abonnenten und Förderer wird es nicht zu erhalten sein.

Es ist an der Zeit, sich für die *Blätter* zu engagieren. Die Republik braucht dieses Forum.

Erstunterzeichner:

Ulrich von Alemann Hans Arnold Lothar Baier Ulrich Beck Micha Brumlik Ernst-Otto Czempiel Walfried Dettling Dan Diner Irene Dölling Wolfgang Fach Iring Fettscher Monika Frommel Dietrich Geyer Günter Grass Helga Grebing Martin und Sylvia Greiffenhagen Jürgen Habermas Wilhelm Hankel Dieter Hildebrandt Gunter Hofmann Inge Jens Josef Joffe Otto Kallscheuer Erich Kuby Ingrid Kurz-Scherf Peter Lösche Wilfried Loth Andrei S. Markovits Hanns W. Maull Ingeborg Maus Manfred Messerschmidt Hans Mommsen Herfried Münkler Bahman Nirumand Franz Nuscheler Dieter Oberdörfer Claus Offe Elizabeth Pond Ulrich K. Preuß Joachim Raschke Julius H. Schoeps Gesine Schwan Dieter Senghaas Kurt Sontheimer Ilse Staff Alena Wagnerová Ernst Ulrich von Weizsäcker Wolfram Wette Gerda Zellentin

Blätter für deutsche und internationale Politik

Ich möchte

- ein **Probeabo: die zwei nächsten Hefte** (19DM inklusive Versand und Porto)
- ein **Jahresabo** (121,80 DM / 97,80 DM ermäßigt, jeweils inklusive Versand und Porto)
- ein **kostenloses älteres Probeheft**
- Mitglied im gemeinnützigen Förderverein** werden und die Blätter als Mitgliederzeitschrift erhalten. Senden Sie mir Info-Material.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Blätter Verlagsgesellschaft, Postfach 2831, 53018 Bonn, Tel. 0228 65 01 33, Fax 0 228 65 02 51

Als Freimut Duwe nach einem Nickerchen unter Protest das Workshop-Treffen der "Außen- und Sicherheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand der SPD" verließ, geschah dies nicht, weil die SPD plötzlich zu einer schlüssigen Außen- und Sicherheitspolitik gefunden hatte, sondern weil kritisiert worden war, daß die Kommissionsmitglieder in der Mehrzahl (ehemals) aktive Abgeordnete sind. Doch dieser Abgang umschreibt damit auch fast schon das Dilemma der Arbeit dieser Kommission. War sie vom Mannheimer Parteitag als Kommission der Bezirke eingesetzt worden, um die außenpolitische Programmatik der SPD auf neue Herausforderungen einzustellen und weiterzuentwickeln, so hat der SPD-Parteivorstand dann eine Kommission unter dem Vorsitz Rudolf Scharpings eingesetzt, die zu fast drei Vierteln aus den erwähnten Abgeordneten bestehen. Scharping, dessen außenpolitische Kompetenzen in zahlreichen europäischen Schwesterparteien umstritten sind – macht er doch als SPE-Vorsitzender keine glückliche Figur – erklärte vielmehr, daß in regelmäßigen Abständen die BezirksvertreterInnen zu gemeinsamen Workshop-Treffen eingeladen werden sollten.

Wer jedoch die Einladungsliste zur entsprechenden Zusammenkunft vor sich sah, mußte feststellen, daß neben einigen BezirksvertreterInnen Dutzende Bundestagsabgeordnete eingeladen wurden. Dies alles wäre nicht der Rede wert, wenn nicht seit Jahren die Fraktionsmehrheit versuchen würde, die Beschlüsse der Partei zu unterminieren. Immer wieder mußte die SPD ihre Beschlußfassung an die Realitäten anpassen – gemeint sind jedoch die von der SPD-Bundestagsfraktion geschaffenen Realitäten. Da die Fraktion jegliche Oppositionshaltung aufgegeben hat und sich der Außenpolitik der Bundesregierung anpaßt, so sehr Kinkel auch die Militarisierung derselben vorantreibt, scheint diese Mehrheit die Anpassung zum Programm erhoben zu haben. Spätestens Rudolf Scharpings Rede auf der Wehrkundetagung in München 1994, in der er bemerkte, daß er keine elementaren Unterschiede in der Außenpolitik von SPD und Bundesregierung sehe, versuchte dies festzuschreiben. Da die Parlamentarische Linke in den letzten Jahren mehr und mehr in einem Dunst aus

Resignation und Amtserfüllung fast vollständig abgetaucht ist, gibt es auch nur wenig organisierten Widerstand gegen diesen Kurs.

Herausforderungen

Dies spielt sich alles in einer Zeit ab, da die SPD mehr Möglichkeiten denn je hat, eine alternative Außen- und Sicherheitspolitik zu formulieren:

- Die Globalisierung der Kapital- und Handelsmärkte auch als Folge der neo-liberalen Deregulierungspolitik erfordert eine abgestimmte internationale und europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik.
- Die Zeit der klassischen Außenpolitik ist vorbei. Ökonomische und zivilgesellschaftliche Fragestellungen rücken ins Zentrum der Außenpolitik. Sicherheitspolitik wird damit mehr von sozialen und ökonomischen Fragen bestimmt. Die Antwort des "weiter so" beraubt die SPD nicht nur der wichtigsten außenpolitischen Instrumentarien, sondern auch der Möglichkeit, neue Regulationsmechanismen politischer und ökonomischer Prozesse zu installieren.
- Die völlig veränderten Bedrohungsszenarien, die veränderte Kriegsführung in der Welt, die zunehmenden Disparitäten und Verarmungsprozesse im Süden stellen Aufgaben dar, für die neue Antworten gefunden werden müssen und können.
- Der Wegfall des Ost/West-Gegensatzes wäre zudem die Chance, in Europa eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur statt erneuter Konfrontation anzustreben.
- In der Bundesrepublik stellt sich erstmals auch für "Realpolitiker" die Frage nach dem Sinn der Bundeswehr. Die Bundesrepublik bezieht ihre international führende Rolle nicht aus ihrer militärischen, sondern aus ihrer ökonomischen Stärke und aus der Tatsache, daß sie als Ansprechpartnerin für zivilgesellschaftliche Entwicklungen gilt. Eine Demilitarisierung der Bundesrepublik würde diese Rolle aber eher verstärken helfen.
- Damit stellt sich aber zumindest auch die Frage nach der Wehrpflicht.

Sozialdemokratische Antworten?

Die SPD, die sich auf das Sachzwangdenken ihrer Bundestagsabgeordneten stützt, statt wissen-

SPD auf dem Weg zur internationalen Machtpolitik?

Zur Arbeit der Außen- und Sicherheitspolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand

von Heiko Kretschmer*

schaftliche Diskurse zu verfolgen, findet hier keine Antworten. Das Niveau der Außenpolitischen Kommission kommt erschreckenderweise nicht über viele Juso-Debatten hinaus. Zur NATO-Osterweiterung soll die Außenpolitische Kommission offenkundig erst Stellung beziehen, wenn Fakten geschaffen sind. Das Thema Konfliktpräventionen versucht Scharping immer wieder ganz von der Tagesordnung zu nehmen. Beim Thema der Zukunft der Bundeswehr und der Wehrpflicht wird von fast allen sichtlich nervös reagiert und die Diskussion einfach abgeblockt. ("Keine schlafenden Hunde wecken.") Die Globalisierung wird gar als unabänderliche Gottesfügung hingenommen, beschränkte Handlungsspielräume als verloren deklariert.

So wird die SPD also keinen konzeptionellen Wurf landen. Sie wird nicht in der Lage sein, einen neuen Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung ihrer Außenpolitik zu finden. Dabei liegt es auf der Hand, daß die Antwort auf das zunehmende Standortdenken und die neu entbrannte Renationalisierung der Außenpolitiken nur in einer gezielten Strategie der Integration der Ökonomien und Gesellschaften in ihren jeweiligen regionalen Räumen sein kann. Ohne diesen veränderten Ansatzpunkt müssen zwangsläufig die alten Konflikte innerhalb der SPD verschärft auftreten, sind diese Debatten im Rahmen der klassischen Außenpolitik doch überhaupt nicht adäquat zu führen.

Die Schärfe dieses Konfliktes wird auch dadurch bestimmt, daß die Parteirechte diesmal alle Schranken ein-

Kerngedanke ist der Wunsch nach einer deutschen "Interessen-" oder auch "Machtpolitik", die eben sozialdemokratische Werte – oder was dann noch davon verblieben ist – auch mit aller Macht durchsetzen kann, von Partnerschaft keine Rede.

* Heiko Kretschmer, stellv. Präsident der IUSY (International Union of Socialist Youth), Mitglied der Außen- und Sicherheitspolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand

reißen möchte: Alles, was die Verfassung erlaubt, soll auch gemacht werden und wenn es Einsätze nach dem Muster des zweiten Golfkrieges sind. Kerngedanke ist der Wunsch nach einer deutschen "Interessen-" oder auch "Machtpolitik", die eben sozialdemokratische Werte – oder was dann noch davon verblieben ist – auch mit aller Macht durchsetzen kann, von Partnerschaft keine Rede. Das ganze wird dann in ein europäisches Mäntelchen gekleidet und schon wird aus der *Zivilmacht* Europa eine *Zivilmacht* Europa.

Die Außen- und Sicherheitspolitische Kommission soll nun bis

April 1997 ein erstes umfassendes Papier vorlegen, das auf einem außenpolitischen Kongreß der SPD mit unseren europäischen Schwesterparteien diskutiert werden soll. Aus dieser Diskussion wird dann der Leitantrag zum Bundesparteitag im November 1997 erwachsen. Eines ist klar, wenn die Parteilinke nicht endlich anfängt, eigene Vorstellungen zu formulieren, wird sie 1997 wieder einmal vor einer "letzten Abwehrschlacht" stehen, die sie wie die vorherigen nur verlieren kann.

Die letzte Hoffnung der Parteilinken auf den Parteivorsitzenden

zu richten, ist politisch ebenso kurzsichtig. Zwar läuft die Arbeit der Außen- und Sicherheitspolitischen Kommission allen Vorstellungen des Parteivorsitzenden zuwider, doch offenbar ist ihm die Außenpolitik unter Rudolf Scharping aus dem Ruder gelaufen. Ursächlich dafür dürfte sein Kniefall vor der Bundestagsfraktion direkt im Anschluß an den Mannheimer Bundesparteitag sein, als er ihr die Freiheit ließ, sich über die gerade erst gefaßten Beschlüsse des SPD-Parteitages in Bezug auf den Einsatz der Tornado-Kampfflugzeuge hinwegzusetzen.

Von Pyrrhus lernen, heißt Siegen lernen

Die Berliner SPD-Spitze zieht durch

von Matthias Linnekugel*

Wenn Krisen Chancen sind, dann tut die Berliner SPD-Spitze gerade alles, um die Chancen der Landespartei zu vergrößern. Spätestens auf dem Landesparteitag vom 16. Juni 1996 hat sich gezeigt, daß trotz des Wahldebakels vom 22. Oktober 1995 ein Kurswechsel nicht eingetreten ist. Obwohl noch im Januar allgemein beteuert worden war, daß es ein „weiter so“ unter keinen Umständen geben dürfe, ist die Partei nach wie vor orientierungslos und auf die Senatpolitik fixiert. Die erforderliche Stärkung der Partei gegenüber der Fraktion und den SenatorInnen ist nicht erfolgt. Im Gegenteil; die Riege aus SenatorInnen und Fraktionsspitze ist gestärkt aus dem Landesparteitag hervorgegangen.

Zwar konnte sie die Wahl Klaus-Uwe Benneters zum stellvertretenden Landesvorsitzenden nicht verhindern, aber mit nunmehr zwei Se-

natorinnen im geschäftsführenden Landesvorstand, ist eine weitere Machtverlagerung zuungunsten der Partei spürbar geworden. Der Landesvorsitzende wurde mit einem schlechten Ergebnis im Amt bestätigt und wird wohl auch in Zukunft den Führungsanspruch des Fraktionsvorsitzenden kaum in Frage stellen. Es wird deshalb wohl dabei bleiben, daß mit „Parteispitze“ nicht der Landesvorsitzende und der geschäftsführende Landesvorstand, sondern eine Gruppe aus Landesvorstand, Senat und Fraktionsspitze gemeint ist.

Die Strategie der Parteispitze

Die Strategie der Parteispitze besteht augenblicklich darin, die SPD noch mehr als in der letzten Legislaturperiode als objektive Sachwalterin der „Interessen Berlins“ zu profilieren. Nach außen soll das Bild der rational handelnden Partei verkauft werden, die sich positiv gegenüber den „Interessenparteien“ Grüne, PDS, FDP und CDU abhebt. Die Frage, wer bestimmte Gemeininteressen als solche definiert, wird nicht mehr gestellt; sogenannter Sachverstand ersetzt politische Überzeugung, Sachzwänge verbieten den politischen Diskurs. Botschafterin dieser Linie soll vor allem die neue Finanzsenatorin, Annette Fugmann-Heesing, sein, die auch „gegen die eigene Klientel“ Kürzungen durchsetzt. Die Parteiführung ist stolz darauf, sich derart über den Dingen zu sehen und meckert über die CDU, die einen weniger drastischen Sparkurs anmahnt.

Der unerwartete Aufwind der SPD im Frühjahr dieses Jahres schien

dieser Strategie Recht zu geben: Fugmann-Heesing wurde in den ersten Monaten nach ihrem Amtsantritt von der Berliner Presselandschaft hochgeschrieben und in weiten Teilen der Partei als Heilsbringerin verehrt. Vor allem hierin liegt die Ursache dafür, daß die Partei nunmehr *alles* unter haushaltspolitischen Vorzeichen diskutieren soll und die Fraktion Finanzpolitik als Selbstzweck betreibt. Ziel sei es, „später handlungsfähig zu sein“, ein erkennbarer gestalterischer Ansatz für heute fehlt also. Die Auseinandersetzungen um die Haushaltspolitik lassen aber immer mehr zu Tage treten, daß Haushaltspolitik nur Mittel zum Zweck ist und politischen Vorgaben folgen muß. Eben diese Vorgaben fehlen aber der Finanzsenatorin, was deren Politik schwer vermittelbar werden läßt.

Immer öfter wird in den Medien, aber auch innerhalb der Partei, die Frage gestellt, welchem Leitbild von Stadt die SPD eigentlich folgt. Eine Antwort hierauf ist allerdings zur Zeit nicht zu erhalten. Am Lack der „Spartei“ zeigen sich erste Kratzer, und umso schwerer wiegt das Versäumnis, keine Grundierung aufgetragen zu haben. Dies wird offenbar, seit seitens der CDU, aber auch verstärkt seitens der Berliner Presse, Druck auf die Finanzsenatorin ausgeübt wird. Die CDU fährt eine unverholene Klientel- und Standortpolitik, die sie geschickt dazu nutzt, als Partei mit menschlicherem Antlitz dazustehen. Die Parteispitze der SPD scheint hierdurch überfordert. Ohne Gegenwehr akzeptierten die SPD-SenatorInnen die von der CDU formu-

* Matthias Linnekugel, Juso-Landesvorsitzender in Berlin

lierten Haushaltsziele der Standortsicherung, sozialen Grundsicherung und inneren Sicherheit. Daß die hierfür eingerichteten Senats-Arbeitsgruppen dann auch noch allesamt von der CDU geleitet werden, bedarf keiner näheren Kommentierung.

Die Strategie der Parteispitze ist also schon jetzt gescheitert. Denn die SPD kann Ziele ihres Tuns nicht formulieren. Innerparteilich führt der oben beschriebene Kurs zu einer Vertiefung der Spaltung der Partei. Denn dieser Kurs verlangt ein Ausschalten der Gegner der großen Koalition. Die Parteispitze drischt deshalb, wo immer es geht, auf die Parteilinke. Sicherlich nicht ganz unerwünschter Nebeneffekt hiervon ist die Schaffung eines Nebenkriegsschauplatzes, der hilft, innerparteiliche (knappe) Mehrheiten zu organisieren.

Die Partei schaut zu

Die Partei selbst bleibt gegenüber Senat und Fraktionsspitze geschwächt. Ein eigener politischer Entwurf fehlt, und somit kann es nicht gelingen, die Parteispitze auf irgendwelche Inhalte zu verpflichten. Es bleibt zu befürchten, daß auch der neugewählte Landesparteitag nur auf Senatspolitik reagiert statt einen Gestaltungsanspruch zu erheben. Dafür spricht auch, daß er sich gleich zu Beginn seines Wirkens faktisch selbst entmachtete hat, indem er die augenblicklich umstrittenste Frage der Stadt, den Finanzkurs, an die Senatorin für Finanzen delegierte. Deren eigentlich als Antragsbegründung angekündigtes Referat wurde mit freundlich verhaltenem Beifall bedacht, der Antrag auf die Zeit nach den Haushaltsberatungen vertagt, und der Landesvorsitzende stellte fest, daß der Applaus ja wohl deutlich gemacht habe, daß die Berliner SPD hinter ihrer Finanzsenatorin stehe...

Ohnehin wurden kritische Stimmen gegenüber der Finanzpolitik des Senats durch die Parteispitze als böswillige Angriffe auf die neue Senatorin interpretiert. Das Durchziehen des „harten Sparkurses“ erhielt damit den Charakter einer Machtfraße, und der Landesparteitag hatte im Grunde nur die Wahl zwischen der Rolle eines Claqueurs und der des Bösewichts.

Die Senatorin spart also, und die Partei spart an Kritik. Es darf bezweifelt werden, daß dieser Kurs lange gut gehen kann, war doch

eine der Lehren aus den letzten fünf Jahren großer Koalition, daß die Kommunikation zwischen Senat und Partei dringend verbessert werden muß.

Statt sich auf einen Diskurs über die Zukunft der Stadt einzulassen und ihn mit voranzubringen, stellt die Parteispitze jedoch weiterhin die Weichen hin zu einer gesichtslosen Stadt der Glitzerfassaden und betreibt sozialen Kahlschlag. Während einerseits mittels SPD-geführtem Rotstift Drogenberatungseinrichtungen ruiniert, LehrerInnenstellen massiv abgebaut, die ÖPNV-Tarife für sozial Schwache erheblich erhöht und faktische Studiengebühren eingeführt werden, fährt der Senat eine ungebremste Politik der prestigeträchtigen Großprojekte, wofür der Messe-Ausbau und der Transrapid als Beispiele genannt seien. Die SPD-SenatorInnen setzen dem nichts entgegen, sondern tragen diesen Kurs – z.T. gegen nahezu einstimmig gefaßte Parteitagebeschlüsse – mit.

Was bleibt, ist das Bild einer orientierungslosen Partei, deren Führung nahezu panisch auf Kritik an der großen Koalition reagiert. In einer Zeit größter Herausforderungen, Chancen und Gefahren für Berlin, hat die SPD keine Vorstellung, was heute Zukunftsfähigkeit für die Stadt bedeutet. Das ist ihr Dilemma.

Neue Leitbild-Diskussion?

Diese Erkenntnis ist nicht gerade neu. Nach dem Wahldebakel vom 22. Oktober 1995 gab es eine ganze Reihe nachdenklicher Stimmen, die genau dieses Manko der Berliner SPD beklagt hatten.

Diese Stimmen, die eine Diskussion um ein neues sozialdemokratisches Leitbild für Berlin angeregt hatten, werden nun wieder von den Regierungs-Kommandos übertönt; sie sind aber nicht verstummt. In etlichen Bereichen der Partei reift mittlerweile wieder die Einsicht, daß sich dringend etwas ändern muß, daß es nicht „weiter so“ heißen darf.

Über eine langfristig angelegte Projektarbeit (Stadtprojekt) ist es den Jusos bereits partiell gelungen, die Diskussion um die Entwicklung Berlins in die Partei hineinzutragen: Der Donnerstagskreis (größter Zusammenhang der Parteilinken) wird die Debatte um ein alternatives sozialdemokratisches Leitbild aufgreifen. Der SPD-Landesvorstand hat

nach der verlorenen Abgeordnetenhauswahl eine Arbeitsgruppe „Berlin 2010“ ins Leben gerufen, die vom stellvertretenden Juso-Landesvorsitzenden geleitet wird. Zarte Ansätze eines Neuanfangs sind also zu sehen. Es wird sich in den nächsten Monaten zeigen, ob die Parteispitze tatsächlich gewillt ist, diese Diskussion anzunehmen und auch die sich hieraus ergebenden Konsequenzen in der täglichen Politik zu ziehen. Zweifel sind allerdings angebracht, da es ja Bestandteil ihrer Doktrin ist, daß es keine Spielräume gibt.

Für einen Neuanfang in der Berliner SPD wird es deshalb entscheidend darauf ankommen, ob die Linke es versteht, ein solches Leitbild so zu diskutieren, daß sie – erstens – innerhalb und außerhalb der Partei als ausstrahlungsfähige Kraft erscheint und – zweitens – die Diskussion jeweils auf die realpolitische Ebene herunterbricht. Dafür ist es erforderlich, diese Diskussion als offenen Prozeß zu gestalten und Kompetenzen auch von außerhalb der Partei zu binden. Nur so können größere Teile der stark ausdifferenzierten Mitgliedschaft und auch Nichtmitglieder integriert werden. Notwendig ist auch eine Verknüpfung dieser Diskussion mit dem Suchen nach Partnern für ein Reformbündnis in Berlin. Vor allem im Hinblick auf die Einschätzung der PDS ist hier ein Wandel festzustellen. Die PDS wird mittlerweile in weitesten Kreisen der Partei nüchterner betrachtet, nachdem erste Erfahrungen der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene gesammelt wurden. Eine Koalition von SPD, Grünen und PDS nach den nächsten Abgeordnetenhauswahlen 1999 scheint durchsetzbar, wenn sie mit einer Perspektive für die Stadt verbunden werden kann und heute dafür die Grundsteine gelegt werden.

Hierfür müssen aber heute schon Wege aufgezeigt werden, die eine Perspektive abseits des moderischen Dogmas der Städtekonkurrenz bieten. Die Hinwendung zur Stadt und ihren BewohnerInnen und die Stärkung der der Stadt inwohnenden ökonomischen Potentiale zum Nutzen der dort lebenden Menschen, das muß die Antwort auf das milliardenteure Projekt eines global players Berlin werden. Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Stadt muß in Berlin endlich diskutiert werden. Noch ist nicht entschieden, auf welcher Seite die SPD dann stehen wird.

In einer Zeit größter Herausforderungen, Chancen und Gefahren für Berlin, hat die SPD keine Vorstellung, was heute Zukunftsfähigkeit für die Stadt bedeutet. Das ist ihr Dilemma.

Eine Koalition von SPD, Grünen und PDS nach den nächsten Abgeordnetenhauswahlen 1999 scheint durchsetzbar, wenn sie mit einer Perspektive für die Stadt verbunden werden kann und heute dafür die Grundsteine gelegt werden.

Sozialhilfe- kompromiß:

Lohnsenkungsförderungsgesetz mit
Zustimmung der SPD?

von Friedrich Putz*

Sozialhilfereform als Lohnpolitik

Am 29. Februar 1996 hat der Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Sozialhilferechts in der vom Ausschuß für Gesundheit empfohlenen Fassung angenommen. Nach Ablehnung dieses Gesetzesbeschlusses durch den Bundesrat und einem gescheiterten ersten Vermittlungsverfahren wurde am 26. Juni 1996 im Vermittlungsausschuß gegen die Stimmen von Bündnis 90/ Die Grünen und PDS ein Kompromiß gefunden, von dem die Regierungskoalition und die SPD gleichermaßen behaupten, sie hätten sich in den entscheidenden Punkten durchgesetzt.

„Die Sozialhilfereform kommt, und sie kommt weitestgehend so, wie Bundesminister Seehofer sie im Sommer letzten Jahres angekündigt hat“, frohlockt der CDU-Abgeordnete Lohmann lt. Bundestagsprotokoll vom 27.06.1996 (Anl. 5) und läßt gleich im nächsten Satz die Katze des wahren Zwecks dieser Reform aus dem Sack: „In dem Spannungsverhältnis zwischen Sozialhilfe und Arbeitsmarkt wird durch die Reform eine wesentliche strukturelle Veränderung erfolgen.“ Im Klartext: Durch die Reform werden Lohnsenkungen und Niedriglöhne vorbereitet und ermöglicht, also alte Arbeitgeberwünsche erfüllt. Die Überschrift eines Aufsatzes von Barthel im „Arbeitgeber“, dem Verbandsorgan der Arbeitgeber-Bundesvereinigung (17/46-1994, S. 573) sagt prägnant, worum es geht: „Sozialhilfe behindert Lohndifferenzierung“. Zentrale Aussage und Forderung des Autors: Das gegenwärtige Niveau der Sozial-

hilfe bietet keinen ausreichenden Spielraum für die Schaffung eines neuen Niedriglohnbereichs und muß daher abgesenkt werden.

Das Sozialhilfeniveau wirkt nämlich wie ein Mindestlohn: „Lohn und Lohnstruktur sind mit dem sozialen Sicherungssystem verknüpft. Wie in einem System kommunizierender Röhren bestimmt der gesellschaftlich definierte Mindestlohn der sozialen Absicherung den Lohn der untersten Lohngruppe auf dem Arbeitsmarkt“, so H. Siebert, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation, in der FAZ vom 19.06.1993. Dem ist noch hinzuzufügen: „Da die untersten Lohngruppen quasi das Fundament für die Einkommensschichtung aus abhängiger Erwerbstätigkeit bilden, hätte folglich eine Senkung des sozialhilfrechtlichen Existenzminimums Auswirkungen auf die gesamte Einkommenspyramide bei Arbeitnehmern.“ (Höft-Dzemski im „Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentl. u. priv. Fürsorge“, 11/1994, S. 406)

Im folgenden soll daher das Ergebnis des zweiten Vermittlungsverfahrens darauf untersucht werden, ob es die von den Regierungsparteien und den Arbeitgebern angestrebten Lohnsenkungen erleichtert oder erschwert. Dabei muß der (vom Bundesrat abgelehnte) Gesetzbeschluß vom 29. Februar 1996 (abgek.: „Gb Februar 96“) nicht nur mit der im Vermittlungsausschuß ausgehandelten neuen Fassung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG n.F.) verglichen werden; da es sich um ein zustimmungspflichtiges Gesetz handelt und die Mehrheit der SPD-geführten Länder im Bundesrat eine Änderung des geltenden Rechts hätte verhindern können, muß Ausgangspunkt des Vergleichs die bisher geltende, „alte“ Fassung des BSHG (BSHG a.F.) sein.

Das von der Sozialhilfe garantierte „soziokulturelle Existenzminimum“, das dem Hilfeempfänger ein menschenwürdiges Leben ermöglichen soll, zugleich aber ein Auffangnetz für die untersten Löhne bildet, wird maßgebend durch den Regelsatz der Hilfe zum Lebensunterhalt bestimmt, eine Pauschale, die die laufenden Leistungen für Ernährung, hauswirtschaftlichen Bedarf sowie persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens umfaßt. Im Mittelpunkt des zum Gb Februar 96 füh-

renden Seehoferschen Reformentwurfs stand daher das Bestreben, die nach bisherigem Recht fällige Erhöhung des Regelsatzes zu verhindern, den Regelsatz – zunächst zumindest real, also der Kaufkraft nach – abzusenken, auf Dauer möglichst niedrig zu halten und derart an die Lohnentwicklung zu koppeln, daß das besagte Netz, sobald sich die unteren Löhne ihm nähern, automatisch tiefer gehängt wird, damit es seine Auffangfunktion nie erfüllen kann.

Neue Deckelungen der Regelsätze

Nach § 22 Abs. 4 BSHG a.F. wären die ab 01.07.1993 geltenden „Deckelungen“ der Regelsätze, durch die deren jährliche Fortschreibungen unter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten gehalten und die Regelsätze somit ihrer Kaufkraft nach abgesenkt wurden, zum 30.06.1996 ausgelaufen. Sowohl der Gb Februar 96 als auch das BSHG n.F. sehen für die Zeit bis 30.06.1999 eine erneute Deckelung vor, mit der verhindert werden soll, daß das ab 1990 im Einvernehmen aller Bundesländer eingeführte und als gerechtestes und in der Bevölkerung akzeptabelstes Bedarfsbemessungssystem gepriesene „Statistikmodell“ wieder Anwendung findet. Nach diesem Modell hätten die Regelsätze auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1988 zum 01.07.1996 neu festgesetzt werden müssen. Dies hätte zu einer Erhöhung des Eckregelsatzes (Regelsatz eines Haushaltsvorstands) um ca. 40,- DM geführt. Der erhöhte Regelsatz hätte dann bis zur Neufestsetzung auf der Basis der EVS 1993 dem Anstieg der Lebenshaltungskosten entsprechend fortgeschrieben werden müssen. Nach § 22 Gb Februar 96 erhöhen sich die am 30.06.1996 geltenden Regelsätze für die Zeit bis 30.06.1999 „jeweils zum 01. Juli für ein Jahr um den Vomhundertsatz, um den sich die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung im Bundesgebiet ohne neue Bundesländer und ohne Berücksichtigung der Belastung bei Renten verändern.“ § 22 BSHG n.F. unterscheidet sich von dieser Regelung inhaltlich nur dadurch, daß die Anbindung an die Rentenentwicklung erst ein Jahr später beginnt und die am 30.06.1996 geltenden Regelsätze für die Zeit bis 30.06.1997 um ein Prozent erhöht werden.

*„In dem Spannungsverhältnis zwischen Sozialhilfe und Arbeitsmarkt wird durch die Reform eine wesentliche strukturelle Veränderung erfolgen.“
Im Klartext: Durch die Reform werden Lohnsenkungen und Niedriglöhne vorbereitet und ermöglicht, also alte Arbeitgeberwünsche erfüllt.*

* Friedrich Putz, Prof. a. D., hat an der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden, Abt. Kassel, Sozialrecht mit dem Schwerpunkt Sozialhilfrecht gelehrt.

Besonders diese einprozentige Erhöhung wird von SPD-Politikern als Sieg gefeiert: "In 1997 wird es keine Nullrunde für Sozialhilfeempfänger geben. Der entsprechende Gesetzentwurf der Bundesregierung ist vom Tisch. Damit ist es uns gelungen, einen weiteren Stein aus dem unsozialen Kürzungsmosaik herauszubringen", jubelt Rudolf Dressler in einer zum o.a. Bundestagsprotokoll gegebenen Erklärung. Da dieser Stein von der Bundesregierung erst in einem nach dem Gb Februar 96 vorgelegten Gesetzentwurf präsentiert wurde und gegen die Bundesratsmehrheit nie in das Mosaik hätte gelangen können, liegt der Verdacht nahe, daß die Nullrunde schon in der Absicht gefordert wurde, im Vermittlungsausschuß als Gegenleistung für echte Zugeständnisse der SPD auf sie zu verzichten. Dresslers Erfolgsmeldung ist auch deswegen nicht überzeugend, da die rechtliche Nullrunde durch eine faktische mit dem Feigenblatt eines Anstiegs des Eckregelsatzes um 5,- DM ersetzt wurde.

Durch die Begrenzung der Regelsatzerhöhung auf den Vomhundertsatz, um den sich die Renten verändern, wird die Regelsatzentwicklung nicht nur von der Entwicklung der Nettolöhne, also der Belastung der Bruttoeinkommen durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, sondern auch von der Veränderung der "Bruttolohn- und Gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer" (§ 68 Abs. 1 und 2 SGB VI) abhängig gemacht. Letzteres bedeutet, daß sich auch Arbeitszeitverkürzungen ohne vollen Lohnausgleich (z.B. nach dem VW-Modell), mehr Teilzeitarbeit, Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und andere die Summe der Bruttoentgelte senkende Maßnahmen regelsatzsenkend auswirken werden. Sinkende Regelsätze führen aber zu niedrigeren Nettolöhnen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts muß der Steuergesetzgeber nämlich jedem Einkommensbezieher mindestens soviel steuerfrei belassen, wie dieser und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen als Sozialhilfeempfänger an Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten würden. Je niedriger der Regelsatz, umso niedriger also das steuerfreie Existenzminimum, je niedriger dieser Steuerfreibetrag, umso höher – zumindest bis in mittlere Einkommensgruppen – die

Lohnsteuer, je höher die Lohnsteuer, umso niedriger der Nettolohn, je niedriger der Nettolohn, umso niedriger der Regelsatz, je niedriger der Regelsatz umso ... (s. oben!). Kurzum: eine Lohnsenkungs- und Sozialhilfesenkungsspirale mit Rückkopplungseffekt!

Für die Zeit ab 01.07.1999 sehen der Gb Februar 96 und das BSHG n.F. in § 22 eine Regelsatzbemessung vor, die "Stand und Entwicklung von Nettoeinkommen, Verbraucherverhalten und Lebenshaltungskosten" zu berücksichtigen hat. Während sich der Gb Februar 96 hinsichtlich der näheren Ausgestaltung auf die Feststellung beschränkt, zur Bemessung der Regelsätze werde in einer (noch zu erlassenden) Rechtsverordnung "ein statistisches Verfahren und für die jährliche Anpassung der Regelsätze ein Fortschreibungsmodus festgelegt", wird § 22 Abs. 3 BSHG n.F. konkreter: "Grundlage sind die tatsächlichen, statistisch ermittelten Verbrauchsausgaben von Haushalten in unteren Einkommensgruppen. Datengrundlage ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Die Bemessung ist zu überprüfen und ggf. weiterzuentwickeln, sobald die Ergebnisse einer neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vorliegen." Damit wird ein neues, modifiziertes "Statistikmodell" angekündigt, das erst in einer von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats zu erlassenden Rechtsverordnung (Regelsatzverordnung) näher geregelt werden soll.

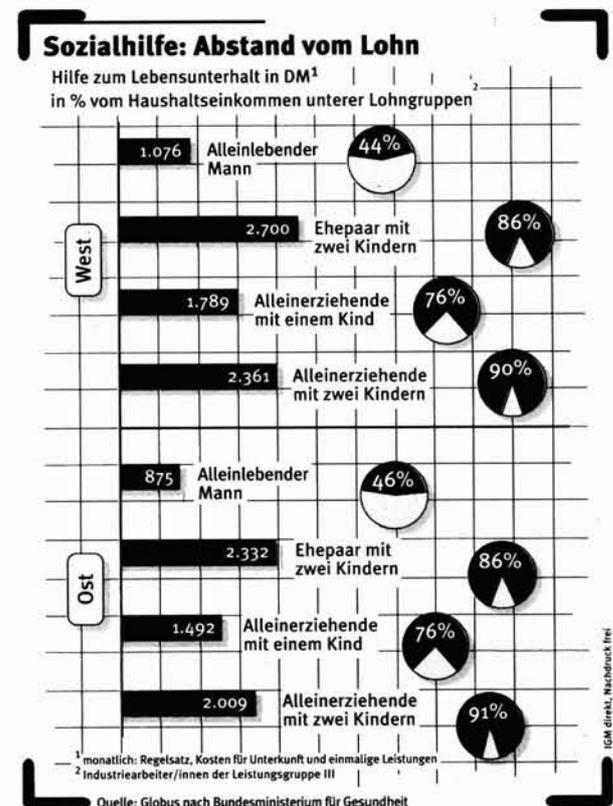
Es ist davon auszugehen, daß das neue, modifizierte Statistikmodell mit dem ab 1990 eingeführten und durch die Deckelungen außer Vollzug gesetzten "alten" mindestens folgendes gemeinsam haben wird: Es wird zunächst eine "Sozialhilfeschwelle" berechnet, deren Höhe hauptsächlich vom Regelsatz abhängt. Sodann wird der "regelsatzrelevante Verbrauch" von Personen einer "Referenzgruppe" ermittelt, deren Einkommensspektrum (zuletzt 800,- bis 1000,- DM) knapp über dieser Schwelle beginnt. Dies geschieht durch Auswertung einer EVS, die in der Regel alle 5 Jahre zu allgemeinen statistischen Zwecken durchgeführt wird. Nach dem alten Statistikmodell wurde aus den ermittelten Ausgaben der Referenzgruppe der nicht regelsatzrelevante Verbrauch (z.B. Ausgaben für Auto und Urlaubsreisen) herausgerechnet

und so der Regelsatz gefunden, der dann bis zur Neuberechnung auf der Basis der nächsten EVS der Preisentwicklung entsprechend fortgeschrieben werden sollte.

Da nach dem neuen Modell die Regelsatzbemessung auch "Stand und Entwicklung von Nettoeinkommen" zu berücksichtigen hat, ist zu befürchten, daß zumindest die Bundesregierung versuchen wird, durch die Neufassung der Regelsatzverordnung eine zweifache, diesmal nicht nur vorübergehende, sondern auf Dauer angelegte Deckelung in das Bedarfsbemessungssystem einzubauen: Die Erhöhung der Verbrauchsausgaben der Referenzgruppe von einer EVS zur nächsten wird voraussichtlich nur insoweit berücksichtigt, als sie den prozentualen Lohnanstieg in diesem Zeitraum nicht übersteigt. Die Fortschreibung der Regelsätze bis zur nächsten Neufestsetzung wird sich wahrscheinlich nur insoweit nach dem Preisanstieg richten, als dieser prozentual nicht höher ist als der Lohnanstieg.

Die Deckelungen vom 01.07.1993 bis 30.06.1996 (BSHG a.F.) und anschließend vom 01.07.1996 bis 30.06.1999 (BSHG n.F.) werden bei der Neufestsetzung der Regelsätze ab 01.07.1999 regelsatzsenkend fortwirken, da die Sozialhilfeschwelle durch sie niedriger wird als sie bei ununterbroche-

Da nach dem neuen Modell die Regelsatzbemessung auch "Stand und Entwicklung von Nettoeinkommen" zu berücksichtigen hat, ist zu befürchten, daß zumindest die Bundesregierung versuchen wird, eine zweifache, diesmal auf Dauer angelegte Deckelung in das Bedarfsbemessungssystem einzubauen.



ner konsequenter Anwendung des (alten) Statistikmodells gewesen wäre. Eine niedrigere Sozialhilfeschwelle führt aber dazu, daß für die Neufestsetzung das Verbraucherverhalten einer Referenzgruppe mit niedrigerem Einkommen maßgebend wird.

Regelsatzkappungsinstrument „Lohnabstandsgebot“

In das BSHG n.F. in modifizierter Form übernommen wird ein bereits nach bisherigem Recht vorhandenes, schon 1993 durch das FKPG ("Solidarpaktsgesetz") geschärftes, bisher aber noch nie angewandtes Regelsatzkappungsinstrument, nämlich das "Lohnabstandsgebot". Nach § 22 Abs. 4 n.F. hat die Regelsatzbemessung zu gewährleisten, "daß bei Haushaltsgemeinschaften von Ehepaaren mit drei Kindern die Regelsätze zusammen mit Durchschnittsbeträgen für Kosten von Unterkunft und Heizung sowie für einmalige Leistungen und unter Berücksichtigung des abzusetzenden Betrages nach § 76 Abs. 2a Nr. 1 unter den erzielten monatlichen durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelten unterer Lohn- und Gehaltsgruppen einschließlich anteiliger einmaliger Zahlungen zuzüglich Kindergeld und Wohngeld in einer entsprechenden Haushaltsgemeinschaft mit einem alleinverdienenden Vollzeitbeschäftigten bleiben." Von der entsprechenden Regelung in § 22 Abs. 3 BSHG a.F. unterscheidet sich diese Vorschrift inhaltlich im wesentlichen nur dadurch, daß – wie bereits im Gb Februar 1996 – einmalige Zahlungen des Arbeitgebers (z. B. Urlaubs- und Weihnachtsgeld) auf der einen und einmalige Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt (z. B. Bekleidungs- und Hausratsbeihilfe) auf der anderen Seite in die Vergleichsberechnung einbezogen werden. In Zeiten, in denen einmalige Zahlungen der Arbeitgeber zunehmend zu "Lohnnebenkosten" erklärt werden, von deren Senkung oder Abschaffung man sich wirtschaftliche Heilungswunder verspricht, bedeutet das, daß das zu erwartende Absinken dieser einmaligen Zahlungen zu niedrigeren Regelsätzen führt, sobald das Lohnabstandsgebot zur Anwendung kommt.

Im Gb Februar 96 war nicht der bei der Bereinigung des Einkommens von erwerbstätigen Sozialhilfeempfängern abzusetzende "Betrag nach § 76 Abs. 2a Nr. 1 BSHG"

als "Abstandshalter" vorgesehen, sondern ein Abstand von 15% des als Vergleichsmaßstab herangezogenen Arbeitnehmerinkommens vorgeschrieben. Ob dadurch, daß diese Regelung nicht in das BSHG n.F. übernommen wurde, der einzuhaltende Lohnabstand – wie von SPD-Politikern behauptet – wirklich halbiert wurde, kann erst beurteilt werden, wenn die bisher weder im Gesetz noch in einer Rechtsverordnung geregelte, in der Praxis meist gemäß einer Empfehlung des "Deutschen Vereins" mit maximal ca. 260,- DM (halber Eckregelsatz) bezifferte Höhe des Freibetrages für erwerbstätige Sozialhilfeempfänger, endlich vom Verordnungsgeber festgesetzt wird.

Dieser wird dabei allerdings vor einem Dilemma stehen: Ein höherer Freibetrag für Erwerbstätige führt nicht nur zu einem größeren Arbeitsanreiz, sondern zugleich zu höheren Sozialhilfeleistungen für erwerbstätige Sozialhilfeempfänger und ihre Familien, da deren Bedarf dann einem niedrigerem "bereinigten" Einkommen gegenübergestellt werden muß. Die Erhöhung des Freibetrages vergrößert aber zugleich den nach der Lohnabstandsformel einzuhaltenden Abstand zwischen Löhnen und Sozialhilfe und kann dadurch zur Folge haben, daß das Lohnabstandsgebot früher greift und zur Kappung der Regelsätze führt. Tritt dies ein, werden die Mehrausgaben der Sozialhilfeträger für erwerbstätige Hilfeempfänger mehr als ausgeglichen: Da die Zahl der erwerbstätigen Hilfeempfänger viel kleiner ist als die Zahl aller Hilfeberechtigten, werden die Einsparungen durch niedrigere Regelsätze für alle Hilfeempfänger wesentlich höher sein als die Mehrausgaben für die relativ wenigen erwerbstätigen. Die Erhöhung des Freibetrages wäre also im Ergebnis als Sparmaßnahme attraktiv, wenn da nicht noch folgendes zu bedenken wäre: Durch die Absenkung des bereinigten Einkommens Erwerbstätiger wächst eine schwer zu schätzende, wahrscheinlich große Zahl bisher nicht hilfeberechtigter Arbeitnehmer unterer Einkommensgruppen mit Familien in die Anspruchsberechtigung hinein!

Bedarfsdeckungsprinzip gerettet?

Abschließend ist noch auf eine weitere Erfolgsmeldung von SPD-Politi-

kern einzugehen, nämlich auf die Behauptung, das "Bedarfsdeckungsprinzip" sei nunmehr im Gesetz festgeschrieben und damit gerettet. Nach § 22 Abs. 3 BSHG n.F. sind die Regelsätze zwar "so zu bemessen, daß der laufende Bedarf dadurch gedeckt werden kann"; nicht mitgeliefert wird leider eine Definition des Begriffs "Bedarf". Dieser läßt sich sinnvoll nur aus der in § 1 Abs. 2 BSHG normierten Aufgabe der Sozialhilfe herleiten, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. "Bedarf" sind daher die Bedürfnisse, die befriedigt werden müssen, damit die Menschenwürde des Hilfeempfängers gewahrt wird (Definition auf der "Bedürfnisebene") bzw. die dazu erforderlichen Mittel (Definition auf der "Bedarfsdeckungsebene").

Die Konkretisierung des sich aus diesem Bedarfsbegriff ergebenden, von der Sozialhilfe garantierten Existenzminimums erfordert eine "normative", wertende, letztlich politische Entscheidung. Diese könnte besonders transparent durch die Rückkehr zum alten, vor dem Statistikmodell geltenden "Warenkorbmodell" erfolgen, nach dem ein fiktiver Korb von Waren und Dienstleistungen zusammengestellt wird, die das dem Hilfeempfänger zugebilligte Existenzminimum anschaulich abbilden, und aus deren Preis der Regelsatz abgeleitet wird. Durch die oben dargelegte enge Ankoppelung der Regelsätze an die Lohnentwicklung, besonders aber durch die Begrenzung der Regelsätze durch das Lohnabstandsgebot wird auf eine solche klare normative Entscheidung verzichtet und die Bemessung des sozialhilferechtlich anzuerkennenden Bedarfs weitgehend dem Arbeitsmarkt und damit in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit vor allem den Arbeitgebern überlassen. Ein auf einer solchen Bedarfsermittlung basierendes "Bedarfsdeckungsprinzip" hat weder für Sozialhilfeempfänger noch für Arbeitnehmer eine Schutzfunktion. Da es sich auf die Aussage beschränkt, wenn der Hilfeempfänger das erhalte, was bei dieser Art der Bedarfsbemessung jeweils als Bedarf herauskommt, könne er menschenwürdig leben, kann es selbst durch noch so niedrige Regelsätze schon per definitionem nie verletzt werden – womit natürlich auch der Wert seiner Rettung relativiert wird.

Durch enge Ankoppelung der Regelsätze an die Lohnentwicklung wird die Bemessung des sozialhilferechtlich anzuerkennenden Bedarfs weitgehend dem Arbeitsmarkt und damit in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit vor allem den Arbeitgebern überlassen.

Demokratie in Rußland!

Es hat einen erhöhten Grad an Interessiertheit von seiten westlicher Analytiker gegeben, als sie – wie Wolfgang Leonhard – Jelzins Wahlsieg herbeiwünschten und ihn als den Verteidiger der Demokratie darzustellen suchten. Jeder Blick nach Rußland hinein und über Moskau hinaus zeigt deutlich, daß die politischen und wirtschaftlichen Strukturen, die verschiedenen Interessensgruppen nicht so klar in Schwarz und Weiß, in Demokraten und Kommunisten unterschieden werden können.

Der Wahlkampf der Jelzin-Anhänger scheint – wie auch bereits bei den Duma-Wahlen – von unzulässigen Schwarzgeldern mitfinanziert worden zu sein. Mit unverhohlener Brutalität hat Jelzin die ihm zur Verfügung stehenden administrativen Kanäle ausgenutzt, um sowohl die Verwaltungen auf der Gebiets- und Ortsebene als auch die staatlich kontrollierten und staatlichen Massenmedien auf nationaler und regionaler Ebene, die den allergrößten Teil ausmachen, für seinen Wahlkampf zu nutzen. Andere Bewerber hatten – schlimmer noch als im Dezember 1995 zu den Dumawahlen – kaum eine Chance, über die ihnen gesetzlich zustehende Zeit hinaus in die Medien zu gelangen. Dies gilt für Kommunisten ebenso wie für die Anhänger des Linkliberalen Jawlinskij.

Die politischen Strukturen in Rußland sind allenfalls als halbdemokratisch zu bezeichnen, da ein autoritärer Politikstil weiterhin mit viel Liebe gepflegt wird und letztlich keine Institutionen und Gruppierungen bestehen, die der Willkür der staatlichen Verwaltung, den monopolistischen Unternehmen oder der schwer zu definierenden Mafia etwas entgegenzusetzen wollten oder könnten. Die von einigen herbeigesehnte Zivilgesellschaft und eine politische Öffentlichkeit haben sich ebensowenig eingestellt wie eine öffentliche Politik. Die politische Landschaft ist sowohl auf der Föderationsebene wie auch unterhalb von Gruppierungen geprägt, die über inoffizielle Wege ihre Interessen abgleichen und manchmal auch ausgleichen. Wenn diese Wege nicht mehr zum Ausgleich reichen, wird die Politik gewaltförmig. So mancher tote Bürgermeister oder neue Unternehmer könnte davon ein Lied singen.

Die Reform Rußlands ist irgendwo in der Grauzone zwischen sowjetisch-bürokratischem Anarchismus und wildem Marktkapitalismus stecken geblieben. Herausgekommen dabei ist eine hybride Form einer Gesellschaft, die vielleicht in ihrer politischen Unsicherheit, ihrem Hang zu autoritären, ihrer ungleichen Entwicklung am ehesten mit manchen lateinamerikanischen Staaten zu vergleichen wäre. Jedoch bis ins letzte trifft dieser Vergleich nicht zu.

Privatisierung und Monopolisierung

Als Kern der russischen Reformen ist westlichen Analytikern des liberalen Mainstream immer die Umstrukturierung der Wirtschaft erschienen. Das bankrotte, über die Jahrzehnte hinweg immer weniger funktionierende Plansystem ohne wirklich planvolles Vorgehen sollte durch eine Marktwirtschaft mit privatem Eigentum an Produktionsmitteln ersetzt werden. Interessierte Protagonisten der Reformen wie der schwedische Ökonom Anders Åslund, der frühere Berater der Gaidar-Regierung, frohlocken denn auch in Apologie ihrer eigenen Tätigkeit, es handle sich bei Rußland mittlerweile um eine Marktwirtschaft. Diese These wird allerdings selbst von solchen liberalen Analytikern wie Marshall I. Goldhagen in Frage gestellt, der die russischen Reformen als gescheitert darstellt.

Die Privatisierung der letzten zehn Jahre hat vor allem zur Aneignung gesellschaftlichen Reichtums durch einzelne geführt. In den achtziger Jahren wurde bereits ein Teil der heutigen Strukturen der privatisierten Wirtschaft vorbereitet. In einer Reihe von Fällen wurden Komsomol-Funktionäre mit Parteigeldern ausgestattet, um think tanks zu gründen, die sie dann letztlich zur Gründung neuer Unternehmen genutzt haben. So mancher russische Bankier hat so seine Karriere begonnen. Ein anderer Bereich der Privatisierung gesellschaftlichen Reichtums fand über die so widersprüchlich bewerteten Kooperativen, die 1987 ins Leben gerufen wurden, statt. In der Perestroika wurden damit die auffälligen, seitdem in Rußland überall anzutreffenden Kioske geboren, die damals das Land mit Wäsche, Zigaretten oder Spielzeug aus dem Ausland zu versorgen suchten und die so häufig Opfer von Schutzgelderpressern geworden sind. Viel wichti-

Russischer Bonapartismus

von Frank Schauff*

ger als die, die ihre Ersparnisse in die Kooperativen steckten, waren die roten Fabrikdirektoren, die an ihre Unternehmen angekoppelte Kooperativen gründeten, die die Produkte des jeweiligen Unternehmens zu niedrigen Preisen aufkauften, um sie dann teurer weiterzuverkaufen. Hier fand ein Teil der Kapitalakkumulation statt, die dann so manchem Direktor half, zu Beginn der neunziger Jahre im Zuge der Privatisierung die Mehrheit der Anteilsscheine zu erwerben.

Diese „Nomenklatura-Privatisierung“ hat aber keinesfalls zu einem „funktionierenden“ Marktmechanismus geführt. Staatliche Monopole wurde in private Monopole umgewandelt, die sich in bester Tradition der Leninschen Idee des faulenden Kapitalismus mit Zähnen und Klauen gegen eine Öffnung des Marktes wehren, die arbeitende Bevölkerung ausplündern und jeden technischen und gesellschaftlichen Fortschritt bremsen. Zu diesen gehören die großen Monopole im Bereich der extraktiven Wirtschaft wie Gazprom oder Lukoil, der vor sich hinsiechende militärische Komplex, aber auch solche Produzenten wie die bankrotte Auto-Fabrik „Lada“, deren früherer Geschäftsführer, Vladimir Kadannikov, geradezu symbolhaft im Januar 1996 zum Vizepremier für Wirtschaft benannt wurde.

Die Kommunistische Partei

Die Kommunisten erscheinen in dieser Situation keine politisch akzeptable Alternative zu sein. Seit Jahren stecken sie in einem Morast von undurchschaubaren Verbindungen mit rechtsnationalistischen, antisemitischen faschistischen Gruppierungen. Die heutigen kommunistischen Funktionäre sind der großrussisch-

Die Reform Rußlands ist irgendwo in der Grauzone zwischen sowjetisch-bürokratischem Anarchismus und wildem Marktkapitalismus stecken geblieben.

* Frank Schauff, Historiker, lebt in Düren und Moskau, arbeitet z.Z. an seiner Doktorarbeit über die sowjetische Politik im spanischen Bürgerkrieg.

chauvinistische Bodensatz der KPdSU, der Haufen übriggebliebener, die es seit 1991 nicht geschafft haben, einen respektablen Übergang in die private Wirtschaft oder in eine der mehr oder minder demokratischen Parteien zu finden. Die Partei wird von Funktionären geführt, die bis vor kurzem im dritten oder vierten Glied der KPdSU standen und die weder eine theoretische Bildung besitzen noch allzu große organisatorische Fähigkeiten. Wenn die Exponenten dieser Partei zur Feder greifen, kommt nicht einmal mehr der deterministische Marxismus der Sowjetzeit dabei heraus. Es wird vielmehr versucht, ein Konglomerat aus völkisch-religiösen Versatzstücken und Forderungen nach sozialer Sicherheit und Geopolitik zu verkaufen. Das Wahlergebnis vom 3. Juli zeigt, daß dieses nicht auf taube Ohren stößt, auch wenn die Wahl nicht gewonnen wurde. Sjuganovs Leitsatz heißt denn auch „Ich glaube an Rußland“.

Wie sich dieses Spektrum nach der Wahlniederlage entwickeln wird, ist noch unklar, aber eine Spaltung des nationalpatriotischen Lagers und sogar eine Auflösung der Kommunistischen Partei erscheinen nicht unwahrscheinlich. Ein im Ansatz bereits bestehender Differenzierungsprozeß wird die Flügel stärker voneinander scheiden. Die Radikalen und extremen Nationalisten werden möglicherweise durch die stärker an der Opposition innerhalb des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Zusammenhanges Interessierten abgestoßen, eine Sozialdemokratisierung eines Teils der Partei vonstatten gehen. Ob dies einen größeren Teil der Partei umfassen wird und inwiefern sich aus dieser Bewegung eine originär sozialdemokratische Organisation entwickeln kann, ist nicht abzuschätzen.

Eine sozialdemokratische Bewegung wird es allerdings ohne einen Teil der jetzigen Kommunistischen Partei keinesfalls geben. Die Versuche der Gründung und manchmal sogar der Zusammenfassung linker, demokratischer Parteien ist zwar sehr löblich, hat aber zu keinem nennenswerten langfristigen politischen geführt. Gorbatschows Abscheiden bei den Präsidentschaftswahlen zeigt deutlich, wie wenig sozialdemokratische Politikansätze eine Rolle spielen – jedenfalls wenn sie nicht durch eine gesellschaftliche Bewegung und eine starke Organi-

sation gestützt werden. Derlei politische Kopfgeburten wie Gorbatschows Kandidatur gibt es in Rußland zu genüge, sie haben sich bislang nie als tragfähig erwiesen.

Die russische Arbeiterbewegung

Und die Arbeiterbewegung? Eine effektiv organisierte Arbeiterbewegung gibt es allenfalls in Teilbereichen. So sind die Kohle- und Transportarbeiter vergleichsweise schlagkräftig und können sich gegen die Regierung durchsetzen. In den meisten anderen Bereichen sieht es dagegen düster aus. In einer Wirtschaft, die sich, was das Produktionsvolumen angeht, immer noch im freien Fall befindet, ist mit dem klassischen Mittel des Streiks nichts zu gewinnen. Die Gewerkschaften, deren Funktionäre in der Sowjetzeit stark an die Unternehmen gebunden waren und es zum großen Teil noch sind, müssen sich erst noch neu formieren. Ihre Strategie ist es, sich im Zweifelsfalle eher gegen die Regierung und ihre gegen die arbeitende Bevölkerung gerichtete Politik zu wenden, als von den Unternehmen die ausstehenden Löhne zu fordern.

Zudem gibt es keine wirksamen Kanäle zwischen den Gewerkschaften und einzelnen Parteien. Keine der politischen Kräfte artikuliert originär die politischen und wirtschaftlichen Interessen der abhängig Beschäftigten. Hierbei ist auch die tief verwurzelte Korruption unter den politischen Vertretern wenig zuträglich. Auch hier haben Versuche zu Beginn der neunziger Jahre, eine Partei zu gründen, die ähnlich der Labour Party zum direkten politischen Sprachrohr der Gewerkschaften wird, keine Früchte getragen. Die letzte politische Initiative des Gewerkschaftsdachverbandes, FNPR, war die Gründung eines Wahlblocks gemeinsam mit Großunternehmen, der bei den Dumawahlen vom Dezember 1995 nicht die 5%-Hürde überspringen konnte. Ein Teil der Mitgliedsgewerkschaften hatte sich in diesem Zusammenhang gegen eine Unterstützung dieses Wahlblocks ausgesprochen.

Die Provinz – Gradmesser der gesellschaftlichen Entwicklung

Unterhalb der nationalen Ebene und vor allem außerhalb der sich wirtschaftlich relativ gut haltenden Zentren Moskau und St. Petersburg bilden sich neue Strukturen heraus, die

zwar im Ansatz bereits in der Sowjetzeit bestanden haben, aber durch die Privatisierung und den Wegfall des regulierenden Mechanismus der KPdSU neue, schärfere Formen annehmen. Dieser Bereich der russischen Gesellschaft, die Entwicklung in den Untiefen der russischen Provinz, ist bisher noch nicht ausreichend analysiert worden. Westliche wie russische Beobachter haben die Tendenz, sich auf die Zentrale zu konzentrieren, obwohl sich in der Provinz Entwicklungen aufzeigen lassen, die die gesamte politische und gesellschaftliche Struktur stärker beeinflussen als Erlasse des Präsidenten, die zum großen Teil nicht befolgt werden oder sich sogar widersprechen.

Regulierend wirkt auf der Ebene der Gebiete (oblast') die Verwaltung, die die entscheidenden Hebel bei der Vergabe von Land, Aufträgen und Krediten der Staatsbank in ihren Händen hält. Letztlich ist sie die entscheidende Instanz in der wirtschaftlichen Entwicklung eines Gebietes, da die großen Aufträge weiterhin von hier ausgehen. Die administrative Spitze scheint eng mit den Unternehmen verquickt zu sein. Dies läßt sich beispielhaft für das Gebiet Volgograd sagen, wo die Verwaltungsspitze über eine Holding verfügt und eben diese Holding einen Klub für Unternehmer und die Verwaltungsspitze gegründet hat. Diese Holding scheint im Volgograder Fall ebenfalls die Waschanlage zur Legalisierung von Bestechungsgeldern zu sein. Wenn ein Unternehmen nicht an der Zahlung von Bestechungsgeldern teilnimmt, gibt es für die Verwaltung die Möglichkeit, die Aufträge zu sperren oder im schlimmsten Falle die Steuerpolizei in das Unternehmen zu schicken. Das Aufdecken der gängigen Steuerhinterziehung und die Zahlung der vollen Steuern bei den russischen Steuersätzen hätte unweigerlich den Tod des Unternehmens zur Folge.

Die undurchsichtige und willkürliche Steuerpolitik des russischen Staates dient letztlich zur Kontrolle der Unternehmer und zur Extraktion von Bestechungsgeldern. Dieses parasitäre System birgt verschiedene Gefahren in sich. Letztlich steht die Verwaltung unter dem Druck, eine gewisse wirtschaftliche Entwicklung aufzeigen zu können. Sie darf also den Bogen nicht überspannen und die Unternehmen zugrunde richten. Andererseits jedoch wollen die

Die undurchsichtige und willkürliche Steuerpolitik des russischen Staates dient letztlich zur Kontrolle der Unternehmer und zur Extraktion von Bestechungsgeldern.

staatlichen Funktionäre ihre Erträge so hoch wie möglich halten. Dies führt manchmal zu wirtschaftlichen Mißerfolgen. So gab im Gebiet Volgograd einige westliche Großkonzerne aus dem Westen, die an der Extraktion von Öl und Bischofit sowie an beachtlichen Investitionen interessiert waren. Die bereits unterschriftsreifen Verträge wurden letztlich nicht unterzeichnet. Wahrscheinlich erschien den westlichen Unternehmen der zu zahlende Preis zu hoch. Die Verwaltung nahm dies offensichtlich in Kauf. Den russischen Unternehmen dagegen kann diese Protektion nur recht sein. Problematisch wird dieses dann, wenn diese Politik kontraproduktiv wird und die Bevölkerung, die unter dem wirtschaftlichen Abstieg zu leiden hat, sich gegen diese Politik wehrt. Dies ist jedoch bisher nicht der Fall. Die politische Lage erscheint auf der Gebietebene stabil.

Interessensgegensätze werden mittlerweile auch zwischen verschiedenen Unternehmensbereiche deutlich. In Volgograd, der viertgrößten Stadt Rußlands, wo die Kommunisten im letzten Oktober 21 von 24 Stadtratssitzen gewinnen konnten, gibt es neben dem der Regierung nahestehenden Konzern Lukoil eben auch andere Unternehmensinteressen, die offensichtlich besser von den Kommunisten artikuliert werden. Dem Interesse des Ölkonzerns an der Vermarktung seiner Produkte zu hohen Preisen im Inland und Erhaltung seiner Monopolstellung in der Region sowie an einem relativ ungestörten Export stehen die der Konsumgüter- und Lebensmittelproduzenten entgegen, die offensichtlich über die soziale Programmatik der Kommunisten eine Verbesserung der Lage der breiten Bevölkerung und damit ihres Absatzes erwarten. So wurde die Kommunistische Partei in Volgograd tatsächlich von einigen Unternehmern aus diesem Bereich in ihrem Wahlkampf unterstützt. Die Vertreter der KP wirken dementsprechend auch alles andere als unternehmerfeindlich, eher pragmatisch und an einem Schutz der regionalen Unternehmen orientiert. Die Interessen sowohl innerhalb der Verwaltung als auch zwischen den Unternehmen und der Verwaltung sind nicht konfliktfrei. Im Zweifelsfall wird der Konflikt dann auch mit Gewalt ausgetragen. Die „neuen Russen“, Unternehmer, die ihre Unternehmen in den letzten Jahren neu aufgebaut haben, scheinen vor allem von solchen gewalttätigen

Konflikten betroffen zu sein. In dieser Grauzone zwischen privatem und privatisiertem Kapital und der Verwaltung gedeiht offensichtlich eine schwer greifbare und wahrscheinlich noch in der Phase der Formierung befindliche „Mafia“, deren wirkliche Ausmaße und organisatorischer Aufbau schwer erkennbar sind.

Bonaparte als Rettung

In dieser Situation eines prekären gesellschaftlichen Gleichgewichtes ist die Forderung nach autoritären Lösungen – wie so häufig – für viele naheliegend. Wenn auch Schirinovskij endgültig zum Kaspar der russischen Politik abgestiegen zu sein scheint, so sind die autoritären Tendenzen sowohl bei den Kommunisten als auch im Jelzin Lager deutlich erkennbar. Schirinovskijs Stimmen wurden bei den vergangenen Wahlen vom rhetorisch und konzeptionell eher einfach gestrickten Kandidaten Lebed abgeschöpft. Die Ernennung des Generals Aleksandr Lebed zum Verantwortlichen für die Sicherheit deutet auf einen sich verstärkenden Drang zu einer Politik des law and order hin. Lebed, der sich bereits bewundernd über den chilenischen Diktator Pinochet geäußert hat, kurz nach seiner Ernennung erweiterte Kompetenzen forderte und sich unzufrieden über die vielen Freiheiten von v.a. westlichen Ausländern in Rußland erklärte, vertritt die Konzeption von marktwirtschaftlicher Freiheit bei notfalls auch autoritärer politischer Führung. Hayek und Friedman würden sicherlich lobende Worte für sein politisches Programm finden. Daß der eher tumb wirkende Lebed an Grobschlichtigkeit nichts zu wünschen übrig läßt, hat er bereits als Befehlshaber im Bürgerkrieg in Moldavien gezeigt. Auch die Idee, die russischen Truppen aus Tschetschenien zurückzuziehen und das Volk auszuhungern, spricht nicht für einen feinfühligem Politikstil.

Lebed wird bereits jetzt als der legitime Nachfolger Jelzins gehandelt. Er ist nicht weniger autoritär als die anderen Bewerber, als populärer Militär hat er allerdings bessere Karten als die anderen Bewerber um die Nachfolge Jelzins, da man ihm das Zupacken vertraut. Er wird als neuer Sicherheitsverantwortlicher auch vor massiven Repressionen nicht zurückschrecken, um im Namen von Recht und Ordnung den Anschein zu erwecken, als bekäme er die Lage in

den Griff. Die rund 6.000 Verhafteten in Moskau nach den Terroranschlägen auf Busse sind ein deutliches Zeichen dafür, daß die Instrumente Lebeds nicht die feinsten sein werden. Von zielgerichteter Handlung im Hinblick auf die Aufklärung der Verbrechen kann natürlich erst gar keine Rede sein.

Daß Lebed dabei ebenso wie alle anderen autoritären Führer nach ihrem 18. Brumaire [Anspielung auf Napoleon Bonaparte, der sich am 18. Brumaire des französischen Revolutionskalenders (09.11.1799) in einem Staatsstreich zum Ersten Konsul Frankreichs erhob, sowie "als Farce" der Staatsstreich von Luis Bonaparte, 02.12.1851, siehe dazu Karl Marx: Der 18. Brumaire des Luis Bonaparte, (1852) MEW 8, Anm. d. Red.] in demselben Morast von Korruption und Willkür steckenbleiben wird, den sie aufzuräumen versprechen, und letztlich das Land trotz bonapartistischen Glanzes in noch tiefere Probleme bringt, da es keinen vernünftigen Interessenausgleich mehr gibt, spielt in der Diskussion keine Rolle. Alle bonapartistischen Führer der Geschichte sind in einer Katastrophe gescheitert. Das hat ihren jeweiligen aufhaltsamen Aufstieg allerdings noch nie verhindert.

Alle bonapartistischen Führer der Geschichte sind in einer Katastrophe gescheitert. Das hat ihren jeweiligen aufhaltsamen Aufstieg allerdings noch nie verhindert.

ZEITSCHRIFT FÜR HUMANISMUS UND AUFLÄRUNG

diesseits

diesseits – die Zeitschrift für weltliche Humanisten, Atheisten und Konfessionslose

diesseits – die Zeitschrift für Religionskritik, Aufklärung und Humanismus

diesseits – die Zeitschrift für Selbstbestimmung, soziale Verantwortung und Menschenrechte

diesseits – herausgegeben vom Humanistischen Verband Deutschlands

Kostenlose Probeexemplare:

diesseits Zeitschrift für Humanismus und Aufklärung
Hobrechtstraße 8
12043 Berlin
Telefon 030/613 904-0
Fax 030/613 904-50

"Da kriegt der Clement noch immer einen roten Kopf, wenn man ihm das erzählt ..."

Interview mit Andrea Nahles*

Eine erste Zwischenbilanz

spw: Nach einem hitzigen innerverbandlichen Sommer bist Du im vergangenen September zur Bundesvorsitzenden der Jusos gewählt worden. Welche Zwischenbilanz ziehst Du?

Nahles: Ich glaube, daß der freie Fall der Jusos, der sich mit dem vorangegangenen Bundeskongreß in Gera abzeichnete, gestoppt werden konnte. Es konnte sogar Handlungsfähigkeit zurückerobert werden. Die erstaunliche medienpolitische Präsenz, die mit meiner Kandidatur verknüpft war, ist an einigen Punkten inhaltlich gerechtfertigt worden: In dem Bereich Jugend, Beruf, Ausbildung haben wir Öffentlichkeit organisiert und wieder Interesse an den Jusos geweckt. Ich glaube allerdings, daß sich noch zu große Teile der Jusos zu sehr als Zuschauer verhalten. Viele sehen die Chancen noch nicht, daß man die Stimme, die man für die Jusos zurückgewonnen hat, als Transmissionsriemen in gesellschaftliche und parteipolitische Bereiche hinein nutzen kann.

spw: Dir wird aber auch vorgeworfen, daß Du der Ausdruck fehlender Inhalte bist und der marode Zustand des Verbandes nur durch eine relativ gute Berichterstattung über Deine Person kaschiert wird.

Politik, Kultur, Symbolik

Nahles: Es gab ja schon damals bei Susi Möbbeck am Anfang so einen Wirbel. Solche Kritiker fordern den zweiten Schritt vor dem ersten. In der Öffentlichkeit mußte zunächst rüberkommen: es gibt uns

wieder. Das ist uns ansatzweise gelungen. Selbst eine minimale und stark personalisierte Öffentlichkeit hat im Verband großen Eindruck gemacht. Viele konnten ein Erfolgsgefühl verbuchen, sie hatten eine Identifikationsmöglichkeit. Zudem ist es erstaunlich, wie das die Partei teilweise beeindruckt hat. Das haben die den Jusos ja gar nicht zugetraut; das bedeutet nicht, daß sich das jetzt überall politisch niederschlägt. Aber es hat Widerstände reduziert. Die Partei hat beispielsweise kapiert, daß die Umlagefinanzierung unser wichtigstes Thema ist, kombiniert mit anderen bildungs- und wirtschaftspolitischen Überlegungen. Die haben kapiert, daß wir das mit Nachdruck wollen und damit auch Erfolg haben. Ich nenne nur das Beispiel des NRW-Landesverbandes, wo wir das als Beschluß durchgesetzt haben. Da kriegt der Clement noch immer einen roten Kopf, wenn man ihm das erzählt.

Das darf man weder überbewerten, noch sollte man so tun, als ob das keine Chance wäre.

Ich bin bei den Jusos sehr dafür angegriffen worden, daß ich auch mal was ganz anderes mache: Ich bin z.B. auf eine Science-Fiction-Convention gegangen, da waren rund 400 Perry-Rhodan-Fans. Ich habe mit denen über das Frauenbild bei Perry Rhodan diskutiert und sie ordentlich angegriffen, weil ich gesagt habe: die sind entweder Mutanten oder tot, oder Gespielinnen von Atlan und Perry. Und das ist nicht das, was eine starke Frau repräsentiert. Ich bin nämlich eine, und das gefällt mir nicht. Das hat die schockiert, und die haben ein ganzes Jahr in den Fanzeitschriften darüber geredet.

Im Jugendmagazin 'jetzt' der Süddeutschen Zeitung habe ich den Führungsstil von Jean-Luc Picard aus *Star Trek* positiv beurteilt. Da hab ich dann im eigenen Verband übelste Anmache für gekriegt. Aber genau das findet die Medienöffentlichkeit spannend: einen Aufhänger finden und dann trotzdem eine vernünftige Sache nachlegen. Wenn das nicht mehr funktioniert, dann sind die Jusos auf Dauer in einer Sackgasse.

spw: Das betrifft ja auch die Frage nach der politischen Kultur und linker Symbolik. Wie steht es darum angesichts z.B. einer Love-Parade in Berlin, wo mehr als 750.000 Jugendliche hinkommen – mehr, als

zur Großdemo am 15. Juni nach Bonn.

Nahles: Also, ich halte die ganzen Demonstrationen und die ganze 68er-Bewegung für eine große Love-Parade mit organisierendem Kern und politischer Ausrichtung. Es ist sauschade, daß sich das entkoppelt hat. Es gibt einen Zerfall in der Jugendkultur, zwischen dem, was wir jetzt als Love-Parade sehen, die explizit sogar was dagegen haben, daß man sie politisch instrumentalisiert ...

spw: ... niemand möchte instrumentalisiert werden ...

Nahles: Das ist richtig. In den 60ern hat es aber eine genialische Verknüpfung gegeben, und die ist jetzt nicht mehr da. Das liegt z.B. an einer Reduzierung der politischen Fragestellungen eben auf Kernbereiche von Politik, die auch aus meiner Sicht von der Priorität her ganz weit oben stehen: Wirtschaftspolitische und auch umweltpolitische Fragestellungen, grundsätzlich Fragen der gesellschaftlichen Institutionen. Eklatant ist für mich hier der Verlust an kulturellen Ausdrucksformen, an attraktiven Symbolen und an der bloßen Kenntnis darüber, wie das abgeht. Das, was sich in der Love-Parade ausdrückt, ist vom Kern nicht was völlig anderes, als das, was damals die Leute auf die Straße getrieben hat. Das waren nicht alles intellektuelle Typen wie Rudi Dutschke. Die Bewegung als Bewegung selbst war natürlich ein Riesenfaktor. Und jetzt läuft die Bewegung als Bewegung an uns vorbei. Wir sind nicht mehr in der Lage zu bündeln, was da auch an diffuser, teilweise linker, sozialdemokratischer Naivität rumwabert.

Und es ist ja auch so, daß es real weiter soziale Ungerechtigkeiten, Diskriminierungen gibt. Am besten sind man das in der Frauenpolitik. Mittlerweile haben die jungen Frauen nicht nur erkannt, daß es diese Ungerechtigkeiten gibt, sondern sie haben auch gelernt, sich selber darin einzurichten. *Feminismus* ist heute gar nicht mehr eine Frage von *weiblich-unweiblich*. Die Feministin ist unweiblich, das wird vorausgesetzt. Viel schlimmer: Es ist nicht mehr cool. Und das ist ein Unterschied. Mit unseren Begriffen wie *Diskriminierung* und *fehlende Gleichberechtigung*, die zwar die Realität richtig beschreiben, verfehlen wir nicht nur den Zeitgeist, sondern ernsten inzwischen kaum noch Schulter-

Der freie Fall der Jusos, der sich mit dem Bundeskongreß in Gera abzeichnete, konnte gestoppt werden. In dem Bereich Jugend, Beruf, Ausbildung haben wir Öffentlichkeit organisiert und wieder Interesse an den Jusos geweckt.

* Andrea Nahles ist Bundesvorsitzende der Jusos in der SPD. Für die spw führten das Gespräch Claudia Walther und Reinhold Rünker.

Andrea Nahles, der Falken-Vorsitzende Michael Vollert und Oskar Lafontaine auf dem IUSY-Festival in Bonn. Foto: Alexander Völkel

zucken. Und dann erklären mir junge Frauen: Wir brauchen keine Frauempower.

spw: Liegt es nicht auch daran, daß wir zu sauertöpfisch sind? Am 15. Juni, da waren wir *dagegen*. Bei der love-parade ging es um *fun, love, happiness*.

Nahles: Wir würden keinen Schritt weiterkommen, wenn wir jetzt den Leuten, ähnlich wie in einem Werbejingle, weismachen wollten: Die Welt ist in Ordnung, und Jacobs light hilft uns dabei und die Jusos auch.

Ich geh mal von mir selber aus: Einerseits nutze ich moderne Freizeitgestaltung, weil es mir Spaß macht. Gleichzeitig erlebe ich auch die Gebrochenheiten, die in dieser kulturellen Überformung und in sozialen Konflikten liegen. Das geht sicher nicht nur mir so. Die müssen wir aufspüren und daran auch ansetzen. Wir müssen gar nicht mal was anderes verkaufen. Wir müssen nur Begriffe finden, die in diese zweisepältige Realität reinreichen.

Und wir dürfen nicht so einen Ausschließungscharakter organisieren: Wenn du jetzt das eine machst, dann kannst du aber nicht Juso sein. Das ist immer noch das, was man so mitkriegt bei den Jusos. Bloß verheimlichen, daß man vielleicht auch gerne bei der Love Parade dabei gewesen wäre! Und ich bin doch hauptsächlich dafür angegriffen worden, daß ich gesagt habe, was mir auch Spaß macht. Dabei glaube ich, daß das das ist, was bei denen, die wir eigentlich erreichen wollen, am meisten ankommt, weil es nämlich ehrlich ist.

Jugendpolitischer Parteitag als Chance für Erneuerung

spw: Im November wird die SPD einen jugendpolitischen Parteitag durchführen. Welche Auswirkungen wird das auf die weitere Entwicklung in der Partei haben?

Nahles: Das ist eine offene Frage. Die Möglichkeit, den Parteitag als Forum zu nutzen, ist auf jeden Fall da. Der Diskussionsentwurf "jugendpolitisches Memorandum" wird in weiten Teilen der Partei aufgegriffen, es gibt Sonderparteitage und die entwickeln Druck auf die Parteispitze. Leider sehe ich gleichzeitig Bestrebungen der Parteiführung, einen Parteitag zu machen, der den Ausweis für eine Jugendllichkeit geben soll, die gar nicht vor-



handen ist. Ich denke aber, daß die Parteiführung damit letztlich nicht durchkommt.

spw: Ist das nicht eine all zu optimistische Einschätzung?

Nahles: Der Parteitag weckt Hoffnung auf Aufbruch und Veränderungen in der Partei, die über den jugendpolitischen Teil hinausgehen. Das ist auch unsere Chance, gerade weil die Hoffnungen, die in Mannheim mit dem Vorsitzendenwechsel verknüpft waren, sich nicht erfüllt haben. Das, was die Jusos immer gesagt haben, ist richtig; daß es nicht allein mit dem Auswechseln von Personen reicht.

Es muß uns gelingen, an einigen zentralen Zukunftsprojekten entlang – hier ist besonders der Bildungs- und Ausbildungsteil von hoher symbolischer Bedeutung – eine politische Profilierung der Partei einzufordern. Es muß der Punkt erreicht werden, wo nach den Konsequenzen, die die Partei für ihre eigene strategische Ausrichtung zieht, gefragt wird.

spw: In NRW hat die SPD 1994 einen jugendpolitischen Parteitag gemacht, auf dem wegweisende Beschlüsse gefaßt wurden, z.B. daß man eine 10% Jugendquote einführen wolle. Vormittags war der Jugendparteitag, am Nachmittag war dann die Landesdelegiertenkonferenz zur Aufstellung der Landesliste

für die Bundestagswahl. Und die einzige JUSO-Bewerberin fiel mit Pauken und Trompeten durch. Glaubst du, daß heute die Partei einen Schritt weiter ist als noch vor zwei Jahren in NRW?

Nahles: Gezwungenermaßen gibt es einen Erkenntnisgewinn. Man hat das nach Mannheim gemerkt, was die Jusos mit den Medien zum Teil auch als Verbündete an Druck machen konnten, einen generellen Verjüngungsprozeß einzuleiten. Aber damit hört es schon auf. Was ich aber hoffnungsvoll finde ist, daß bereits jetzt mit der Entwicklung eines Regierungsprogramms 1998 begonnen wird. Wenn man es schaffen würde, auf diesem Jugendparteitag Zukunftsperspektiven und politische Projekte zu plazieren, dann wäre das gleichzeitig ein Ausgangspunkt für einen Zukunftskongreß 1997, um was rüberzubringen ins Regierungsprogramm 1998.

spw: Ist das nicht die alte Arbeitssaufteilung? Die Linke macht das Programatische, während die Parteirechte für die Macht und für die Umsetzung zuständig ist?

Nahles: Immerhin hat Fortschritt 90 Leute wie mich in die Partei gebracht. Wir haben heute aber weder einen intellektuell spannenden politischen Diskurs, der in irgendeiner Weise in das angegliederte intellektuelle, kulturelle oder ge-

Ich halte die ganzen Demonstrationen und die ganze 68er-Bewegung für eine große Love-Parade mit organisierendem Kern und politischer Ausrichtung. Es ist sauschade, daß sich das entkoppelt hat.

Abschlußpressekonferenz des IUSY-Festivals in Bonn. Foto: Alexander Völkel



Mit unseren Begriffen wie Diskriminierung und fehlende Gleichberechtigung, die zwar die Realität richtig beschreiben, verfehlen wir nicht nur den Zeitgeist, sondern ernten inzwischen kaum noch Schulterzucken.

sellschaftspolitische Spektrum wirkt, noch haben wir tatsächlich die Umsetzung von schon vorhandenen politischen Projekten. Das eine sollte man da nicht gering schätzen, zum zweiten schreiben wir kein neues Grundsatzprogramm, sondern tatsächlich ein Regierungsprogramm. Und es ist so, daß der Parteivorsitzende Verbündete braucht, weil er ohne Hosen dasteht mit Ministerpräsidenten, die versuchen, sowohl die Bundestagsfraktion, als auch die Partei zu marginalisieren. Oskar spielt immer noch den Stellvertreter, der ab und zu auf die Bonner Bühne kommt und eine schlaue Idee vorträgt. Das reicht nicht mehr als Parteivorsitzender. Da muß er eben über so einen Prozeß "Regierungsprogramm" Unterstützung für sich organisieren.

spw: ... und die Parteilinke?

Nahles: ... irgendwann läuft die Schonfrist auch aus.

spw: Das haben Susi Möbbeck und Thomas Westphal auch schon so ähnlich formuliert ...

Nahles: Am Anfang habe ich sehr viel Zeit da investiert. Ich hab das jetzt reduziert, weil ich das Gefühl habe, daß eine weitere Verankerung in den Bezirken notwendig ist. Das könnte z.B. über Ökosoziale Initiative laufen. Mit Hermann Scheer habe ich verabredet, daß wir sowas mal mit einigen Leuten ein-

stiegen wollen. Aber letztlich fehlen auch dafür oft die personellen Kapazitäten.

Strömungen und der Versuch, sie zu moderieren

spw: Gibt es denn mittlerweile für Dich eine stärkere Verortung in innerverbandliche Zusammenhänge?

Nahles: Ich habe mir eine sachpolitische Orientierung vorgenommen. Da hat sich herausgestellt, daß die wesentlichen Projekte meistens aus dem Bereich der Juso-Linken kommen. Deswegen ist in der praktischen Arbeit, und das ist gar kein Geheimnis, eine Verkoppelung da.

Darüber hinaus ist es gelungen – und das hat auch der letzte Bundeskongreß gezeigt – eine ganze Reihe von Bezirken in die Arbeit einzubeziehen, die keine feste Definition dafür abgeben könnten, wie sie sich jetzt eigentlich nennen. Selbst der Begriff der Unabhängigkeit hat sich, glaube ich, mit meiner Kandidatur verbraucht, wohl auch deshalb, weil es dieses unabhängige Spektrum von Anfang bis Ende nicht geschafft hat – das würde ich auch selbstkritisch mal sagen – eine ernsthafte inhaltliche Plattform dafür zu liefern, was das sein soll.

Dennoch nehme ich meine Position als Unabhängige wahr. Weniger, weil ich mir eine eigene politi-

sche Plattform schmiede, sondern vielmehr, weil ich denke, daß es oft nur eine Frage der Hierarchie der Themen ist, über die wir uns streiten. Vor allem versuche ich auch immer wieder dafür zu werben, daß man an einigen Punkten auch zu einer gemeinsamen Stärke findet.

spw: Ist es nicht wohlmeinende Naivität, zu glauben, daß man über den Konfliktlagern schwebend die strategischen und politischen Differenzen in den Griff bekommt? Ein Teil des Verbandes ordnet Dich ja auch faktisch als Vorsitzende der Juso-Linken ein. Auf der anderen Seite sagt die Juso-Linke aber: das ist die Vorsitzende des Gesamtverbandes, das soll sie auch sein, da unterstützen wir sie auch. Aber sie gehört nicht zu uns als Strömung.

Nahles: Ja, das ist ja insoweit auch ganz richtig. Ich möchte das mal konkret machen, wo ihr mich jetzt schon mal hier festnagelt. Ich habe mir überlegt, wieviele Gruppen wir denn eigentlich innerhalb der Jusos haben. Ich bin da auf sieben gekommen.

Die größte Gruppe, die überhaupt nicht auf der Bundesebene auftaucht, die möchte ich an den Anfang stellen: Das ist die sogenannte Basis, mit sehr starker kommunalpolitischer Fixierung, im Glücksfall diffuse linkssozialdemokratische Positionen und eine massi-

ve Ablehnung von überregionalen Strukturen, insbesondere des Bundesverbandes. Die tauchen also kaum auf, spielen aber sozusagen als die heranwachsende Unbekannte von unten natürlich überall eine Rolle.

Dann ist da der sogenannte *reformsozialistische Bereich*. Sie haben längst den Reformismus an die Juso-Linke abgegeben. Sie gestehen sich das nicht ein und übertünchen mit ihren Abgrenzungsstrategien ihr fehlendes politisches Projekt.

Die *Juso-Linke* würde es auf jeden Fall ablehnen, das Erbe des Reformismus einfach mal so von mir aufs Ohr gedrückt zu kriegen. Sie übersieht, daß sie längstens das strukturierende Zentrum der Jusos ist. Der Juso-Linken fallen deswegen auch andere Aufgaben zu. Sie muß versuchen, sowohl klare Linie gegen diffuse Randerscheinungen, als natürlich auch Polarisierung zu organisieren. Gleichzeitig muß sie aber auch breiter integrieren.

Dann kommen *„die Bayern“*, die von einem Mythos zehren. In der Theoriearbeit sind sie immer noch gut, aber in der praktischen Umsetzung weitgehend schwach und deswegen an der eigenen Basis immer stärker mit Konflikten konfrontiert. Dann gibt es die *jungen Sozialdemokraten*, bzw. *„de-facto-Junge Sozialdemokraten* in einigen Bezirken. Die Revolutionsphrasen der *Linksruckler*, sind ebenso irrelevant für die inhaltlichen Debatten wie die *Unabhängigen* und die *Ex-Haueristen*. Und dem füge ich dann eine weitere Selbsttäuschung zu und meine, das moderieren zu können.

Bei dem, was ich da beschrieben habe, da würden mir die meisten Leute, so unter vier Augen, sicher zustimmen. Insgesamt muß ich sagen, daß wir wieder kollektiv fähig werden müssen, unsere Arbeit auszuwerten, d. h., wir müssen unsere Analysen dann auch aushalten. Der erste Test dürfte das Interview sein (lacht).

Die Bedeutung der Jusos

spw: Das ist alles in allem kein sehr rosiges Bild, das Du von den Jusos zeichnest.

Nahles: Nein, und wir müssen uns selbstkritisch vorhalten, daß wir in der Qualifizierungsarbeit zu wenig gemacht haben. Die Leute kommen nicht als kleine Sozialisten von der Schule. Wir geben denen gar nicht mehr die Chance, welche zu

werden. Ich bin selber erst links geworden innerhalb der Jusos. Ich glaube, daß das heute an vielen Punkten auch deswegen nicht mehr funktioniert, weil Strukturen kaputt sind; trotzdem kenne ich bei den Jusos mehr fitte Leute und linke Ausrichtungen, als man das bei anderen Organisationen findet. Wir müssen aber ehrlicher werden in der eigenen Rollenanalyse von *Strömung* zu *Strömung*.

spw: Wie ist es denn dann um die gesellschaftliche Relevanz der Jusos bestellt?

Nahles: Jusos haben einen Bedeutungszuwachs zu verbuchen, und zwar deshalb, weil sie thematisch wieder in einem politischen Bereich – insbesondere in der Ausbildungsfrage – ein echter Bündnispartner geworden sind, und weil es da auch ein Qualifikationsprofil gibt.

Jusos haben auch heute noch drei Funktionen: Einmal als Jugendverband, dann als Teil der SPD und als linker Richtungsverband. Wir sollten uns nicht auf eine dieser Funktionen reduzieren, sondern eine kreative Verbindung von den drei Punkten finden.

Wir müssen versuchen, die rein arithmetische Mehrheit, die von der Partei angestrebt wird, zu einer politischen Mehrheit auszugestalten. Wir müssen Anknüpfungspunkte schaffen, um daraus tatsächlich ein politisches Projekt zu machen, weil ich auf Dauer nicht glaube, daß man einfach nur Zahlen nebeneinanderstellen kann und dann irgendwann darauf kommt, die zu addieren, um dann am Ende einen Regierungswechsel herbeizuführen.

Deshalb glaube ich, daß unsere Rolle als Jusos die ist, daß wir in einer vernetzten Struktur diejenigen sind, die tatsächlich linke Positionen in einen machtpolitisch realen Zusammenhang transportieren können. Das wäre eben unsere Doppelfunktion, die wir da haben.

spw: Kann das ein Jugendverband leisten?

Nahles: Nein, sicher nicht allein. Ich glaube, daß es einen Unterschied gibt, wenn man sich den Radius dessen betrachtet, was über einen engeren crossover-Prozeß ist, wie er jetzt von der spw angestoßen wurde, mit Grünen, PDS und Teilen der Parteilinken und auch der Juso-Linken. Das hat meiner Meinung nach eine organisierende, strukturierende und eine politische Funktion. Ich denke, daß

es ebenso notwendig ist, – ob man das dann crossover nennt oder was, ist mir egal – eine Vernetzung zu organisieren in einen Bereich, der weitergeht, beispielsweise in einen kulturellen Zusammenhang. Nicht nur, weil ich als *Unabhängige* angetreten bin, sondern weil ich auch Germanistin bin, finde ich in meinem akademischen Umfeld sehr viele ortlose Linke, die sich teilweise an die Grünen drangehängt hatten, die aber dann auch wieder enttäuscht waren; die Hoffnungen verknüpft haben, mit Oskar würde das jetzt irgendwie alles besser. Die Frage ist, wer der Träger in der Partei ist. Ich sehe also sehr wohl für die Jusos darüber hinaus eine Notwendigkeit, in gesellschaftliche Bereiche hin Kontakte aufzubauen.

IUSY-Festival – ein großer Erfolg

spw: Im Juli hat das IUSY-Festival in Bonn stattgefunden. Ist das Ausdruck der internationalen Bedeutung der Jusos?

Nahles: Das IUSY-Festival war ein riesiger Erfolg. Ich denke, daß die internationalen Beziehungen der Jusos nicht mehr so leicht unterschätzt wird – weder von uns selbst, noch von Dritten. Wir haben viele Jusos auf dem Festival motivieren können, einen Teil ihrer Arbeit in internationale Politik zu stecken. Das war gut, um konkreter an Lösungen für internationale Probleme zu arbeiten.

spw: Haben Jusos die Lösungskompetenz?

Nahles: Nur bedingt, weil wir es nicht schaffen, die Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung und nach Demokratisierung auf allen Ebenen in solche konkreten Punkte runterzubrechen.

spw: Ist es nicht auch so, daß Lösungskompetenz teilweise für nationale Fragen da ist, Lösungsvorschläge, aber die weiter gedacht werden, um ...

Nahles: Die Ideenlosigkeit ist weltweit da, der neoliberale Standortkack ist doch überall derselbe. Es ist an dem Punkt ohne weiteres möglich, daß man da mit den anderen linken Organisationen in dieselbe Richtung stößt oder Erfahrungen austauscht. Auf dem IUSY-Festival haben wir dafür einen wichtigen Anfang gemacht. Aber daraus muß jetzt auch etwas folgen.

spw: Liebe Andrea, vielen Dank für das Gespräch.

Wir müssen uns selbstkritisch vorhalten, daß wir in der Qualifizierungsarbeit zu wenig gemacht haben. Die Leute kommen nicht als kleine Sozialisten von der Schule. Wir geben denen gar nicht mehr die Chance, welche zu werden.

Die SPD und die "Jugend-Beruf-Zukunft"-Debatte

Von einer Partei, die auszog, um die Jugend zu suchen

von Benny Mikfeld*

1. Staatstreu und jugendfrei: es stimmt immer mehr

Auch wenn die SPD-Zentrale im Juli dieses Jahres verlautbaren ließ, daß die "Austrittswelle gebrochen" sei und nun wieder junge Leute in die SPD eintreten würden, ist die riesige Kluft, die zwischen der jungen Generation und der Sozialdemokratischen Partei klafft, mittlerweile von führenden FunktionärInnen als ernstzunehmendes Problem erkannt worden. Dazu gibt es auch allen Grund. Sowohl die schwindende Akzeptanz bei jungen WählerInnen als auch die Vergreisung des Mitgliederbestandes haben die Alarmsirenen des Erich-Ollenhauer-Hauses und seiner Filialien in Gang gesetzt. Der Anteil junger Menschen an der Mitgliedschaft der SPD ist in den letzten beiden Jahrzehnten kontinuierlich gesunken. Betrug der Anteil von Mitgliedern im Juso-Alter unter 35 Jahren im Jahre 1974 noch 30,9%, lag dieser im Jahr 1994 bei lediglich 15%. Noch dramatischer ist der Anteil der GenossInnen unter 21 Jahren; dieser ist im genannten Zeitraum von 4,4% auf dramatische 0,68% zurückgegangen. Daß dies nicht allein auf die bekannten Rekrutierungsprobleme zurückzuführen ist, mit denen alle gesellschaftlichen Großorganisationen konfrontiert sind, zeigen die Wahlergebnisse der letzten Zeit. Die drei Landtagswahlen im März haben einen weiteren Einbruch bei jungen WählerInnen gebracht; in Baden-Württemberg liegt die SPD in der Gunst Jugendlicher z.B. nur noch auf Platz drei.

Nun können an dieser Stelle nicht die zahlreichen Faktoren aufgeführt werden, die zur Abwen-

dung der jungen Generation von den verschiedensten gesellschaftlichen Institutionen geführt haben. Es gibt jedoch Aspekte, die speziell der SPD das Leben schwer machen und verdeutlichen, daß die Lösung nicht einfach nur in einer bunteren und irgendwie jugendlicheren Außendarstellung zu sehen ist. Es ist kritischen SozialdemokratInnen die Problematik hinlänglich bewußt, daß der SPD so etwas wie ein gesellschaftliches Reformprojekt fehlt, einige Teile hilflos danach suchen und große Teile den Findungsprozeß bewußt blockieren. Politischer Opportunismus und langweiliger Pragmatismus wird aber gerade von jungen Leuten nicht belohnt. Zudem scheint der SPD die gesellschaftliche Basis für ihre traditionelle Politik abhanden zu kommen. Das neoliberale Trommelfeuer via Medien und Politik, die Sozialisation Jugendlicher unter 14 Jahren Kohl haben das politisch konservativ geprägte Lager in der jungen Generation nicht gerade geschmälert. Auf der anderen Seite können progressive Teile der Jugend mit der SPD auch nicht mehr viel anfangen. Die Zunahme an ökologisch geprägten Orientierungen und emanzipatorischen Ansprüchen wird von den Grünen wesentlich ernsthafter bedient.

Ein Parteitag als Jungbrunnen!?

Angesichts dieser Mißlage macht sich nun hilflose Hektik breit. Ganz schnell wird jetzt versucht, die junge Generation wieder zu gewinnen. Bringen soll es ein jugendpolitischer Bundesparteitag im November unter dem begrenzt kreativen Motto "Vertrag mit der Zukunft – Neue Chancen für die Jugend". Zur inhaltlichen Vorbereitung ist kürzlich ein jugendpolitisches Memorandum mit dem gleichen Titel in die öffentliche Diskussion gegeben worden. Dieses Memorandum versucht sowohl eine Darstellung der jungen Generation als auch eine sozialdemokratische Positionierung in jugend- und bildungspolitischen Fragen vorzunehmen und richtet sich als Diskussionsgrundlage an "interessierte Jugendliche, an Jugendverbände, Praktiker aus dem Bereich der Jugendpolitik und der Jugendhilfe" und die eigene Partei.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: es ist zu begrüßen, daß die SPD sich verstärkt mit den Belangen junger Menschen auseinandersetzen will. Ebenso ist es

ein Fortschritt, wenn einem Parteitag ein ausführlicher Diskussionsprozeß vorgeschaltet wird, in den nicht nur alle Organisationsebenen der Partei sondern auch außerhalb stehende Personen und politische Zusammenhänge einbezogen werden sollen. Allerdings gibt – neben den berechtigten Zweifeln, ob mit diesem Ansatz eine neue Qualität der politischen Willensbildung dauerhaft etabliert wird – vor allem die inhaltliche Diskussionsgrundlage Anlaß zur Skepsis, daß die SPD wieder zur Partei der Jugend avanciert. Zugespielt könnte man auch sagen, daß das jugendpolitische Memorandum die negativen Beurteilungen der SPD durch kritische junge Leute eher bestätigt, als daß es ihnen entgegenwirkt.

Fehlende Polarisierung: Wer die in der Präambel angekündigte "grundlegende Richtungsentscheidung für die Zukunft dieser Gesellschaft" wirklich erwartet, sieht sich enttäuscht. In einer Art pädagogisierenden Luftbildaufnahme aus Erwachsenenperspektive wird der Versuch unternommen, die durch den gesellschaftlichen Wandel veränderte Lebenssituation von Jugendlichen zu skizzieren. Daß aber die neokonservative Politik sowohl die materielle Lebenslage von Jugendlichen massiv beeinflußt, als auch Auswirkungen auf das Bewußtsein der Jugendlichen hat, wird allenfalls am Rande gestreift.

Fehlende Glaubwürdigkeit: Wie glaubwürdig ist die SPD bei Jugendlichen, wenn sie in Papieren schreibt, "wer in die Bildung investiert, investiert in Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft", aber Studierende und SchülerInnen gleichzeitig erleben, wie sozialdemokratische Landesregierungen Bildungsabbau betreiben?

Fehlende Selbstkritik: Die unbestreitbare Distanz vieler Jugendlicher zu tradierten Formen politischen Engagements wird lapidar mit folgendem Satz abgetan: "Diese Einstellung Jugendlicher zur Politik ist mit 'Verdrossenheit' kaum angemessen zu beschreiben." Anstatt die Flucht nach vorn anzutreten und eine offene und ehrliche Auseinandersetzung mit eigenen Defiziten in Angriff zu nehmen, wird die "Schuld" auf die Jugendlichen abgewälzt.

Fehlende inhaltliche Zuspitzung: Der wohl wesentlichste Kritikpunkt Jugendlicher an Parteien ist, daß warmen Worten keine Taten folgen.

Es ist kritischen Sozialdemokratinnen die Problematik hinlänglich bewußt, daß der SPD so etwas wie ein gesellschaftliches Reformprojekt fehlt, einige Teile hilflos danach suchen und große Teile den Findungsprozeß bewußt blockieren.

* Benny Mikfeld, Bochum, Juso-Bezirksvorsitzender Westliches Westfalen und Mitglied des SPD-Parteivorstands

Weite Teile des Papierses bleiben bei schwammigen und frei interpretierbaren Floskeln. Daß Chancengleichheit ein altes Prinzip sozialdemokratischer Bildungspolitik ist, ist ja schön und gut. Wenn aber beispielsweise gleichzeitig kein einziges Wort über das bestehende selektive Bildungssystem sowie konkrete Alternativen in der Schulstruktur verloren wird, muß in Zweifel gestellt werden, daß das Prinzip konsequent realisiert werden soll. Der Memo-Entwurf enthält keine einzige wirklich neue Forderung (was nicht prinzipiell verkehrt sein muß), aber alle, die benannt werden, sind schon einmal deutlich pointierter beschlossen worden.

2. "Jugend-Beruf-Zukunft" – Ausbildungsfinanzierung als Symbolkonflikt

Ein wichtiger Diskussionspunkt in den nächsten Monaten und auf dem Bundesparteitag wird wohl die Auseinandersetzung um die berufliche Bildung sein – und nicht allein deswegen, weil mit "Jugend-Beruf-Zukunft" das inhaltliche Kernkapitel des Memorandums überschrieben ist. *Erstens* drängt die akute und sich Jahr für Jahr verschärfende Lage auf dem Ausbildungsmarkt zu politischen Lösungen. Zunehmend wird von Jugendlichen der Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen als zentrale gesellschaftliche Herausforderung benannt. Für immer mehr wird er auch zum persönlichen Problem, zumal nicht nur diejenigen betroffen sind, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, sondern auch Auszubildende, die einen Beruf ergreifen müssen, der nicht ihrer Wahl entspricht. Es gäbe demnach hier die Möglichkeit, direkt etwas für Jugendliche zu tun und es kostet zudem keinen Pfennig aus öffentlichen Haushalten – im Gegenteil. *Zweitens* ist die Reform des allgemeinen und beruflichen Bildungssystems ein ganz wesentliches Projekt, mit dem sich die Linke gegen die vorherrschende neoliberale Standortlogik profilieren könnte. In der Frage der Qualifikationsentwicklung bündeln sich die Diskussionen über die Lebensperspektiven von Jugendlichen und über die ökonomische Innovationsfähigkeit bzw. die Zukunft der Arbeit. Daher gilt es auch, die Debatte grundsätzlicher zu führen und nicht allein auf die Frage der quantitativen Versorgung zu reduzieren. Dennoch entwickelt sich *drittens* die

Kontroverse über Instrumente zur Schaffung von ausreichend Ausbildungsplätzen zum symbolischen Konflikt über die Regulierungstiefe sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Daher soll im folgenden nun die Art und Weise, wie die SPD mit dem Thema der Ausbildungsfinanzierung umgeht, exemplarisch dargestellt werden.

Als sich ab 1993 die Lage auf dem Ausbildungsmarkt wieder zuspitzte, wurde in der SPD überwiegend darauf gesetzt, über Appelle und runde Tische vor Ort auf Unternehmen einzuwirken. Während die Gewerkschaften unter Federführung der IG-Metall an einem Konzept für ein Umlagefinanzierungsmodell strickten, wurden zunächst die alten Vorbehalte gegen eine solidarische Ausbildungsplatzfinanzierung wieder hervorgebracht: sie sei verfassungswidrig und bürokratisch, sie würde die Unternehmen noch mehr belasten, sie löse die Probleme aktuell nicht. Viele Argumentationen haben sich an früheren Finanzierungs-Modellen abgearbeitet, die beispielsweise eine Abgabe aller Betriebe unabhängig von der Ausbildungsleistung vorsahen, obwohl niemand mehr über derartige Modelle nachdachte.

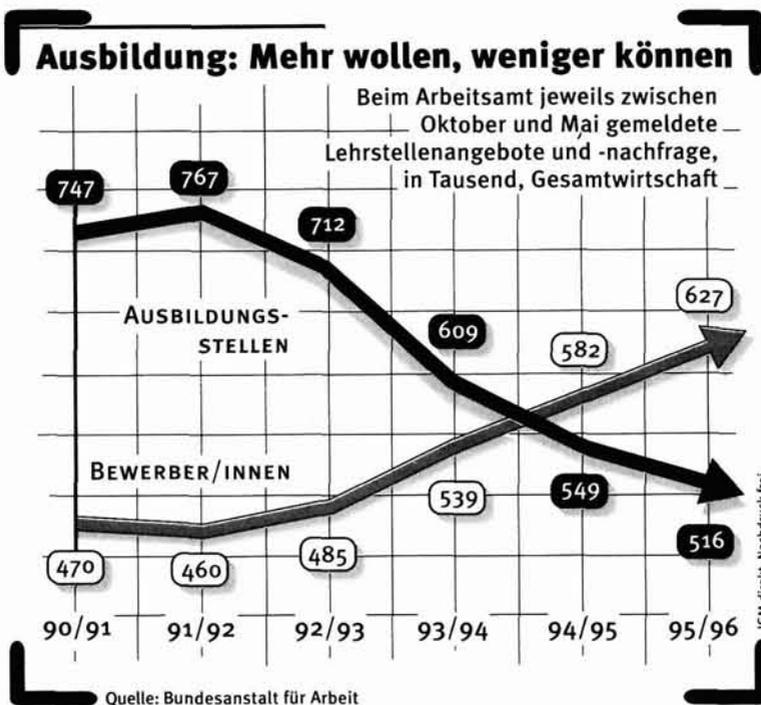
Symptomatisch war, daß kaum über die wirklichen Ursachen der Ausbildungsplatzkrise fernab des modischen Kostenlamento diskutiert wurde. Hätten die Wortführer in der Partei registriert, daß – entgegen

den vergangenen Jahrzehnten – eben nicht (nur) konjunkturelle und demographische Entwicklungen für die Ausbildungsplatzlücke verantwortlich sind, sondern ebenso strukturelle Faktoren berücksichtigt werden müssen, dann hätten sie die Aussichtslosigkeit von Appellen erkennen müssen. Die prinzipielle Orientierungslosigkeit bzw. die fehlende Bereitschaft, sich eindeutig zu positionieren, wurde auf dem Mannheimer Bundesparteitag offenbar, als beschlossen wurde, sowohl gesetzliche Lösungen, als auch Regelungen auf Ebene der Kammern und sogar Steuererleichterungen für ausbildende Unternehmen in Betracht zu ziehen.

Hintenum: die Durchsetzung des Kammermodells

Aus diesem Positionsmix galt es nun, eine geeignete Variante herauszugreifen. Dies war vor allem die Aufgabe einer eigens beim SPD-Parteivorstand eingerichteten Projektgruppe "Jugend-Beruf-Zukunft". Diese hat ihre Arbeit nun beendet und schlägt nach längeren Auseinandersetzungen in ihrem Abschlußbericht weiterhin vor, daß unterschiedliche Regelungen vorstellbar sind. Als Möglichkeiten werden zwar auch die "Einführung eines bundesgesetzlichen Leistungsausgleichs" einerseits und mögliche "steuerliche Anreizsysteme" andererseits erwähnt. Favorisiert wird von maßgeblichen Kräften innerhalb

Die Kontroverse über Instrumente zur Schaffung von ausreichend Ausbildungsplätzen entwickelt sich zum symbolischen Konflikt über die Regulierungstiefe sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.



Nur eine gesetzliche Umlagefinanzierung könnte über einen Berufsausbildungsfonds die Vergabe der Mittel nach bedarfsorientierten bzw. qualitativen Kriterien organisieren.

der SPD jedoch die sogenannte Kammerlösung (vgl. R.Hahn/T.Kämmerer in spw 3/96). Nachdem lange Zeit jede Form des Finanzierungsausgleichs skeptisch beurteilt bzw. explizit abgelehnt wurde, sind die Hardliner wie NRW-Wirtschaftsminister Clement angesichts des innerparteilichen und öffentlichen Drucks bzw. der offensichtlichen Erfolglosigkeit "weicher" Maßnahmen nun auf das Kammer-Modell "in Eigenverantwortung der Wirtschaft" eingeschwenkt.

Bemerkenswert ist, daß diese Position binnen weniger Wochen in verschiedensten Verlautbarungen der SPD verankert wurde. Der Ansatz findet sich ebenso im sogenannten Alternativ-Programm "Zukunft sichern-Zusammenhalt stärken", in einem Papier der NRW-Landtagsfraktion und sogar im aktuellen Koalitionsvertrag Schleswig-Holstein – ohne jedoch, daß ein Bundesparteitag sich nun deutlich für eine der drei Varianten ausgesprochen hätte. Im Falle NRW wird sogar ein Parteitagbeschuß mißachtet: beschlossen wurde im April dieses Jahres auf Initiative der Jusos eine eindeutige Festlegung auf die Umlagefinanzierung gemäß DGB-Modell.

Anreizend: das Finanzierungsgutachten

Eine wissenschaftliche Unterfütterung für den Gedanken des Kammer-Modells liefert ein jüngst vom Bielefelder Bildungsökonom Dieter Timmermann im Auftrag des NRW-Wirtschaftsministeriums vorgelegtes Gutachten "Anreizsysteme für ausbildende Unternehmen". Bereits der Titel macht deutlich, daß der Auftrag vorsah, die Eigenverantwortung der Wirtschaft als sakrosankt zu begreifen und lediglich mögliche ökonomische Anreize aufzuzeigen, die es Unternehmen rentabel erscheinen lassen, mehr Ausbildungsplätze anzubieten. Es sei am Rande angemerkt, daß dieses "politische Gutachten" von einem Ministerium im Auftrag gegeben wurde, das gleichzeitig alternative verkehrspolitische Erkenntnisse des renommierten Wuppertal-Institutes mit dem Argument von Tisch wischt, es handele sich um "politische Gutachten".

Das dennoch lesenswerte Papier beschreibt in seinem ersten Teil zunächst sehr richtig aktuelle Entwicklungstendenzen des beruflichen Bil-

dungssystems und zukünftiger Anforderungen an berufliche Qualifikation. Sowohl die strukturellen Ursachen für den Ausbildungsplatzabbau (abgesehen von der Überbetonung der angeblich zu hohen Ausbildungskosten) als auch qualitative Modernisierungsdefizite des dualen Systems der Berufsausbildung werden durchaus erkannt. Timmermanns Erosionsszenario skizziert die zu erwartenden Konsequenzen, wenn die Politik weiter auf die Selbststeuerungsleistungen des dualen Systems setzt: weiterer Abbau von Ausbildungsplätzen gerade in Großbetrieben und Zukunftsbranchen, Rückfall des dualen Systems auf den Handwerksbereich, Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit, Training-on-the-job in den Großbetrieben, Expansion von Vollzeitberufsschulen und Warteschleifen, steigende Kosten für die öffentlichen Haushalte und letztendlich die durch Qualifikationsdefizite entstehende Blockade ökonomischer Innovationen.

Um so mehr verwundert es, wenn in den weiteren Teilen z.T. haarsträubende Lösungsvorschläge gemacht werden. Zunächst entwickelt Timmermann "Anreizsysteme im Rahmen des einzelbetrieblichen Finanzierungssystems", also Vorschläge, wie Unternehmen von Ausbildungskosten entlastet werden können. Einerseits sind dies Ansätze zur Kostensenkung, andererseits nennt er Möglichkeiten der öffentlichen Subventionierung. Zur ersten Gruppe gehört die Möglichkeit, die Betriebe von der Zahlung von Sozialabgaben für Auszubildende zu entlasten (da die Ausbildungsvergütung tarifvertraglich geregelt wird) oder die Steigerung von produktiven Anteilen der Ausbildung am Arbeitsplatz zuungunsten z.B. von theoretischen Anteilen. Zur zweiten Gruppe gehören Vorschläge, ausbildenden Betrieben z.B. Abschreibungen von "betrieblich erzeugtem Humankapital", Abzüge von der Steuerschuld oder direkte staatliche Zuschüsse zu gewähren.

Beide Gruppen von Vorschlägen garantieren jedoch noch längst nicht, daß tatsächlich Ausbildungsplätze geschaffen werden. Sie sind verteilungspolitisch zudem inakzeptabel und führen wohl eher zu einer Minderung der Ausbildungsqualität als zu ihrer Steigerung. Das zweite Lösungspaket beinhaltet Möglichkeiten von "Anreizsystemen außerhalb des Rahmens des einzelbetrieblichen Finanzierungssy-

stems" – also solche, die auf finanzielle Ausgleiche zwischen ausbildenden und nicht oder nur unzureichend ausbildenden Unternehmen hinauslaufen. Nach einer Betrachtung möglicher Modelle konzentriert er sich auf die Darstellung des von ihm zumindest im Gutachten favorisierten "Berufsausbildungsfonds in Eigenregie und Eigenverantwortung der Wirtschaft auf Kammerebene". Eben dieses Modell – allerdings weniger konkret – wird aktuell von der SPD begünstigt. In den weiteren Auseinandersetzungen scheint also ein Streit "Kammer-Modell" gegen "Umlagefinanzierungs-Modell" bevorzustehen.

Kammermodell gegen Umlagefinanzierung

Das im Finanzierungsgutachten vorgeschlagene Modell nimmt als Ausgangspunkt die Eigenverantwortung der Wirtschaft, die es zu erhalten gelte. Daher solle zunächst auf die "Einsicht und Vernunft der Arbeitgeberseite" gesetzt und ein Ausgleichssystem in "kollektiver Selbstverpflichtung" eingefordert werden. Erst wenn dieser Aushandlungsprozeß nach 2-3 Jahren nicht zum erwünschten Ergebnis führt, wird als ultima ratio eine gesetzliche Regelung vorgeschlagen. Ob freiwillig oder per Gesetz: das Modell sieht eine Umlage der Kammern (IHK, Handwerkskammer, Landwirtschaftskammer, Kammern der freien Berufe u.a.) vor, über deren Verwendung diese selbst entscheiden sollen. Alle Betriebe, deren Ausbildungsplatzquote die durchschnittliche Quote z.B. ihres Kammerbezirkes unterschreitet, sollen einen bestimmten Prozentsatz vom Umsatz in den Fonds einzahlen.

Der DGB fordert hingegen das Modell einer gesetzlichen Umlagefinanzierung, das eine Abgabe aller Betriebe und Verwaltungen vorsieht. Die Höhe der Abgabe soll sich nach den jährlich tatsächlich benötigten Gesamt-Ausbildungskosten richten. Als Bezugsgröße werden mehrere Varianten (Bruttolohn- und Gehaltssumme, Anzahl der Beschäftigten, Umsatz) für möglich erachtet. Möglich ist ebenso die Berechnung der Abgabe nach Zielquotenerreichung, d.h. alle Betriebe, die unter der für ein auswahlfähiges Angebot nötigen Ausbildungsquote bleiben, müssen pro fehlendem Ausbildungsplatz zahlen. Die Abgabe soll an die Bundesanstalt für Arbeit gezahlt werden, die die Mittel an ihre

regionale Struktur (Arbeitsämter) weitergibt. Diese müssen ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsstellen, d.h. Anzahl der Bewerberinnen plus 12,5% gewährleisten. Die Verteilung der Mittel soll über die paritätisch besetzten Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter organisiert werden.

Eine Beurteilung, welches der beiden Modelle geeigneter ist, muß von den aktuellen Herausforderungen für das berufliche Bildungssystem ausgehen. Wenn ein solidarisches Finanzierungsmodell auch nicht alle Probleme zu lösen imstande ist, so kann es dennoch Spielräume für weitergehende Regulierungen eröffnen:

- Es muß ein finanzieller Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben geschaffen werden.
- Regional ist ein auswahlfähiges Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen zu gewährleisten.
- Qualifizierungspolitik muß mit regionaler Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik verknüpft werden, damit auf bestehende und zu erwartende Defizite in der Qualifikationsstruktur reagiert werden kann.
- Junge Frauen müssen ihr bislang auf wenige Bereiche eingegrenztes Berufsspektrum erweitern können. Die Vergabe von Mitteln aus einem Umlagefinanzierungsfonds könnte an die Einhaltung einer Frauenquote geknüpft werden.
- Benachteiligte Gruppen (Geringqualifizierte, junge AusländerInnen) müssen im besonderen Maße gefördert werden.
- Das duale System braucht eine qualitative Weiterentwicklung. Innovative Modellprojekte in Kooperation mit Betrieben können aus einem Umlagefonds bezuschußt werden.
- Gegebenfalls kann auch ein Beitrag zur Übernahme von Auszubildenden geleistet werden, wenn die volle Mittelvergabe an die Einhaltung einer Mindestübernahmequote gekoppelt wird.

Während die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen innerhalb eines Kammerbezirkes durch das o.g. Modell zwar möglich wäre, hört es bei weitergehenden Zielsetzungen schon auf. Nur eine gesetzliche Umlagefinanzierung könnte über einen Berufsausbildungsfonds die Vergabe der Mittel nach bedarfsorientierten bzw. qualitativen Kriterien organisieren.

Dieser Kritikpunkt und weitere Mängel sprechen gegen eine Kammerregelung:

- Das Ausbildungsplatzproblem ist nicht nur verursacht worden durch die gewerbliche Wirtschaft. Da eine öffentliche Verwaltung oder die Kirche aber nicht in einer Kammer organisiert ist, würden diese Bereiche bereits aus der Umlage ausgenommen. Timmermann spricht in seinem Gutachten zwar hier und da von den "Kammern und ihren vergleichbaren Institutionen"; wie dies aber genau aussehen sollte, bleibt offen.
- Die Aufteilung der Kammern ist nicht deckungsgleich mit den Arbeitsamtbezirken. Eine sinnvolle Verteilung der Mittel nach den Anforderungen regionaler Strukturpolitik und der Ausgleich regionaler Gefälle bzw. zwischen alten und neuen Ländern wäre mit einer Kammerumlage nicht machbar.
- Eine Kammerumlage läuft praktisch in Eigenregie der Wirtschaft. Mitbestimmung und Kontrolle seitens der ArbeitnehmerInnen bzw. Gewerkschaften ist kaum zu gewährleisten. Unklar ist, wer über die Vergabe der Mittel entscheidet. In den Berufsausbildungsausschüssen der Kammern sind die Arbeitnehmer zwar paritätisch vertreten, diese Ausschüsse haben aber nur eingeschränkte Möglichkeiten und verfügen über keine arbeitsmarkt- bzw. strukturpolitische Kompetenz. Die staatliche Seite ist zudem überhaupt nicht präsent. Das Kammermodell sieht eine Abgabe vor, die sich nicht an der BewerberInnenzahl, d.h. also am tatsächlichen Bedarf an Ausbildungsplätzen, sondern am Fachkräftebedarf der Unternehmen orientiert. Wenn aber alle Betriebe Ausbildungskapazitäten abbauen, ist eine Orientierung an der durchschnittlichen Ausbildungsquote längst nicht ausreichend.

Der sozialdemokratische Verzicht auf wirtschaftspolitische Eingriffe

Bei der Diskussion um die beiden Ansätze handelt es sich allerdings weniger um eine Abwägung von Effizienz und Effektivität der beiden Modelle. Es geht vielmehr um eine ordnungspolitische Frage: soll die Eigenverantwortung der Wirtschaft beibehalten werden oder wollen wir eine demokratische Gestaltung der beruflichen Bildung unter Einbeziehung von Politik und Gewerkschaften? Daher handelt es sich um eine



Heft 4/95

MILITÄR IM OSTEN Neue nationale Armeen, Comeback der NATO

Beiträge von/Interviews mit: I. Colovic, J. Galtung, M. Hadzic, M. Kerner, B. Meyer, G. Schmid, H. Schröder
Dossier: Visegrád-Staaten: Kopflose Hegemonie. Beiträge von K. Bartosz und P. Gowan

Heft 1/96

SCHRIFTSTELLER UND LITERATUR IM OSTEN Freiheit des Marktes, Freiheit der Kunst?

Beiträge von/Interviews mit Chr. Engel, G. Dalos, D. Gojkovic, H. Gonschior, V. Novotny, S. Snajder, W. Totok
Dossier: Arbeiterbewegung in Rußland. Beiträge von R. Clarke, D. Mandel, K. Privenzjew

Heft 2/96

GEWERKSCHAFTEN IM OSTEN Zwischen Reform und Opposition

Beiträge von/Interviews mit P. Rütters, K. Pumberger, R. Girndt, J. Sekaj, K. Buketow u.a.
Dossier: Formen der Privatisierung in Ungarn. Beitrag von Arnelie Lamier

Heft 3/96

GEHEIMDIENSTE IM OSTEN

(erscheint Ende September)

Bestellungen, Probeexemplar, Inhaltsverzeichnisse:

Ost-West-Gegeninformationen
c/o Dezentrale für Alternativen,
Prokopig, 2/1, A-8010 Graz, Österreich.
Fax: 0043/316/810594
Preis: öS 50.- (inkl. Porto/Heft)
Umfang: 48-56 Seiten

symbolische Auseinandersetzung darüber, welche Einflußnahme auf wirtschaftliche Abläufe die SPD überhaupt will. Eine gesetzliche Umlagefinanzierung wäre ein Beispiel sowohl für die gesellschaftlich sinnvolle Verwendung von Ressourcen (d.h. auch eine Umverteilungsmaßnahme) als auch für eine Maßnahme der bewußten Regulierung von ökonomischen Fehlentwicklungen. Genau dies wird aber von maßgeblichen Kräften in der SPD explizit abgelehnt. Deutlich wird die verfochtene Logik an einem Satz aus einem jüngst veröffentlichten Positionspapier des NRW-Wirtschaftsministeriums zur beruflichen Bildung: "Die Landesregierung wird ihre Aufgabe als Moderator weiter wahrnehmen und intensivieren". Eine Reihe prominenter Landespolitiker (allen voran die "Blair-Boys" Schröder und Clement) wollen den Rückzug des Staates auf eine Moderatorenrolle bzw. sie stellen sich offensiv an die Seite der Unternehmen, deren Interesse mit Landesinteresse gleichgesetzt wird.

Der enorme Einfluß der Wirtschaft auf die berufliche Bildung wird kritisiert, die daraus resultierenden Probleme und Engpässe werden ignoriert. Im Gegenteil: dieses Ordnungsprinzip wird auch noch unnötig überhöht. Anstatt den Widerspruch zwischen einzelbetrieblicher und gesamtwirtschaftlicher Rationalität zu erkennen und dementsprechende politisch-regulierende Eingriffe als notwendig zu begreifen, soll die Politik sich zu rückhalten und der Wirtschaft die Regelung selbst überlassen. Das Timmermann-Gutachten hält fest: "Der wesentliche Gedanke in der Diskussion um Fondslösungen scheint zu sein, daß mit Fondslösungen auch kollektive Steuerungs- und Entscheidungsstrukturen verbunden sind, sie ein verändertes Machtverhältnis in die betriebliche Ausbildung hineintragen würden und der Bestandssicherung des einzelbetrieblichen Finanzierungssystems, vor allem der unternehmerischen Entscheidungsautonomie entgegenstehen." Dies sollte aber von SozialdemokratInnen nicht unbedingt als Gegenargument verstanden werden.

Die eingebrachten Befürchtungen vor einem bürokratisierten Etatismus sind nicht grundsätzlich falsch, aber oftmals vorgeschoben. Es geht nicht um die Aufstellung eines Fünfjahresplans der beruflichen Bildung, sondern um ein Modell der gesellschaft-

lichen Steuerung, daß regional alle wichtigen arbeitsmarktpolitischen Akteure mit einbezieht. Ergänzt werden müßte die Umlagefinanzierung als Maßnahme zur Verwirklichung des Rechts auf Ausbildung um ein integrales Konzept von Qualifizierungs- und Strukturpolitik und um einen Ausbau der Mitbestimmungsmöglichkeiten von Auszubildenden.

3. Welche Jugend will die SPD?

Nicht das bloße Bekenntnis, daß sich die SPD "niemals mit der Arbeitslosigkeit junger Menschen" abfinden wird, sondern das offensive Aufgreifen von Interessen junger Menschen, die Darstellung von politischen Alternativen und ihre Einbettung in gesellschaftliche Reformprojekte wie das einer Bildungsreform ist erforderlich. Daß die Ausführungen der SPD schwammig und defensiv sind, ist jedoch Absicht:

Einerseits verhindern innere Widersprüche eine deutlichere Positionierung. Weitergehende Reformansätze würden den Widerstand der HaushaltspolitikernInnen und der neoliberalen Standortfraktion hervorrufen.

Andererseits wird im Memorandum analysiert, daß die Jugendlichen "für politische Ideologien keinen Sinn mehr" hätten. Dem Umstand soll anscheinend durch inhaltliche Konturenlosigkeit Rechnung getragen werden. Es stellt sich daher die Frage, welche Jugend die SPD eigentlich für sich gewinnen will. Auch die junge Generation ist nicht homogen, sondern setzt sich aus verschiedenen Milieus, Szenen und auch politischen Orientierungen zusammen – selbst wenn vieles nicht mehr so einfach zu schematisieren ist wie zu Papas und Mamas Zeiten. Nicht aber die Jugendlichen, die Widerstand und kollektive Proteste organisieren, finden Beachtung und Lob bei der Parteispitze, sondern die angepaßten Kids, die eher unpolitisch-karitative Aktionen wie "Schüler helfen Leben" durchführen. Die vielfach zu beobachtenden Versuche – die eigene Jugendorganisation bewußt ausgrenzend – an den vermeintlichen Mainstream der Jugend heranzukommen, sprechen ebenfalls dafür, daß es nicht die linken und kritischen Jugendlichen sind, an die die SPD ran möchte.

Gerade die kritischen, kreativen und kompetenten Potentiale der Gesellschaft werden aber benötigt,

wenn Hegemoniefähigkeit das Ziel sein soll. Gerade dann müssen Jugendliche, die gesellschaftliche Widersprüche erkannt haben, für einen konstruktiven Dialog gewonnen werden. Zwar ist es richtig, daß kollektive Lösungsansätze in der jungen Generation derzeit nicht unbedingt en vogue sind. Dies darf jedoch nicht zur Folge haben, den Anspruch auf politische Regulierung preiszugeben. Vielmehr müssen die gestiegenen emanzipatorischen Potentiale in einem neuen Projekt der demokratischen Gesellschaftsentwicklung gebündelt werden. Und im übrigen sind Jugendliche – das zeigen die Erfahrungen der Jusos mit Diskussionen über die Umlagefinanzierung – sehr wohl für Maßnahmen zu gewinnen, die über das Konsens-Gequatsche hinausgehen, wenn diese konkret benannt werden und an erfahrbaren Widersprüchen ansetzen.

Der Diskussionsprozeß im Vorlauf des Parteitagess sollte von den Jusos und allen weiteren interessierten Teilen der Partei dazu genutzt werden, den Widerspruch zwischen der Jugend und der SPD aufzugreifen und zu politisieren. Natürlich muß auch die biedere Art und Weise, mit der die Sozialdemokratie sich in die Öffentlichkeit begibt, an den Pranger. Viel wichtiger ist es jedoch, sich nicht einfach nur an der "Mutterpartei" abzuarbeiten, sondern den laufenden Diskussionsprozeß zu nutzen, um Kontakte zu anderen fortschrittlichen Kräften zu knüpfen und einen "alternativen Jugenddiskurs" zu führen. Dieser müßte ausgehen von den entwickelten Ansprüchen Jugendlicher an Arbeit und Leben, die Widersprüche zwischen ihnen und der Realität politisieren und Alternativen in Reformprojekten bündeln. Im Mittelpunkt muß die Auseinandersetzung um die Zukunft der Arbeit und des Bildungssystems stehen und kein pseudofortschrittliches Blabla über neue Generationenverträge oder Verträge mit der Zukunft.

Wahrscheinlich sind hier die möglichen gewerkschaftlichen Proteste in diesem Jahr entscheidender als der SPD-Parteitag. Das bei Jugendlichen ramponierte Image der SPD kann von heute auf morgen sowieso nicht verbessert werden – und mit kosmetischen Operationen schon gar nicht.

Jugendliche sind – das zeigen die Erfahrungen der Jusos mit Diskussionen über die Umlagefinanzierung – sehr wohl für über das Konsens-Gequatsche hinausgehende Maßnahmen zu gewinnen, wenn diese konkret benannt werden und an erfahrbaren Widersprüchen ansetzen.

In den letzten Jahren hat sich fast unbemerkt von der großen politischen Öffentlichkeit unter ArbeitsmarktpolitikerInnen und -experten eine Renaissance der Diskussion um einen gemeinnützigen neuen Sektor von Beschäftigung zwischen Privatwirtschaft und Staat bzw. öffentlichem Dienst entwickelt. Bei aller Unterschiedlichkeit der Ansätze und vorgeschlagenen Instrumente, über die da diskutiert wird, stimmen sie darin überein, daß die gegenwärtige Beschäftigungslücke auf der einen Seite und die nicht gedeckten gesellschaftlichen Bedarfe an sozialen, ökologischen und anderen Produkten und Dienstleistungen auf der anderen Seite nicht hinzunehmen sind. Dieser Mißstand wird mit herkömmlichen neoliberalen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ansätzen nicht zu beseitigen sein.

Das Grundprinzip eines dem entgegengesetzten gemeinwirtschaftlichen Ansatzes ist, daß der Ertrag dieser wirtschaftlichen Tätigkeit in Form niedrigerer Preise oder

Aktualität eines Projektes „Neuer Gemeinwirtschaft“

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Stefan Schostok*



erfreuliche Entwicklungen angenommen hat, an ihren Prinzipien und Ansatzpunkten (z. B. Demokratieprinzip, Identitätsprinzip gegen Entfremdung, Verbesserung der Qualität der Arbeit, Selbsthilfe, planerische Prinzipien usw.) festgehalten werden. Die Diskussionen um eine Reform und Neudefinition der Parteien, die aktuellen Debatten um die Zukunft der Gewerkschaftspolitik und die Suche nach Alternativen in der Freizeit-, Kultur- und Medienpolitik sind notwendige Elemente einer Redefinition radikalreformerischer Politik. Und hierzu gehört unter heutigen veränderten Bedingungen auch eine Redefinition von Gemeinwirtschaft und gemeinwirtschaftlichen Konzeptionen!

Beschäftigungskrise und die Notwendigkeit einer „Neuen Gemeinwirtschaft“

Gegenwärtig schreiten gesellschaftliche Spaltungsprozesse voran. Reorganisationsmaßnahmen in der Industrie, damit verbundene Auslagerungen in Zulieferbetriebe, die Zunahme von Scheinselbständigkeiten, Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen, ein massiver Anstieg geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse in den letzten fünf Jahren, Schattenwirtschaft usw. (siehe DIW 50/95) lassen einen immer größeren Ring von prekären Beschäftigungsverhältnissen entstehen, der sich jeder arbeitspolitischen Gestaltung entzieht. Die sozialen Ausgrenzungsprozesse an den Rändern der Gesellschaft werden durch die Politik der Regierungskoalition ständig verschärft. Die vergangenen Novellen der Gesetzgebung zur Arbeitsförderung und Sozialhilfe (vgl. den Aufsatz von Putz in diesem Heft) haben immer offenkundiger die Durchsetzung eines Niedriglohn-Bereichs zum Ziel. Während sich der beschriebene „graue Sektor“ von Beschäftigung jenseits von Staat und privater Wirtschaft ausdehnt, hinken die Instrumente der öffentlichen Arbeitsmarkt- und Förderpolitik hinter den Beschäftigungsveränderungen ständig hinterher. Zum Teil wird der Beschäftigungsverlust auch mit marktliberaler Begründung sich selbst überlassen.

Diesem muß eine alternative Strategie entgegengesetzt werden. Sie darf dabei nicht nur auf die Schaffung

durch Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen, öffentlicher Infrastruktur, die auf dem freien Markt nicht für die Allgemeinheit erschwinglich wäre, zur Verfügung gestellt würde. Das immer wieder genannte anders definierte ökonomische Kalkül spielt in diesen sozialpolitischen Diskussionen um die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit ebenso eine Rolle wie in wieder aktuellen Ansätzen von hausaltswirtschaftlicher Ökonomie statt einzelbetrieblicher Sichtweise („Ökonomie des ganzen Hauses“ bei Negt, Altvater u.a.).

Historische Rolle der Gemeinwirtschaft

Ähnlich wie in der Bewertung der „Niederlage des Sozialismus“ wird es auch bei einer Debatte um einen neuen gemeinwirtschaftlichen Sektor ausreichend warnende Stimmen geben, die mit „Gemeinwirtschaft“ nur das Ende des gemeinwirtschaftlichen Unternehmens der Gewerkschaften „Neue Heimat“ verbinden und so den gesamten historischen Ansatz diskreditiert sehen. Einmal davon abgesehen, daß auch die „Neue Heimat“ nicht nur „Dreck“ war, gibt es auch ansonsten keinen Grund, in diesen Topos konservativer Gewerkschaftskritik zu verfallen. Vielmehr stellt sich Gemeinwirtschaftsbewegung als eine Säule der ArbeiterInnenbewegung dar, die genauso wie die Partei und die Gewerkschaften (erste und zweite Säule) und der Kampf um eigenständige Freizeit- und Kulturorganisationen und -formen (als mindestens vierte Säule) eine historisch jeweils unterschiedlich große Rolle spielte.

Für andere Konzeptionen der Arbeits- und Sozialpolitik und eine andere gesellschaftliche Entwicklung muß, obwohl sie in den vergangenen Jahren auch zum Teil un-

Zu den notwendigen Elementen einer Redefinition radikalreformerischer Politik gehört unter heutigen Bedingungen auch eine Redefinition von Gemeinwirtschaft und gemeinwirtschaftlichen Konzeptionen.

* Stefan Schostok, Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Hannover, spw-Redaktion

von Arbeitsplätzen durch Umbau und Modernisierung der Industrie (in Infrastrukturfeldern wie Energie, Verkehr und Kommunikation) setzen. Ebenso muß in der Arbeitsmarktpolitik ein Paradigmenwechsel stattfinden, der die gewaltigen sozialen Spaltungen und Beschäftigungsverluste in Staat und Privatwirtschaft zur Kenntnis nimmt und die mittlerweile unzureichenden Konzepte eines zweiten Arbeitsmarktes zu einem gleichberechtigten „dritten Sektor“ von Erwerbsarbeit weiterentwickelt.

Als wesentlichste Aufgabe steht deshalb nach wie vor eine Reform der Arbeitsmarktpolitik und damit des Arbeitsförderungsgesetzes an. Hierzu sind in den vergangenen Jahren mit dem Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion für ein Arbeitsmarkt- und Strukturförderungs-gesetz (siehe den Artikel von Marianne Weg in spw Nr. 79, 5/94) und dem „Memorandum für ein neues Arbeitsför-

derungsgesetz“ vom Arbeitskreis AFG-Reform Beiträge entwickelt worden, die durch ihre regional- und strukturpolitischen Elemente erste Ansätze für eine Regulierung dieser oben beschriebenen „grauen Zonen“ von Arbeit bieten. In dieser Ausgabe nimmt Martin Kempe eine Bewertung der gegenwärtigen Arbeitsmarktpolitik und neuerer Konzepte vor. Er kommt zum Schluß, daß eine Ausdehnung dieser Konzeptionen in Richtung eines gemeinwirtschaftlichen Sektors erforderlich ist, um über das bisherige Terrain der Arbeitsmarktpolitik hinaus (mit seiner alleinigen Ausrichtung auf den „Ersten Arbeitsmarkt“) auf neue sozialverpflichtende Wirtschaftsformen und eine neue Sozialstaatlichkeit zu kommen.

Darüberhinaus stellen wir aber auch gemeinsame Ansatzpunkte und große Schnittmengen zu Positionen bei Bündnis 90/Die Grünen und der PDS fest. In der Debatte zum Umbau der Arbeit gehen die Positionen von staatlicher Regulierung bis hin zu Selbstorganisation/Selbstverwaltung und Dezentralisierung. Dieser „gemeinwirtschaftliche Sektor“ stellt damit auch einen gemeinsamen Ansatzpunkt für ein „Crossover“ radikalreformerischer Konzepte dar. Am Ende eines solchen Diskussionsprozesses kann sich mit der Ausgestaltung eines gemeinwirtschaftlichen Sektors eine gemeinsame Vorstellung zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Demokratisierung herauskristallisieren. Annelie Buntenbach und Martin Künkler (B90/Grüne) beschreiben hierzu rechtliche und organisatorische Umriss eines öffentlich verantworteten Beschäftigungssektors (ÖVBS). Sie machen konkrete Vorschläge für neue Institutionen und einen Umbau des Arbeitsförderungs-gesetzes. Harald Werner (PDS) entwickelt ebenfalls Vorstellungen für einen gemeinwirtschaftlichen Sektor, der sich auf soziale, kulturelle und ökologische Gemeinschaftsaufgaben konzentrieren soll.

Weiterentwicklung innovativer Arbeitsmarktinstrumente

Für ein Konzept sind bestehende innovative Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik dahingehend zu überprüfen, inwieweit sie Ansatzpunkte für einen solchen Sektor bieten. Dies setzt natürlich voraus, daß weitere Kürzungen von Mitteln und Verschlechterungen des AFG erst einmal verhindert werden und Landesregierungen mit sozialdemokratischer Beteiligung dieses Instrumentarium sichern und sich für weitergehende Diskussionen öffnen. Bewertungen und Überprüfungen müssen für die Weiterentwicklung von Instrumenten wie z.B. Soziale Betriebe, Arbeitskräfte- und Dienstleistungspools, Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften angestellt werden.

- *Soziale Betriebe* (siehe auch Ulf Trombach zu den „Sozialen Betrieben“ in Niedersachsen) sollen als Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik Dauerarbeitsplätze für Langzeitarbeitslose in gewinnorientierten Betrieben schaffen. Im Mittelpunkt steht dabei die marktnahe Produktion und Dienstleistung. Die TeilnehmerInnen eines Projektes sind als ArbeitnehmerInnen produktiv tätig. Sie tragen zur Refinanzierung der Arbeitsplätze durch die Erwirtschaftung eines Teils der Aufwendungen bei. Unklar nach den ersten Jahren des Experiments mit diesem Modell ist, ob das ambitionierte Ziel, ohne weitere staatliche Förderung wirtschaftlich eigenständig tätig zu sein, erreicht werden kann. Ein Problem kann zukünftig in der Notwendigkeit fortlaufender öffentlicher Förderung liegen. Es ist die Frage zu beantworten, ob soziale und



Elektroschrott-Demontage bei der GeDiRec Bottrop

wirtschaftliche Zielsetzungen der "Sozialen Betriebe" in der bisher gezeigten Form zu verbinden sind oder ob dieses Modell nicht gerade über eine langfristige öffentliche Förderung eine Ausrichtung auf gesellschaftlich sinnvolle soziale, kulturelle und ökologische Beschäftigung erfahren kann.

- *Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung (ABS)* haben in den vergangenen Jahren als neue Maßnahmeträgerform im Transformationsprozeß der neuen Bundesländer durch ihre flächendeckende Etablierung eine große arbeitsmarktpolitische Rolle gespielt. Sie beschäftigen befristet und öffentlich gefördert und dürfen in beschränktem Maße einer erwerbswirtschaftlichen Zielsetzung nachgehen, sind aber nicht gewinnwirtschaftlich ausgerichtet. Im Gegensatz zu ihren Vorläufern, den kommunalen Beschäftigungsgesellschaften in der alten Bundesrepublik, haben sie sich als Gesellschaften für einen sozialverträglichen Personalabbau etabliert. Die ABS sollten entlassene ArbeitnehmerInnen auffangen und zugleich ein Element für eine struktur- und industriepolitische Neuorientierung der ostdeutschen Wirtschaft bilden. Insbesondere die Gewerkschaften verfolgten mit dem strukturpolitischen Auftrag eine langfristig angelegte regionalwirtschaftliche Strategie. Jenseits des "Auffangens" konnte die Funktion eines Übergangs in dauerhafte Beschäftigung aufgrund fehlender Arbeitsplätze kaum oder nicht zufriedenstellend ausgefüllt werden. Ebenso ist ihre Funktion für die Regionalentwicklung nur sehr vorsichtig zu beurteilen. Ein Hauptproblem bleibt für die erfolgreiche Verwirklichung der gesteckten konzeptionellen Ansätze der ABS der begrenzte Handlungsspielraum und ebenfalls die geringe Ausstattung mit Mitteln. Gleichwohl wurden durch die ABS als Form öffentlich geförderter Beschäftigung gesellschaftliche und ökologische Bedarfe gedeckt. Insofern stellt sich die Frage, ob die ABS zu einem wesentlichen Bestandteil des "dritten Beschäftigungssektors" ausgebaut werden können.

- *Arbeitskräfte- oder Dienstleistungspools* dienen dazu, Arbeitgeberfunktionen bündeln. Der Pool ist alleiniger Arbeitgeber für verschiedene geringfügige Beschäftigungen und kann so zahlreiche steuer- und sozialversicherungsrechtliche Probleme, die bei Beschäftigung durch verschiedene Arbeitgeber anfallen würden, beseitigen. Arbeitskräftepools (als Pools zur Bündelung von Tätigkeiten geringfügig Beschäftigter bei einem Arbeitgeber) oder Dienstleistungspools (als Pools zur Bündelung mehrerer stundenweiser Arbeitseinsätze zu Dienstleistungen oder Werkverträgen bei verschiedenen Arbeitgebern) können - so das Ziel dieser Modelle - eine organisatorische Alternative zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen geringfügig Beschäftigter oder auch der Bedingungen in den betroffenen Branchen darstellen. Sowohl in der Einbeziehung in die Sozialversicherung als auch in der Qualität der erbrachten Dienstleistungen liegen die Vorteile.

Re-Definition gemeinwirtschaftlicher Konzeptionen

Hier bestehen also eine Reihe von Instrumenten, die mit ihren spezifischen Zielsetzungen erste Ansätze zur Regulierung der prekären Beschäftigungsstrukturen und -verhältnisse bieten. Notwendig bleibt eine wesentliche Erweiterung zu einem neuen Sektor öffentlich geförderter Beschäftigung (dazu stellt Ralf Krämer in diesem Heft einige Überlegungen zur Diskussion).

Die ganze Debatte muß erst einmal als Aufruf verstanden werden, eine Re-Definition gemeinwirtschaftlicher Konzeptionen anzugehen. Diese stellt einen wichtigen Schritt zur Profilbildung radikalreformerischer Kräfte in den Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen dar. Die starke Verbindung gemeinwirtschaftlicher Ansätze zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit mit Ansätzen regionalisierter Politik stellt aber auch eine wichtige Voraussetzung für ein Konzept sozialer und politischer Integration gegen die vertieften Spaltungsprozesse dar. Fortschrittliche Kräfte können mit der Verfolgung einer solchen Konzeption Ansätze gegen den neoliberalen Marktglauben und den politischen Ohnmachtdiskurs der Globalisierung entwickeln.

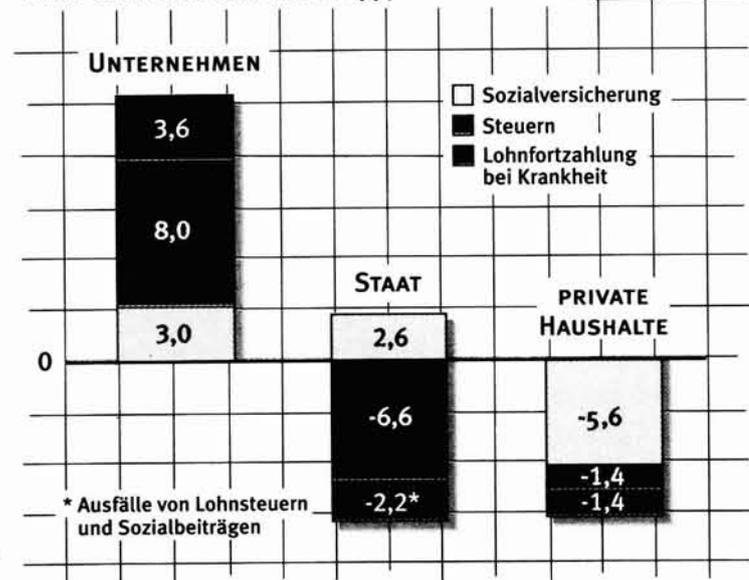
Die starke Verbindung gemeinwirtschaftlicher Ansätze zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit mit Ansätzen regionalisierter Politik stellt eine wichtige Voraussetzung für ein Konzept gegen die vertieften Spaltungsprozesse dar.

Literatur

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: DIW-Wochenbericht Nr 50/1995: Zur Expansion der versicherungsfreien Erwerbstätigkeit in Deutschland
 Goldberg, Jörg (Hg.): Neue Heimat, Gemeinwirtschaft, Gewerkschaften. Zwischen Marktwirtschaft und Bankenmacht. IMSF. Frankfurt a.M. 1987
 Hild, Paul: ABS-Gesellschaften - eine problemorientierte Analyse bisheriger Befunde. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt und Berufsforschung 4/1995
 Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ): Soziale Betriebe in Niedersachsen, Oldenburg 1996
 Novy, Klaus: Genossenschaftsbewegung und Arbeiterbewegung. In: Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung, 2. Auflage Bonn 1988
 Weinert, Rainer: Das Ende der Gemeinwirtschaft. Gewerkschaften und gemeinwirtschaftliche Unternehmen im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt/Main, New York 1994
 Weinkopf, Claudia: Dienstleistungspools - ein Ansatz zur Professionalisierung von Dienstleistungen in Privathaushalten? In: WSI-Mitteilungen 1/1996

Sparpaket: Verlierer und Gewinner

Mehr- und Mindereinnahmen 1997 in Milliarden DM



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Von der Arbeitsmarktpolitik zur neuen Arbeitspolitik

von Martin Kempe*

Die zwei Seiten der „aktiven Arbeitsmarktpolitik“

Zweifellos haben all diese Maßnahmen in den ostdeutschen Ländern eine soziale Katastrophe verhindert. Nicht der Markt hat den sozialen Strukturwandel in Ostdeutschland bewältigt (sofern man bei der dennoch vorhandenen Arbeitslosigkeit von „bewältigen“ sprechen kann), sondern die flächendeckende, millionenfach eingesetzte „aktive Arbeitsmarktpolitik“, deren Projekte in einigen Regionen nach wie vor der größte und beschäftigungsintensivste Wirtschaftsfaktor sind. Manche ostdeutsche Region würde ohne diese Form der Beschäftigung auch heute noch Arbeitslosenquoten von 30 und mehr Prozent aufweisen. Daß der wirtschaftliche Zusammenbruch nicht auch zu einem sozialen geworden ist, bleibt also das Verdienst der „aktiven Arbeitsmarktpolitik“, wie sie vor allem von Kommunalpolitikern, Betriebsräten und Gewerkschaften vor Ort durchgesetzt worden sind.

Ursprünglich sind die Instrumente dieser Politik vor allem in den Branchenkrisen Westdeutschlands entwickelt worden – im Bergbau, in der Schiffbau- und Stahlindustrie, die sich an der Küste, im Ruhrgebiet und im Saarland zu regionalen Strukturkrisen ausweiteten. Für die in diesen Bereichen „freigesetzten“ Arbeitskräfte, die für

den Vorruhestand noch zu jung waren, wurde eine Fülle von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Fortbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten geschaffen, die den Arbeitslosen eine Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern und einen sozialen Strukturwandel in den Krisenregionen fördern

sollten. Fast überall in der Bundesrepublik wurden von Kommunen, Ländern und Arbeitsverwaltung gemeinsam getragene professionelle Träger- und Finanzierungsstrukturen für die Maßnahmen des „zweiten Arbeitsmarkts“ aufgebaut. Spezielle Programme für besonders benachteiligte „Problemgruppen“ am Arbeitsmarkt (Jugendliche, Frauen, Behinderte, ungelernete Arbeitskräfte, Langzeitarbeitslose usw.) wurden entwickelt. Die Zugangsvoraussetzungen für die Teilhabe an diesen Maßnahmen wurden allmählich gelockert und weitere Fördermöglichkeiten, zum Beispiel für Existenzgründungen,

Nicht der Markt hat den sozialen Strukturwandel in Ostdeutschland bewältigt, sondern die flächendeckende, millionenfach eingesetzte „aktive Arbeitsmarktpolitik“.

geschaffen. Die EG stellte unter bestimmten sozial- oder regionalpolitischen Kriterien weitere Fördertöpfe bereit, die der aktiven Arbeitsmarktpolitik neue Impulse gaben. All dies sollte die Neu- oder Wiedereingliederung in den „normalen“ Arbeitsmarkt fördern und den Ausgrenzungsmechanismen des Arbeitsmarkts entgegenwirken.

Ob dies gelungen ist, darüber gibt es unterschiedliche Meinungen, je nachdem ob das Mögliche oder das Erforderliche zum Maßstab des Urteils gemacht wird. In Ostdeutschland aber ist die „aktive Arbeitsmarktpolitik“ angesichts der ungleich größeren Dimension der sozialen Probleme über ihre kompensatorische Rolle hinausgewachsen. Einerseits wurden ihre Instrumente weiterentwickelt, flexibler und flächendeckender einsetzbar. Andererseits aber wurde sie selbst zum Träger des sozialen und zum Teil sogar wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses – im Guten wie im Schlechten. [...]

„Aktive Arbeitsmarktpolitik“ hatte [...] trotz aller Verdienste in der Umstrukturierungsphase Ostdeutschlands durchaus ein Janusgesicht. Denn sie war und ist bis heute auf den ersten Arbeitsmarkt mit all seinen Barrieren, seinen geschlechtsspezifisch diskriminierenden Strukturen und ausgrenzenden Konkurrenzmechanismen hin strukturiert. Ihre im Arbeitsförderungsgesetz festgelegten Ziele geben ihren Aktivitäten keinen Eigenwert, ganz gleich ob es sich um ABM-Projekte oder Bildungs- und Umschulungsveranstaltungen handelt. Alle diese Aktivitäten müssen sich auf eine zukünftige Integration der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den „normalen“, den „ersten“ Arbeitsmarkt hin orientieren. Und sie dürfen diesem, d.h. den bestehenden, kommerziell arbeitenden Betrieben, auf keinen Fall als Konkurrenten auf dem Markt in die Quere kommen, sondern müssen sich auf sog. „zusätzliche“, weder von „der Wirtschaft“ noch vom öffentlichen Arbeitgeber wahrgenommene Arbeiten beschränken.

Trotz aller Verdienste um die Krisenbewältigung in Ostdeutschland ist die „aktive Arbeitsmarktpolitik“ also – anders als das Wort suggeriert – bisher keineswegs ein Feld sozialer und politischer Innovation. Und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat unmißverständlich klargestellt, daß es dabei auch bleiben soll. Er sehe „vier große Handlungsfelder der Arbeitsmarktpolitik“, schrieb er im Herbst 1994: „1. Arbeitnehmer beruflich besser qualifizieren, 2. das Angebot an Arbeitskräften vermindern (Vorruhestand – d.Verf.), 3. Arbeit finanzieren, die sonst liegenbleibt, 4. mit Lohnkostenzuschüssen Brücken für Benachteiligte bauen“. Insgesamt gelte es, jeden Fortschritt zu nutzen, der auf dem ersten Arbeitsmarkt erzielt werde, um „die arbeitsmarktpolitischen Instrumente punktuell zurückzunehmen“. Denn jede Mark, die in den zweiten Arbeitsmarkt gesteckt werde, müsse auf dem ersten, regulären Arbeitsmarkt erwirtschaftet werden, konstatierte der Bundesarbeitsminister. Er sei deshalb gegen ein „kopflozes Mehr“ bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Handelsblatt, 7./8.10.94).

Ein sperriges Reformpaket

Blüm hat damit noch einmal die prinzipiell nachgeordnete, komplementäre Stellung der „aktiven Arbeitsmarktpolitik“ zum ersten Arbeitsmarkt bekräftigt, dessen offensichtliches und dauerhaftes Versagen doch gleichzeitig all die im Nachhinein kaum zu lösenden Probleme produziert. Er reagierte damit auf eine Diskussion unter Arbeitsmarktpolitikern und -experten, die schon im Sommer 1993 einen „Paradigmawechsel in der Arbeitsmarkt-

* Martin Kempe, freier Journalist, Hamburg. Der Text ist ein Auszug aus seinem 1995 erschienen Buch „ZukunftsArbeit – Wege aus der sozialen Krise“ (Martin Kempe: ZukunftsArbeit, Frankfurt am Main und Wien 1995, Büchergilde Gutenberg). Wir danken dem Autor und der Büchergilde für die freundliche Genehmigung.

politik“ gefordert hatten und für einen finanziell dauerhaft abgesicherten, insgesamt ausgeweiteten „öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“ plädierten¹.

Die bisherigen Prioritäten der Arbeitsmarktpolitik müßten umgekehrt werden. „Arbeit statt Arbeitslosigkeit“ und „Arbeit statt Sozialhilfe“ gelte es zu finanzieren, forderten die an dem Appell beteiligten Wissenschaftler und unterbreiteten eine Vielzahl konkreter Vorschläge, wie dies im einzelnen umzusetzen sei. Ebenfalls im Sommer 1993 legte die SPD-Fraktion im Bundestag einen Gesetzentwurf für ein „Arbeits- und Strukturförderungsgesetz“ (ASFG) vor, das das bisherige Arbeitsförderungsgesetz (AFG) ablösen solle. [...]

Ein umfangreiches, ein sperriges Reformpaket also, das auf eine deutliche Aufwertung der „aktiven Arbeitsmarktpolitik“ zielt, den Arbeitslosen einige wichtige Rechtsansprüche verschafft und ihrer stufenweisen sozialen und materiellen Ausgrenzung entgegenwirkt. Bisher bestehende Restriktionen für die Aktivitäten der Arbeitsmarktprojekte werden erheblich gelockert, und die Grenzen zwischen dem „ersten“ und dem „zweiten“ Arbeitsmarkt durchlässiger gemacht. Das Bemühen um größere Wirtschaftsnähe, um die stärkere Einbeziehung privater Unternehmen in die Arbeitsmarktpolitik ist offenkundig. Die mißtrauische, von Konkurrenzängsten geprägte Abwehr der Wirtschaft gegenüber den Aktivitäten der „aktiven Arbeitsmarktpolitik“ soll abgebaut werden zugunsten einer partnerschaftlichen Kooperation zwischen erstem und zweitem Arbeitsmarkt. [...]

Schwieriges Neuland

Neuland zu betreten ist immer mit dem Risiko der Veränderung und auch des Scheiterns verbunden. Nichts spiegelt diese Allerweltsweisheit deutlicher wider als die heftige Diskussion darüber, was der Zweite Arbeitsmarkt darf oder nicht darf, ob er gegenüber dem ersten Arbeitsmarkt eine nachgeordnete oder eine gleichrangige Rolle spielen soll, ob er dem mittelständischen Gewerbe das Wasser abgräbt oder ihm vielleicht sogar wichtige und fruchtbare Impulse geben kann.

Ganz offensichtlich meinen die Wirtschaft, ein Teil der Gewerkschaften und auch die meisten Politiker nach wie vor, der zweite Arbeitsmarkt sei zwar notwendig, aber nur als zeitweiliger Notbehelf in einer vorübergehenden Krisensituation. Selbst in den weitreichenden Reformvorschlägen zur Ausweitung der „aktiven Arbeitsmarktpolitik“ und zur ständigen Einrichtung eines „öffentlich geförderten Beschäftigungssektors“² klingen diese Wertigkeiten noch an. Denn die meisten dieser Vorschläge zielen nach wie vor darauf, Arbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurückzuführen. Zu diesem Zweck sollen die

Arbeitsmarktprojekte langfristiger abgesichert werden, professioneller, markt- und wirtschaftsnäher arbeiten, sollen Ausgrenzungen und Dequalifizierungsprozesse besser als bisher abgefangen und gleitende Übergänge zum ersten Arbeitsmarkt mehr als bisher gefördert werden.

Die praktischen Erfahrungen [...] gehen in dieselbe Richtung und stützen die These, daß eine derartige Reform der Arbeitsmarktpolitik einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit leisten könnte. Die „Berliner Erklärung zur Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000“, die von demselben Expertenspektrum getragen wurde wie die konkreten Vorschläge zur Reform der Arbeitsmarktpolitik, geht von rund 500.000 zusätzlichen Stellen bis zum Jahre 2000 im öffentlich geförderten Sektor aus. Diese Stellen verteilen sich auf die verschiedenen Maßnahmenbündel des Reformpakets: mehr inner- und außerbetriebliche Fortbildung und Umschulung, mehr ABM, Ausbau der Projektförderung nach den §§ 249h und 242s AFG, verstärkte Förderung von Existenzgründungen, Förderung sozialer Betriebe usw. [...]

Und doch: ein wirklicher Paradigmenwechsel der Arbeitsmarktpolitik, wie ihn die Experten selbst gefordert haben, ist das nicht. Die Fixierung auf den ersten, den „eigentlichen“ Arbeitsmarkt mit all seinen Unsinnigkeiten der sozialen Ausgrenzung einerseits und der Überflußproduktion auf der anderen Seite bleibt bestehen. Der zweite Arbeitsmarkt wird immer noch vor allem aus sozialpolitischen Gründen für notwendig und ausbaufähig gehalten. Und so richtig diese Begründung ist, so

Arbeitsmarktpolitiker und -experten fordern einen Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik und plädieren für einen dauerhaft abgesicherten öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.



Umzugshilfe bei der GeDiRec Bottrop

ist darin doch gleichzeitig die Aussage enthalten, er habe und schaffe keinen eigenen, aus sich selbst begründeten Wert. Wenn es die sozialen Notstände nicht gäbe, wenn die Arbeitslosigkeit morgen verschwände, dann – so ergibt sich folgerichtig aus dieser Argumentation – könnte auch der „zweite Arbeitsmarkt“ ohne spürbaren Verlust für die Gesellschaft wieder verschwinden.

Das ist zwar in mancher Hinsicht schon heute von der Realität überholt. Besonders in Ostdeutschland wären viele Kommunen ohne die Arbeitsmarktprojekte überhaupt nicht lebensfähig, weil das Geld auch für die notwendigsten kommunalen Dienstleistungen fehlt. Und eine systematische Aufbereitung verseuchter Industrieflächen – insbesondere bei den ehemaligen Produktions-

stätten des DDR-Chemiekombinats – für zukünftige wirtschaftliche Nutzung wäre ohne die von der Bundesanstalt für Arbeit, den Kommunen, Ländern und der Treuhand geförderten Sanierungsprojekte gar nicht möglich. Und doch ist es diese auch in den Reformvorschlägen letztlich nicht aufgehobene Minderwertigkeit des „zweiten Arbeitsmarkts“, die es so schwer macht, für seinen Ausbau und seine Reform als eine gegenüber dem ersten Ar-

beitsmarkt nicht nachgeordnete, sondern alternative Form der Beschäftigung zu werben. [...]

Die zeitlichen Befristungen für die Förderung von Beschäftigten auf dem „zweiten Arbeitsmarkt“ sind vielfach zu kurz. Sie entziehen den Projekten immer wieder die gerade aufgebauten Qualifikationen und verhindern damit notwendige und wünschenswerte Professionalisierungsprozesse.

Fünf Leitsätze zukünftiger Arbeitsförderung

1. Leitsatz: Der gesellschaftliche Arbeitsbegriff muß erweitert werden

Gesellschaftlich notwendige Arbeit wird nicht nur im kommerziellen Markt und im Bereich öffentlicher Dienste geleistet. Im Gegenteil: man kann geradezu von einem Rückzug des kommerziellen Marktes und der Öffentlichen Hand aus der sozialen Verantwortung sprechen. Besonders augenfällig wird dies in der Tendenz zur Privatisierung, Reduktion oder völligen Liquidierung sozialer Dienstleistungen durch die Öffentliche Hand. Zwar sind viele staatliche Dienstleistungen ursprünglich als Korrektiv des Warenmarktes entstanden, weil dieser seinem Wesen nach keine soziale Verantwortung kennt und aus sich selbst heraus bestenfalls in der Lage ist, materielle Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Nicht oder nur begrenzt rationalisierbare soziale und kulturelle Bedürfnisse der Menschen dagegen kann er entweder nur zu extrem elitären Preisen oder gar nicht befriedigen.

Viele soziale Dienste der öffentlichen Hand sind aus diesem strukturellen Unvermögen des Warenmarktes heraus entstanden – aber nicht nur sie. Große Teile der Infrastrukturpolitik (Verkehr, Kommunikation usw.), der Kulturpolitik sind nichts weiter als staatlich organisierte und finanzierte, gesellschaftlich notwendige und für nützlich erachtete Arbeit. Ein Großteil kultureller Aktivitäten in Deutschland wird ausschließlich oder überwiegend durch staatliche Zuwendungen ermöglicht. Keine einzige Oper in Deutschland könnte aus eigenen Einnahmen existieren. Die renommierte Deutsche Oper in Berlin beispielsweise erwirtschaftet nur rund 16 Prozent ihrer Einnahmen selbst.

Das gleiche gilt für hochsubventionierte Branchen, die ohne staatliche Unterstützung kaum eine Überlebenschance hätten: jeder Arbeitsplatz im Bergbau wurde 1994 mit rund 100.000 DM subventioniert und die in der Landwirtschaft erzielten Einkommen bestanden etwa zur Hälfte aus staatlichen Unterstützungsleistungen. All dies beruht auf politischen Entscheidungen, ist also gesellschaftlich erwünschte Arbeit. Und doch wird niemand auf den Gedanken kommen, die Arbeitsplätze in dem Berliner Opernhaus oder im Detmolder Stadttheater, im Steinkohlebergbau oder in der Stahlindustrie, im Öffentlichen Nahverkehr oder in der Landwirtschaft seien einem „zweiten Arbeitsmarkt“ zuzurechnen.

Arbeitsförderung ist in der Bundesrepublik und in fast allen anderen Ländern der Erde längst etabliert, in Form vielfach flächendeckender Subventionen für bestimmte Branchen. Nur wird dabei in aller Regel nicht die Arbeitskraft subventioniert, sondern das Produkt bzw. die Dienstleistung, also das Inhaltliche der Arbeit. Genau darum geht es auch bei einer Erweiterung des Arbeitsbegriffs auf das nicht Marktfähige, aber gesellschaftlich Notwendige bzw. Erwünschte: warum also sollte es nicht möglich sein, beispielsweise den zahlreichen freien Theatergruppen, die nicht in den Genuß von Subventionsgeldern aus dem regulären Kulturbudget kommen, einen Zugang zu Mitteln der Arbeitsförderung über die Bewilligung einzelner ABM-Stellen hinaus zu verschaffen?

Das gleiche gilt für soziale und ökologische Aktivitäten, die nicht oder nur schwer kommerzialisierbar, aber dennoch von hohem gesellschaftlichen Nutzen sind und nicht – oder noch nicht – zu den Regelaufgaben des Staates gehören. Viele Kommunen in Ostdeutschland wären ohne die in Arbeitsmarktprojekten geleistete Arbeit überhaupt nicht funktionfähig. Vom Denkmalschutz über die Neugestaltung der Innenstadt bis hin zu ambulanten sozialen Diensten jeglicher Art – all dies ist auch in Westdeutschland vielerorts kaum mehr im nötigen Umfang aus den regulären Haushaltsmitteln der Kommunen und der Länder zu finanzieren. In Frauenhäusern, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen wird ebenso gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet wie in den Jugendabteilungen der Sportvereine. All diese Arbeiten unterbleiben viel zu oft, weil sie nicht (oder nicht genügend) aus den öffentlichen Haushalten finanziert bzw. unterstützt werden (können?) und allein ehrenamtliches Engagement für sie nicht ausreicht. Die Gesellschaft könnte sehr viel an sozialer und humaner Qualität gewinnen, wenn all diese Bereiche für die Arbeitsförderung geöffnet würden.

Voraussetzung dafür wäre ein öffentlicher Diskurs und schließlich eine demokratische Entscheidung über das gesellschaftlich Notwendige und Unterstützenswerte.

2. Leitsatz: Gesellschaftliche Eigenaktivität muß gefördert werden

Es geht nicht allein um die lineare Ausweitung sozialer Dienstleistungen, sondern in gewissem Maße auch um ihre Veränderung. Arbeitsförderung ist ihrem Wesen nach Förderung von Aktivität – sei es zur Selbsthilfe, zur Hilfe jener, die sich nicht selbst helfen können, sei es in anderen Bereichen gesellschaftlichen Engagements. Eine scharfe Abgrenzung gegenüber den Regelaufgaben des Staates bzw. Sozialstaates kann es deshalb bei der Arbeitsförderung nicht geben. So stellt der Staat Kinderkrippen und Kindergärten bereit – viel zu wenig, wie je-

der weiß. Gleichzeitig erscheint es völlig unrealistisch, den seit kurzem bestehenden gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes in Deutschland lebende Kind durch die massenhafte Neueinrichtung staatlicher Kindertagesstätten einlösen zu wollen. Es gibt also gar keine andere Möglichkeit als die Unterstützung aller möglichen Selbsthilfeaktivitäten von Privatpersonen, Verbänden, Kirchen usw., und vieles spricht dafür, die wichtigsten Problembereiche der sozialen Versorgung (Kinderbetreuung, Versorgung von Alten und Pflegebedürftigen usw.) für die Arbeitsförderung zu öffnen, obwohl sie nach herkömmlichem Verständnis zu den Regelaufgaben der Öffentlichen Hand gehören.

Das gleiche gilt für Selbsthilfe in anderen Bereichen – beispielweise im Wohnungsbau, bei der Instandsetzung von Wohnungen, bei der Sanierung und Pflege des Wohnumfelds usw.. Kommerzielle handwerkliche Dienstleistungen sind für viele Menschen heute nicht mehr bezahlbar. Gleichzeitig schafft der allgemeine Trend zur Arbeitszeitverkürzung den Menschen größere zeitliche Spielräume zur Ausgestaltung ihres Lebensumfelds – ein Trend, der ohnehin aus gesellschaftspolitischen Gründen weiter forciert werden sollte. In einem neuen gemeinwirtschaftlichen Sektor könnte unter anderem eine öffentlich unterstützte Infrastruktur der handwerklichen Selbsthilfe geschaffen werden – vom stadtteilbezogenen Bauhof und Werkzeugverleih bis hin zu den von Eichstädt-Bohlig erwähnten neuen Formen des sozialen Wohnungsbaus.

Überall dort, wo Menschen ihre Probleme selbst in die Hand nehmen, sich aus der Passivität des Nichtstuns oder der sozialstaatlichen Zuteilungen herausbewegen, ist es richtig, Arbeit zu fördern – auch und gerade dann, wenn dies mit einem zeitweiligen oder teilweisen Rückzug aus dem formellen Sektor der Erwerbsarbeit verbunden ist. Warum soll sich ein ländlicher Häuslebauer nicht mit Unterstützung durch die Instrumente der Arbeitsförderung für ein Jahr aus seinem normalen Job verabschieden, wenn eine Vertretung garantiert ist? Es käme der Arbeitslosenstatistik zugute und der Häuslebauer könnte seine Baukosten und seine Verschuldung senken.

Schließlich sind viele jener „sozialen Betriebe“, die schon heute Langzeitarbeitslosen und sonstigen „Problemgruppen“ des Arbeitsmarkts eine Beschäftigung im handwerklichen und Dienstleistungsbereich bieten, Beispiele effektiver und gesellschaftlich höchst nützlicher Selbsthilfe – von der Stadtküche bis zum Fahrrad-Laden, vom Holzbaubetrieb bis zu öffentlichen Fuhrunternehmen.

3. Leitsatz: Gesellschaftlich nützliche und deshalb öffentlich geförderte Arbeit muß von Restriktionen befreit werden

Arbeitsförderung bezieht sich auf gesellschaftlich gewollte Arbeit. Sie ist positiv definiert und deshalb verbietet sich jede Eingrenzung auf jene durch die derzeit im Arbeitsförderungsgesetz noch verankerte Nische zwischen dem kommerziellen Markt und regulär staatlicher Tätigkeit, die mit dem Wort „Zusätzlichkeit“ definiert wird. Ganz im Gegenteil: dort wo der Markt seiner Aufgabe, die Bevölkerung mit bestimmten Gütern und Dienstleistungen zu bezahlbaren Preisen zu versorgen, ungenügend nachkommt (etwa im Wohnungsbau, zum Teil auch im Handwerk), ist eine durch öffentliche Arbeitsförderung installierte Konkurrenz durch gemeinwirtschaftliche Betriebe geradezu wünschenswert.

Dies setzt allerdings eine marktwirtschaftlich effiziente Betriebsführung voraus, die derzeit durch Restriktionen im Förderrecht erheblich behindert wird. Einschränkungen in Bezug auf die Tätigkeitsfelder öffentlich geförderter Betriebe müssen weitgehend beseitigt, die freie Vermarktung ihrer Produkte und Dienstleistungen muß ermöglicht werden. Die ökologische Sanierung und Wiederaufbereitung verseuchter Industrieflächen etwa ist eine wirtschaftsnahe Dienstleistung, die nicht umsonst erbracht werden muß, sondern den privatwirtschaftlichen Nutzern in Rechnung gestellt werden kann. Die Möglichkeiten für Verbleib und Reinvestition der erzielten Erlöse im Betrieb müssen deutlich erweitert werden. Die zeitlichen Befristungen für die Förderung von Beschäftigten auf dem „zweiten Arbeitsmarkt“ sind vielfach zu kurz. Sie entziehen den Projekten immer wieder die gerade aufgebauten Qualifikationen und verhindern damit notwendige und wünschenswerte Professionalisierungsprozesse. Ohne diese aber ist marktwirtschaftliches und – so erforderlich – konkurrenzfähiges Arbeiten mit oder ohne öffentliche Förderung kaum möglich. Im übrigen werden die Voraussetzungen für den Übergang in den „ersten Arbeitsmarkt“ sowohl für ausgründungswillige Projekte wie für einzelne Arbeitskräfte um so besser, je professioneller in den Arbeitsförderprojekten gearbeitet werden kann.

4. Leitsatz: Die neue Arbeitspolitik kann Impulse für eine Reform des öffentlichen Handelns geben und neue Arbeitsformen experimentell erproben

Infolge der Finanzkrise der Öffentlichen Hand werden schon heute viele vormals staatliche Aufgaben von Arbeitsmarktprojekten übernommen. Dies hat zum Teil heftige Proteste der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und ihrer Gewerkschaften ausgelöst, zum Teil aber auch (besonders in Ostdeutschland) die einzige Möglichkeit eröffnet, bestimmte Aufgaben überhaupt auszuführen. Die Verlagerung bislang staatlicher Tätigkeiten in den Bereich öffentlich geförderter gemeinwirtschaftlicher Arbeit kann zu einem Abbau sozialstaatlicher Standards und öffentlicher Beschäftigung führen, wenn sie allein finanziellen Sachzwängen gehorcht und keine neue Idee der zu leistenden Arbeiten entwickelt.

Sie kann aber auch Chancen eröffnen, die eingefahrenen, vielfach ineffektiven und der zu leistenden Arbeit nicht adäquaten Gleise des staatlichen Verwaltungshandelns zu verlassen, die in der Diskussion um die Reform des Öffentlichen Dienstes seit langen Jahren problematisiert werden. Die betriebliche oder die Projektform der Arbeitsmarktinitiativen bieten weitaus größere Möglichkeiten zu Flexibilität, zu betriebswirtschaftlich effektiver Arbeitsorganisation und Investitionstätigkeit, also zu all dem, was Finnegan als positive Eigenschaften eines „sozial orientierten Unternehmertums“ hervorhebt. Insofern kann ein öffentlich geförderter gemeinwirtschaftlicher Sektor auch zu einem interessanten und produktiven Experimentierfeld für die Reform des Öffentlichen Dienstes werden, allerdings nur unter einer zentralen Voraussetzung:

Eine so konzipierte neue Arbeitspolitik ist ihrem Charakter nach eher offensiv als defensiv und kann sogar neue Maßstäbe für die Arbeit im staatlichen und marktwirtschaftlichen Sektor setzen, also eine gesamtgesellschaftlich reformerische Ausstrahlung entfalten.

5. Leitsatz: Gesellschaftlich als nützlich definierte Arbeit darf nicht diskriminiert werden

„Warum sollte die qualifizierte Arbeit der Betreuung von alten Menschen, nur weil sie auf dem zweiten Arbeitsmarkt verrichtet wird, schlechter bezahlt werden als eine qualifizierte technische Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt?“ Diese Frage hat Walter Riester, der zweite Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, in einem Interview gestellt, als es um die Frage ging, ob die öffentlich geförderte Arbeit in Projekten des „zweiten Arbeitsmarkts“ nicht schlechter entlohnt werden müsse als die im normalen gewerblichen oder staatlichen Sektor. Unternehmervertreter, konservative und liberale Politiker fordern dies seit langem mit dem Ziel, unterhalb des „normalen“ Arbeitsmarkts einen Niedriglohnsektor für unqualifizierte Arbeiten jeglicher Art zu installieren und

letztlich die Spannweite tariflicher Standards nach unten hin auszudehnen.

Auch im sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen sowie im grünen Spektrum gibt es Stimmen, die ein „Abstandsgebot“ gegenüber der Arbeit im „ersten Arbeitsmarkt“ für erforderlich halten. Unterstützt werden sie von Verantwortlichen in der Geschäftsführung von Arbeits-

marktprojekten (z.B. Eichstädt-Bohlig, in früherer Funktion Geschäftsführerin der STATBAU GmbH, Berlin), die auf Grund ihrer zuweilen leidvollen Erfahrungen mit Arbeitsmoral, Leistungsfähigkeit, Lernbereitschaft ihrer Klientel die Forderung nach besonderen, d.h. auch niedrigeren tariflichen Standards für Projekte des „zweiten Arbeitsmarkts“ erhoben haben. Die Entlohnung entsprechend der üblichen Branchentarife fördere die Immobilität der Projekt-Teilnehmerinnen und Teilnehmer, lasse ihre häufig geringere Leistungsfähigkeit und -bereitschaft außer Acht und untergrabe insbesondere bei Jugendlichen die Bereitschaft, schlechter entlohnte Ausbildungsplätze anzunehmen. Weil gleichzeitig der personalpolitische Spielraum in Arbeitsmarktprojekten auf Grund ihres sozialen Auftrags eingengerter als in normalen gewerblichen Betrieben sei, könnten Leistungsunwilligkeit, Verantwortungslosigkeit usw. nicht sanktioniert, Kreativität und Engagement nicht honoriert werden. Letztlich werde dadurch sowohl den Projekten als auch den darin beschäftigten Personen geschadet, weil die notwendige Leistungsorientierung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors nicht durchgesetzt werden könne.

Die Erfahrungen der bestehenden Arbeitsmarktprojekte müssen ernst genommen werden, auch wenn die aus ihnen abgeleitete Forderung nach generell niedrigerer Entlohnung in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor nicht überzeugt. Denn einsichtig ist sie nur dann, wenn der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor prinzipiell als nachrangig und minderwertig definiert wird. Wenn er allerdings, wie es in der Frage des stellvertretenden IG-Metall-Chefs anklingt, ausdrücklich als erwünschter, gleichrangiger Beschäftigungssektor angesehen wird, ist die Forderung nach Minderbezahlung und schlechterem arbeitsrechtlichen Status widersinnig.

In den bestehenden Branchentarifverträgen gibt es in aller Regel erhebliche Differenzierungsmöglichkeiten, die

allerdings von den Arbeitsmarktprojekten häufig nicht ausgeschöpft werden können – nicht nach oben, weil öffentliche Fördergelder nicht für übertarifliche Zulagen verwendet werden dürfen, und nicht nach unten, weil Versetzungen auf minderbezahlte Arbeitsstellen bzw. Entlassungen dem sozialen Auftrag der Projekte widersprechen. Richtig ist also nicht die generelle Herabstufung der Löhne – und sei es durch eigene Tarife für den öffentlich geförderten Sektor –, sondern die deutliche Erweiterung der personalpolitischen Kompetenzen der Geschäftsführungen in Bezug auf Einstufung, Arbeitseinsatz, Zulagen, Versetzungen und auch – im äußersten Fall – Entlassungen. Natürlich müssen Faulheit, Disziplinlosigkeit usw. „bestraft“ werden können, wenn der bis in die Sozialdemokratie hinein wirksamen Demagogie gegen den „Sozialmißbrauch“ begegnet werden soll.

Aber wenn von den Verantwortlichen in den Projekten zu Recht die Aufwertung des „Zweiten Arbeitsmarkts“ zu einem gleichrangigen Beschäftigungssektor gefordert wird, sollten sie alles meiden, was seine Nachrangigkeit, seine Zweitklassigkeit bestätigt und fest schreibt. Öffentliche Förderung – das muß zu allererst eine positive Entscheidung für die bestimmte, in den Projekten und Betrieben geleistete Arbeit beinhalten. Dies schließt die Subvention von aus welchen Gründen auch immer „leistungsgeminderten“ Arbeitskräften nicht aus. Denn wer zum Beispiel auf Grund gesundheitlicher Beeinträchtigungen die normalen Leistungsnormen nicht erfüllen kann, sollte nicht durch verminderte Entlohnung bestraft werden. Dies gilt im übrigen sowohl für den öffentlich geförderten wie für den „ersten Arbeitsmarkt“.

... und eine notwendige Ergänzung

Arbeitspolitik, dies dürfte nach all dem bisher Gesagten klar sein, ist mehr als Arbeitsmarktpolitik – auch mehr als jene in der Reformdiskussion geforderte qualitativ und quantitativ erweiterte Arbeitsmarktpolitik, die auf eine deutliche Aufwertung des „zweiten Arbeitsmarkts“ zielt. Durch eine neue Arbeitspolitik wird ein Teil des vom „ersten Arbeitsmarkt“ freigesetzten gesellschaftlichen Arbeitspotentials in einem demokratischen Entscheidungsprozeß nach dem Kriterium des gesamtgesellschaftlichen Nutzens neu gestaltet. Erst damit kann der Sektor öffentlich geförderter Beschäftigung aus seiner Nachrangigkeit gegenüber dem „ersten Arbeitsmarkt“ befreit und zu einem gleichrangigen, für die Gesellschaft auf die Dauer lebenswichtigen Arbeitsmarkt werden.

Dieser Arbeitsmarkt kann und muß die sozialen Integrationsfunktionen der bisherigen „aktiven Arbeitsmarktpolitik“ beibehalten und ausbauen. Aber er weist sich vor allem inhaltlich aus: als Bereich gesellschaftlich notwendiger, aber nicht notwendig kommerziell verwertbarer Tätigkeiten, die weder im staatlichen noch vom privatwirtschaftlichen Sektor angemessen verrichtet werden und die doch Elemente beider Sektoren in jeweils zweckmäßigster Form miteinander kombinieren. Diese Konzeption einer neuen Arbeitspolitik, die u.a. mit dem Aufbau eines neuen gemeinwirtschaftlichen Sektors und neuer gemeinschaftlicher Selbsthilfestrukturen in Stadtteilen und Landkreisen einhergehen muß, verbietet jede tarifliche und arbeitsrechtliche Diskriminierung der Beschäftigten – aber sie verlangt den Beschäftigten auch mehr ab als dies bisher in vielen Projekten des „zweiten Arbeitsmarkts“ getan wird: Engagement, Professionalisierung und dort, wo es möglich und nützlich ist, ein Arbeiten unter marktwirtschaftlichem Konkurrenzdruck,

Wenn der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor ausdrücklich als erwünschter, gleichrangiger Beschäftigungssektor angesehen wird, ist die Forderung nach Minderbezahlung und schlechterem arbeitsrechtlichem Status widersinnig.

NEUE GEMEINWIRTSCHAFT?

der durch die öffentliche Förderung abgemildert, aber nicht abgeschafft ist. Gleichzeitig aber haben die Beschäftigten dieses Bereichs – anders als heute in manchen arbeitsmarktpolitischen Projekten – die Gewähr, etwas Sinnvolles für sich und die Gesellschaft zu tun.

Eine so konzipierte neue Arbeitspolitik ist ihrem Charakter nach eher offensiv als defensiv und kann sogar neue Maßstäbe für die Arbeit im staatlichen und marktwirtschaftlichen Sektor setzen, also eine gesamtgesellschaftlich reformerische Ausstrahlung entfalten. Aber eines kann sie mit Sicherheit nicht: die heute bestehende Massenarbeitslosigkeit überwinden. Denn öffentlich unterstützte Arbeit wird nicht für die Millionenzahl all jener bereitgestellt werden können, die vom marktwirtschaftlichen Prozeß ins Abseits gedrängt werden. Die Unterbeschäftigung kann letztlich nur durch radikale – d.h. ebenfalls öffentlich gestützte – Strategien der Arbeitsumverteilung überwunden werden.

Es mag deshalb als Denkmodell sinnvoll sein, die quantitative Dimension dieser neu konzipierten Arbeitsförderung im Rahmen dessen zu halten, was derzeit für die „aktive Arbeitsmarktpolitik“ im weiteren Sinne (ABM, Qualifizierungsmaßnahmen, Frühverrentung usw.) aufgewendet wird bzw. in der bisherigen arbeitsmarktpolitischen Reformdiskussion gefordert wird. Mit einer solchen Konzeption wären eine Ausweitung der Maßnahmen ohne Steuer- oder Beitragserhöhungen möglich, weil in viel größerem Maße als bisher eigene Erlöse der Arbeitsmarktprojekte zur Finanzierung herangezogen werden könnten.

Durch effizienteres Wirtschaften in den Arbeitsmarktprojekten läßt sich der Subventionsbedarf verringern oder der Umfang der öffentlich geförderten Tätigkeiten ausweiten – oder beides gleichzeitig. Schließlich könnten steuerliche Vergünstigungen entsprechend den Vorschlägen von Eichstädt-Bohlig die Entwicklungsdynamik in dem neukonstituierten Bereich der gemeinwohlorientierten Wirtschaft unterstützen.

Schließlich wird eine Politik der radikalen Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung den gesellschaftlichen Bedarf an Umschulungen und Qualifizierungen erheblich steigern. Denn Arbeitszeitverkürzungen bewirken nur dann eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit, wenn sie nicht nur in den Bereichen mit großen Produktivitätsreserven durchgesetzt werden, sondern auch dort, wo die Kapazitäten ausgelastet und die Produktivität hoch entwickelt ist, wo also auf Grund der verkürzten Arbeitszeit Arbeitskräfteknappheit entsteht. Eine derartige Politik der Arbeitsumverteilung beschleunigt also Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt und muß deshalb durch umfassende Qualifizierungs- und Umschulungsprogramme unterstützt werden. Hier kann durchaus an die gegenwärtige Praxis der Bundesanstalt angeknüpft werden.

Wenn die Schritte der Arbeitszeitverkürzung in größeren, für die betriebliche Planung handhabbaren Zeitabständen vollzogen wird, können die tatsächlich benötigten Qualifizierungs- und Umschulungsaktivitäten rechtzeitig genug in Angriff genommen werden. Denn nur vorhandene oder zu erwartende Arbeitskräfteknappheit gibt zuverlässig Aufschluß über den wirklichen Bedarf, während der Arbeitskräfteüberfluß in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit den zukünftigen Bedarf eher verschleiert. In der gegenwärtig besonders in den ostdeutschen Ländern vielfach zu beobachtenden Praxis eines „blinden“ Qualifizierungsaktivismus, der den Menschen immer wieder neue „Warteschleifen“ im Weiterbildungs-

Druckerei bei der GeDiRec Bottrop



wesen zumutet, offenbart sich nichts weiter als das hilflose Agieren der Arbeitsmarktpolitiker angesichts der Massenarbeitslosigkeit.

Arbeitsförderung beseitigt nicht die Massenarbeitslosigkeit, aber sie ist in der Lage, einen Teil des überschüssigen Arbeitspotentials durch Arbeitsmarktprojekte und sinnvolle Qualifizierung zu gestalten. Dies ist eine Chance, die allerdings nur dann zum Bestandteil einer umfassenden gesellschaftlichen Reformkonzeption werden kann, wenn sie tatsächlich in eine Strategie der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsumverteilung eingebettet ist.

Anmerkungen:

- ¹ Bergmann, Christine (Hrsg.): Initiative für einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt, Berlin 1993
- ² Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen Berlin (Hrsg.): Zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik - Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, Konferenzreader, Berlin 1994

Gesellschaftlicher Nutzen statt größtmögliche Kapitalverwertung

Eckpunkte eines Öffentlich verantworteten
Beschäftigungssektors

von Annelie Buntenbach und Martin Künkler*

Zwei Geschäftsleute sitzen in einem Restaurant und unterhalten sich über die wirtschaftliche Entwicklung. Zufrieden lehnt sich einer zurück: „Wir haben in den letzten Jahren viel geschafft. Sehr viele neue Arbeitsplätze geschaffen.“ Der Kellner dreht sich um und sagt: „Ja, und zwei davon habe ich.“

Dies ist bereits weitgehende Realität im vermeintlichen Job-Wunderland USA und offensichtlich die arbeitsmarktpolitische Perspektive der Bundesregierung und der Arbeitgeber. Mit ihrem Programm „für mehr Wachstum und Beschäftigung“ – George Orwell läßt grüßen – und dessen Umsetzungsgesetzen, die weitgehend vom Bundestag bereits beschlossen wurden, setzt die Bundesregierung konsequent ihre Basisphilosophie der „Verbilligung der Ware Arbeitskraft“ in die Tat um: Pauschale Kostensenkungsprogramme für Unternehmen, Deregulierung der Arbeitsmärkte, Demontage des Sozialstaates mit der Brechstange ...

Gelingt dieser marktradikale Umbau von Arbeitsmarkt (und Gesellschaft!), bleiben reduzierte Kernbelegschaften, denen olympiareife Leistungen abverlangt werden, in weiter deregulierten Arbeitsverhältnissen, nehmen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und der über eine durchlöchernte soziale Absicherung vermittelte Zwang zur Annahme (fast) jeder Arbeit zu jedem Preis und jeder Bedingung zu, verstetigt sich die Polarisierung von Einkommen und Lebenschancen, mit der zweifelhaften Perspektive eines Nutzens für einige wenige, deren Renditen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit (insbesondere im weltmarktorientierten Segment) abermals kräftig steigen.

Diese „Sparpolitik“ – genauer: die Umverteilungspolitik von unten nach oben – ist zum Erreichen des hochgesteckten Ziels einer Halbierung der registrierten Erwerbslosigkeit kontraproduktiv, da über die Reduzierung öffentlicher Ausgaben und die realen Lohneinbußen der abhängig Beschäftigten sowie über Kürzungen der Sozialleistungen die binnenwirtschaftliche Nachfrage weiter geschwächt und die ohnehin schleppende Konjunktur kaputtgespart wird. Die (Arbeitsmarkt)Politik der Bundes-

regierung ist nicht geeignet, ein höheres Beschäftigungsniveau zu erreichen und sie ist erst recht nicht die einzige, quasi naturgesetzliche und somit alternativlose Antwort auf die Arbeitsmarktkrise.

Perspektive einer gesellschaftlich bestimmten Ökonomie

Der kurzfristig wirksamste Hebel im Kampf gegen die Massenerwerbslosigkeit liegt in weiteren Schritten der kollektiven Arbeitszeitverkürzung. Es gilt, die heutige pervertierte Form des vorhandenen Zeitwohlstands – aufgrund höchster Produktivität reicht ein immer kleineres Arbeitszeitvolumen zur Produktion des gesellschaftlichen Reichtums – durch eine Neuverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit auf mehr Schultern zu überwinden und den Zeitwohlstand für die Gesellschaft nutzbar zu machen. Neben dieser *Umverteilung* des Erwerbsarbeitsvolumens sind Wege zu beschreiten, die auf eine *Ausweitung* des Erwerbsarbeitsvolumens, also die Schaffung zusätzlicher Dauerarbeitsplätze abzielen. Neben der politischen Steuerung der Märkte mittels Wirtschafts-, Industrie- und Strukturpolitik mit dem Ziel eines sozial-ökologischen Umbaus und der Stärkung der inländischen Nachfrage ist hierzu die Etablierung eines *Öffentlich verantworteten Beschäftigungssektors* von zentraler Bedeutung. Die nachfolgend skizzierten Eckpunkte eines *Öffentlich verantworteten Beschäftigungssektor* (ÖVBS) sind nicht als Entgegensetzung zu ähnlich orientierten Vorschlägen (z.B. der „Memorandum-Gruppe“) zu verstehen, nicht als Ei des Kolumbus, sondern als Diskussionsbeitrag, als Versuch, einen Ansatz konkret und greifbar zu machen, um sich daran reiben zu können.

Nicht alles, was die Gesellschaft braucht, nicht alle notwendigen Güter und Dienstleistungen werden in kapitalistischen Ökonomien „automatisch“ angeboten. Sinnvolle Aufgaben bleiben unerledigt und Arbeit liegt brach, da sie in der profitorientierten Logik nicht lohnt. Hier, wo keine Arbeitsplätze im marktwirtschaftlichen Selbstlauf entstehen, setzt der ÖVBS an. Im Kern geht es um das Zusammenführen von defizitären Bereichen, den ungedeckten Bedarfen an gesellschaftlich sinnvoller Arbeit und dem Mangel an existenzsichernden Erwerbsarbeitsplätzen, mit den Potentialen für gesellschaftliche Wohlfahrt, die im immensen gesellschaftlichen Reichtum liegen, der entgegen allen Spar- und „Gürtel-enger-schnallen“-Parolen weiterhin real wächst. Könnte ein solcher Beschäftigungssektor durchgesetzt werden, würden im Resultat Güter und Dienstleistungen bereitgestellt, die insbesondere denjenigen zugute kommen, die nicht über die materiellen Ressourcen verfügen, die heute nicht öffentlich zugänglichen Produkte und Dienste privat einkaufen zu können. Gleichzeitig würde Beschäftigung in einem erheblichen Umfang mobilisiert, die einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung der anhaltenden Massenerwerbslosigkeit leisten kann.

Die Etablierung eines ÖVBS ist ein konkreter Ausdruck der umfassenderen Perspektive einer gesellschaftlich bestimmten Ökonomie. Nicht eine größtmögliche Verwertung von Kapital (und Arbeitskraft), sondern der bestmögliche gesellschaftliche Nutzen wird zentraler Orientierungspunkt wirtschaftlicher Aktivitäten.

Sozial nützliche Güter und Dienste

Offensichtlich gibt es in den Bereichen Soziale Dienstleistungen, Bildung und Kultur ungedeckte Bedarfe und eine Vielzahl sinnvoller Tätigkeiten, die heute unerledigt

Hier, wo keine Arbeitsplätze im marktwirtschaftlichen Selbstlauf entstehen, setzt der öffentlich verantwortete Beschäftigungssektor an.

* Annelie Buntenbach MdB, Bündnis 90/Die Grünen,
Martin Künkler, Mitarbeiter im Büro Buntenbach

bleiben: Öffentliche Kinderbetreuung, Pflege- und Altenarbeit, soziokulturelle Stadtteilarbeit, politische oder berufliche Weiterbildung und vieles andere mehr. Aber auch im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, im Handwerk und im Produktionssektor läßt sich sinnvolle Beschäftigung nachweisen, wenn der ausschließliche Blickwinkel der Profitlogik verlassen und heute externalisierte und nicht berücksichtigte Folgekosten mitgerechnet werden: arbeitsintensive Reparaturen von Gebrauchsgütern statt vermeintlich billigerem Wegwerfen, Ausweitung von Recycling und Erhöhung der Zerlegungstiefe, um vermehrt Rohstoffe wieder der Produktion zuzuführen.

Aus ökologischer Sicht sind öffentliche Investitionsprogramme für eine Energie- und Verkehrswende längst überfällig. Unter diesen Bedingungen einer öffentlich induzierten Erhöhung der gesamten Nachfrage nach umweltverträglicheren Gütern und Systemen verliert die Gefahr der Substitution von vorhandenen Erwerbsarbeitsplätzen durch öffentlich verantwortete Beschäftigung ihre Brisanz und es erscheint naheliegend, einen Teil dieser Nachfrage für die Beschäftigung vormals Erwerbsloser im ÖVBS zu nutzen (siehe unten). Die Vergabe öffentlicher Aufträge beispielsweise im sozialen Mietwohnungsbau oder öffentlichen Nahverkehr sollte an die Bedingung gekoppelt werden, daß ein bestimmtes Arbeitsvolumen in Kooperation mit Betrieben des ÖVBS erbracht wird.

Dauerarbeitsplätze jenseits vom zweitklassigem Arbeitsmarkt ...

Aktive Arbeitsmarktpolitik nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) mit den zentralen Instrumenten Fortbil-

dung und Umschulung (FuU), Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und der „produktiven Arbeitsförderung“ in Form pauschalierter Lohnkostenzuschüsse (§ 249h, § 242s AFG) kann heute – wohlwollend formuliert – in bescheidenem Ausmaß Dequalifizierungsprozessen und der Zementierung der Ausgrenzung aus dem Erwerbsarbeitsmarkt entgegenwirken und im Einzelfall Brücken in den „ersten Arbeitsmarkt“ bauen. Die strukturelle Arbeitsplatzlücke von rund sieben Millionen fehlenden Erwerbsarbeitsplätzen wird jedoch nicht angegangen, so daß die „Brücken“ auch bei gedachter quantitativer und qualitativer Verbesserung der Maßnahmen allzu oft im Nichts enden (müssen), da der erste Arbeitsmarkt die zur Integration benötigten Erwerbsarbeitsplätze nicht hergibt.

Während die Befristung der Maßnahmen konstituierendes Prinzip der aktiven Arbeitsmarktpolitik darstellt, ist es erklärtes Ziel des ÖVBS, das Erwerbsarbeitsvolumen über die Einrichtung zusätzlicher Dauerarbeitsplätze (und somit ohne Befristungen) zu erweitern.

Auch mit dem neuen arbeitsmarktpolitischen Konzept der „Sozialen Betriebe“, das erstmals unter rot-grüner Regierungsverantwortung in Niedersachsen und mittlerweile (in Ansätzen) auch von anderen Bundesländern umgesetzt wird, wird das Prinzip der Befristung durchbrochen: Betriebe, die mindestens 50% unbefristete Erwerbsarbeitsplätze zu tariflichen Bedingungen für arbeitsmarktpolitische Ziel-

Wenn der ÖVBS als Instrument begriffen wird, das in erheblichem Umfang Beschäftigung herbeiführen soll, ist die Aufhebung der Orientierung auf Marktnischen dringend geboten.



Dienstleistung im gartenpflegerischen Bereich bei der GeDiRec Bottrop

gruppen (Langzeitarbeitslose bzw. von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohte) einrichten, erhalten eine degressiv gestaltete und befristete Förderung.

Ein ÖVBS in der hier vorgeschlagenen Form geht über das Konzept der „Sozialen Betriebe“ insofern hinaus, das der „Existenzgründungscharakter“ des Förderprogrammes nicht übernommen wird. Die degressive Förderung verpflichtet die Sozialen Betriebe, einen kontinuierlich steigenden Anteil ihrer Ausgaben selbst zu erwirtschaften; nach Auslaufen der Förderung nach fünf Jahren sollen sich die Betriebe eigenständig über die Vermarktung ihrer Produkte und Dienstleistungen finanzieren. Ein ÖVBS würde hingegen auch solche Tätigkeiten umfassen, die auch eingedenk einer befristeten Förderung nicht profitabel vermarktet werden können und als gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten auf Dauersubventionierung ergänzend zu den selbsterwirtschafteten Mitteln angewiesen sind. Erst recht, wenn der ÖVBS als Instrument begriffen wird, das in erheblichem Umfang (realistisch erscheint zunächst die Größenordnung von einer Million Erwerbsarbeitsplätze) Beschäftigung herbeiführen soll, ist die Aufhebung der Orientierung auf Marktnischen, in denen über eine Anschubfinanzierung rentable Beschäftigung entsteht, dringend geboten.

Die amtierende Bundesregierung hat in der Vergangenheit die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik mißbraucht, um die Geltung der Flächentarifverträge auszuhöhlen und zu unterlaufen. Neben der Kürzung

der Sozialleistungen, mit der der Zwang für Erwerbslose erhöht wird, zur Existenzsicherung (fast) jede Arbeit zu jeder Bedingung anzunehmen, und den verschärften Zumutbarkeitsregeln und Sanktionsinstrumenten im AFG und Sozialhilferecht, gehört die Einführung der „berücksichtigungsfähigen Bemessungsgrundlage“ in Höhe von 90%

des Arbeitsentgelts bei ABM und die untertarifliche Bezahlung als Voraussetzung für einen ungekürzten Zuschuß bei der produktiven Arbeitsförderung (§ 249h, § 242s AFG) zu den Instrumenten, mit denen untertarifliche Bezahlung und die Ausweitung eines Billiglohnsektors gesetzlich erzwungen werden sollen.

Öffentlich geförderte Beschäftigung muß tariflich abgesicherte, sozial- und arbeitsrechtliche normale Arbeit sein. Entsprechende Regelungen kommen im ÖVBS uneingeschränkt zur Geltung; sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und die Einhaltung der je nach Einsatzfeld der Betriebe des ÖVBS geltenden branchenspezifischen Tarifverträge ist als zwingende Voraussetzung für eine öffentliche Förderung vorzusehen.

... und öffentlichem Dienst

Da Marktmechanismen und die Bewegungsgesetze kapitalistischer Ökonomien offensichtlich weder Vollbeschäftigung noch eine ausreichende Versorgung aller mit notwendigen Gütern und Dienstleistungen sicherstellen, sondern vielmehr tendenziell Krisen und Arbeitsplatzvernichtung bedingen, können diese Zielsetzungen nur in öffentlicher Verantwortung erreicht werden. Öffentliche Verantwortung heißt jedoch nicht, daß die einzelnen Projekte des ÖVBS in staatlicher Regie durchgeführt werden müssen. Hier wird vielmehr vorgeschlagen, einen

ÖVBS jenseits der traditionellen Strukturen des öffentlichen Dienstes zu etablieren, um nicht höchst reformbedürftige Bürokratien und Hierarchien in einem neuen Sektor zu verfestigen. Die Bereitstellung finanzieller Mittel und deren Verteilung, die Verständigung über Aufgaben und Inhalte der Projekte sowie die Normierung von Standards der Arbeitsverhältnisse sind Aufgaben der öffentlichen Hand, die Projekte sind jedoch in Regie verschiedenster Träger und betrieblicher Eigentumsformen zu installieren. Insofern ist die Etablierung eines ÖVBS ein Experimentierfeld, indem die gemachten Erfahrungen jeweils eine Modifizierung der Strukturen und Rahmenseetzungen bedingen sollten.

Andererseits wird keine Aufgabenverlagerung aus dem öffentlichen Dienst, sondern ein Erschließen zusätzlicher Tätigkeitsfelder im ÖVBS angestrebt. Ein ÖVBS unterscheidet sich auch dadurch vom klassischen öffentlichen Dienst, daß die mit öffentlichen Mitteln und öffentlich organisierten neuen Erwerbsarbeitsplätze vor allem den heute auf dem Arbeitsmarkt benachteiligten bzw. völlig chancenlosen Gruppen zu gute kommen sollen.

Erwerbsarbeitsplätze für wen?

Um eine höhere Produktivität zu erreichen, ohne zeitlichen Qualifizierungsvorlauf qualifiziert Dienstleistungen und Güter zu „produzieren“ und den negativen Auswirkungen langanhaltender Erwerbslosigkeit entgegenzuwirken, ist eine heterogene Belegschaftsstruktur in den Betrieben des ÖVBS vorteilhaft. Mittels Quotenregelungen kann trotzdem sichergestellt werden, daß die neuen Arbeitsplätze sogenannten arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen zugute kommen und eine Bestenauslese vermieden wird. So ist z. B. ein Beschäftigtenanteil von mindestens 75% vormals Erwerbsloser und von 50% besonders am Arbeitsmarkt benachteiligten Gruppen (Langzeitarbeitslose, Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen oder ohne Berufsabschluß, ältere Arbeitslose u.a.) als zwingende Fördervoraussetzung denkbar. Mindestens die Hälfte der Stellen sind – nicht nur bezogen auf die Gesamt-Beschäftigtenzahl, sondern auch bezogen auf die jeweiligen Tätigkeitsfelder und Qualifikationsebenen – mit Frauen zu besetzen.

Die Beschäftigung im ÖVBS ist mit Qualifizierungselementen, die sich am Bedarf im Einzelfall orientieren, und Angeboten der sozialen Betreuung zu kombinieren. Entgegen einer vorgelagerten Qualifizierungsphase nach dem AFG hat eine berufliche Weiterbildung direkt im ÖVBS verbunden mit der dort ausgeübten Beschäftigung den Vorteil, Maßnahmen genauer auf die erforderlichen Qualifikationen hin ausrichten zu können. Qualifizierung und Angebote sozialer Betreuung sollten im ÖVBS je nach Betriebsgröße auch überbetrieblich organisiert sein und somit „im Zugriff“ eines regionalen Verbundes mehrerer Betriebe liegen.

Entsprechend der verschiedenen Aufgaben des ÖVBS – „nicht marktgängige“ Güter und Dienstleistungen anzubieten und vormals Erwerbslosen einen Dauerarbeitsplatz zu bieten – liegt eine zweigeteilte öffentliche Förderung nahe: Ein Förderanteil in Abhängigkeit von der Belegschaftsstruktur zur Kompensation der erhöhten Kosten für Qualifizierung und Betreuung und als Ausgleich für die vergleichsweise niedrigere Produktivität, der nach erfolgreich abgeschlossenen Maßnahmen reduziert wird, und ein von der Belegschaftsstruktur unabhängiger, nach Tätigkeitsfeldern differenzierter Förderbetrag als Dauersubvention.

Die Ausgestaltung des ÖVBS jedoch liegt unter Beteiligung der regionalen Arbeitsmarktakteure, von Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen in der Entscheidungskompetenz der Regionen.

Dezentrale Strukturen

Sinnvollerweise setzt ein ÖVBS auf der Ebene der Regionen an. Hier vor Ort können im Zusammenhang mit der Aufstellung regionaler Entwicklungspläne in Kenntnis der vorhandenen Qualifikationen der Erwerbslosen und der regionalen Wirtschaftsstruktur die politischen Entscheidungen zur Bestimmung der Tätigkeitsfelder der einzelnen Betriebe sachgerecht getroffen und über die Verteilung der finanziellen Mittel entschieden werden. Dies bedeutet im Vergleich zur Struktur der bestehenden Arbeitsmarktpolitik eine Regionalisierung der Entscheidungskompetenzen. Auf Bundesebene wären die Rahmenbedingungen für einen ÖVBS zu definieren, so z. B. allgemeinverbindliche Förderbedingungen wie die Einhaltung tariflicher Standards, Zielgruppen und Maßnahmen der Frauenförderung vorzugeben. Den rechtlichen Rahmen könnte ein neu zu schaffender Teil eines reformierten AFG bilden.

Die Ausgestaltung des ÖVBS jedoch liegt unter Beteiligung der regionalen Arbeitsmarktakteure, von Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen in der Entscheidungskompetenz der Regionen, also den Zusammenschlüssen der kommunalen Gebietskörperschaften, wobei eine über die repräsentative Demokratie hinausgehende Einflußmöglichkeit der BürgerInnen mittels Elementen direkter Demokratie verankert werden sollte. (Dazu sollten die Erfahrungen aus dem Programm „Jobs for a change“ des Greater London Council Mitte der achtziger Jahre in die Konzeption eines ÖVBS einfließen). Die notwendigen finanziellen Mittel zur Etablierung eines ÖVBS sind aus Steuermitteln des Bundes bereitzustellen, da auf Bundesebene die Handlungsmöglichkeiten bestehen, den vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum entsprechend umzuverteilen und für den ÖVBS nutzbar zu machen.

Umverteilung für öffentliche Beschäftigung

Gelingt mit der Etablierung eines ÖVBS eine deutliche Anhebung des Beschäftigungsniveaus, stehen den Kosten Refinanzierungspotentiale in erheblicher Größenordnung aufgrund reduzierter Ausgaben für Lohnersatzleistungen in der Arbeitslosenversicherung und Einsparungen bei der Sozialhilfe und Beitragsmehreinnahmen bei den Sozialversicherungen und Steuermehreinnahmen der öffentlichen Haushalte gegenüber. Für 1995 werden die gesamtfiskalischen Kosten der Erwerbslosigkeit auf 160 Milliarden DM geschätzt. Berechnungen zu den gesamtwirtschaftlichen Budgeteffekten von beispielsweise Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen weisen diesen eine Selbstfinanzierungsquote von ca. 70 % zu. Für eine gesamtwirtschaftliche Bilanzierung der Kosten eines ÖVBS wären zudem die Erlöse aus den erbrachten Dienstleistungen und verkauften Gütern zu berücksichtigen.

Aber auch unter Berücksichtigung der Refinanzierungsmöglichkeiten und Umschichtungen nach dem Motto „Arbeit statt Arbeitslosigkeit“ finanzieren“, wird zur Erreichung und Erhaltung der Vollbeschäftigung in der hochproduktiven Industrienation BRD mittels ÖVBS und anderer Reformprojekte ein dauerhaft höheres Niveau öffentlicher Ausgaben zur Beschäftigungsförderung notwendig sein. Dies macht eine Umverteilung des vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums unumgänglich. Es geht um eine Neuproportionierung der Reichtumsverteilung zu Lasten einer unproduktiven Geldvermögensbildung auf den privaten Konten weniger Reicher

und zugunsten öffentlicher Ausgaben, die Arbeitsplätze schaffen. Konkrete Instrumente sind beispielsweise die Annäherung der faktischen Besteuerung an die nominalen Steuersätze bei hohen Einkommen, eine verbesserte Erfassung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bei der Steuerbemessung, die Sicherstellung der vollen Besteuerung der Einkünfte aus Geldvermögen, eine Sonderabgabe auf große Geldvermögen („sozialer Lastenausgleich“) und eine effektiv höhere Besteuerung von Erbschaften und Vermögen allgemein unter Berücksichtigung entsprechender Freigrenzen für NormalverdienerInnen¹.

Die „alte“ Forderung fortschrittlicher Kräfte nach einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums erhält mit dem Abschöpfen finanzieller Ressourcen bei hohen Einkommenbeziehern und Vermögenden einen neuen Charakter: Neben den Anspruch der sozialen Gerechtigkeit, der angemessenen Teilhabe aller am Reichtum und der Überwindung von Armut tritt der Anspruch, „enteigneten“ im Sinne von privat angeeignetem Reichtum aus gesellschaftlicher Produktion, der als Spielgeld für Spekulationen an den Finanzmärkten dient, wieder der Realwirtschaft zuzuführen und gesellschaftlich nutzbringend einzusetzen.

Gesellschaftliche Gegenmacht

Realistisch betrachtet stehen die Durchsetzungschancen für einen öffentlich verantworteten Beschäftigungssektor zur Zeit nicht zum Besten. Dies liegt weniger in den vielfach noch offenen und zu klärenden Fragen des Konzeptes eines öffentlich verantworteten Beschäftigungssektors begründet, als vielmehr in den gegebenen Kräfteverhältnissen und der weitgehend anhaltenden neoliberal-konservativen Hegemonie in den öffentlichen Diskursen.

Entscheidend für diese öffentlichen Debatten wird sein, ob es gelingt, der Politik der Bundesregierung und der Arbeitgeber den Deckmantel des Sachzwangs zur Rettung des Standorts Deutschland und zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Interesse aller zu rauben. Die zugrundeliegende knallharte Interessenspolitik zugunsten der BezieherInnen von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen muß herausgearbeitet werden. Ihr müssen klare Alternativen entgegengesetzt und in die Gesellschaft hinein für solidarische Lösungsansätze geworben und mobilisiert werden. Es gilt deutlich zu machen, daß es bei den aktuellen Konflikten wie z.B. um das „Sparpaket“ der Bundesregierung nicht um finanzielle Möglichkeiten geht, sondern um eine grundlegende Richtungsentscheidung: Sozialdarwinismus oder Solidarität.

Anmerkung:

¹ Ausführlichere Konzepte neueren Datums zum Thema Umverteilung: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 1996, Köln 1996; Schui, Herbert/Spoo, Eckart (Hg.): Geld ist genug da, Heilbronn 1996; Büro Buntenbach: Solidarität statt Ausgrenzung, (Broschüre), Juni 1996.

Gesamtwirtschaftliche Berechnungen weisen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Selbstfinanzierungsquote von ca. 70% zu. Für den ÖVBS wären zudem die Erlöse aus den erbrachten Dienstleistungen und verkauften Gütern zu berücksichtigen.

Arbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft

von Harald Werner *

Immer häufiger taucht in Veröffentlichungen oder auf Kongressen die Forderung nach einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor auf, so zum Beispiel im Memo '96 der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ und bei der Crossover-Konferenz (vgl. spw 2/96, insb. S. 23-29, Anm. d. Red.). Die PDS bereitet zur Zeit eine Bundstagsinitiative vor, hinter der sich allerdings mehr verbirgt, als nur ein Instrument der Arbeitsmarktpolitik.

Die Idee ist relativ einfach, wird aber gerade deshalb nur zu leicht mit klassischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, wie etwa dem zweiten Arbeitsmarkt oder sogar einer Art

neuem Arbeitsdienst verwechselt. Zumindest die PDS-Vorschläge zielen dagegen auf einen völlig neuen Beschäftigungssektor, der zwischen staatlicher und privater Nachfrage angesiedelt ist und einen neuen gemeinwirtschaftlichen Sektor begründen soll. Seine Konzentration auf soziale, kulturelle und ökologische Gemeinschaftsaufgaben wird von der PDS als Beitrag zu einem sozialen und ökologischen Reformprojekt verstanden, in dem sich mehrere Ziele verbinden.

Das wichtigste darunter, der Umbau des gesellschaftlichen Arbeitssystems, worunter hauptsächlich eine Umverteilung des gesellschaftlichen Arbeitskräftepotentials auf die Reproduktion der sozialen und ökologischen Lebensbedingungen verstanden wird.

Ein Umbau des gesellschaftlichen Arbeitssystems

Die bestehende Massenarbeitslosigkeit hat überwiegend keine konjunkturellen Ursachen und ist auch nicht allein mit dem Strukturwandel der gewerblichen Wirtschaft erklärbar. Der eigentliche Grund ist der rapide Rückgang des Bedarfs an warenproduzierender Arbeit, der weder durch beschleunigtes Wachstum, noch durch eine drastische Verringerung der tariflichen Arbeitszeit ausgeglichen werden kann. Wachstum in einer Größenordnung, die Millionen neuer Arbeitsplätze schafft, ist weder ökonomisch denkbar noch ökologisch wünschbar, und Arbeitszeitverkürzungen greifen viel zu langsam oder werden von der unaufhaltsamen Steigerung der Arbeitsproduktivität schnell wieder aufgezehrt.

Gleichzeitig mangelt es unserer Gesellschaft nicht an Arbeit, wohl aber Geld, sie zu bezahlen. Während immer we-

niger Arbeit notwendig ist, um die über den Markt zu beziehenden Güter und Dienstleistungen bereitzustellen, bleibt immer mehr Arbeit zur Sicherung der sozialen, ökologischen und kulturellen Lebensbedingungen ungetan. Zur Befriedigung dieser Bedürfnisse ist der Markt völlig unfähig, weil es an kauffähiger Nachfrage mangelt. Denn in der Regel handelt es sich hier um Aufgabenfelder, die den Rentabilitätsanforderungen privater Kapitalverwertung nicht gerecht werden können.

Was die ökologischen Probleme betrifft, so bestreitet niemand mehr, daß hier ein gewaltiger Arbeitseinsatz notwendig ist, um Altlasten zu beseitigen, Naturkreisläufe zu reproduzieren oder Ressourcen zu sichern. Gleiches gilt jedoch auch für die sozialen Strukturen der Gesellschaft. Auch sie wurden durch die einseitig am wachsenden Profit orientierte Wirtschaftsordnung so sehr in Mitleidenschaft gezogen, daß bei ihnen, wie im Falle der natürlichen Lebensbedingungen, von einer ernsthaften Reproduktionskrise gesprochen werden kann. Für große Teile der Bevölkerung in den Trabantenstädten, aber gerade auch im unterentwickelten ländlichen Raum, mangelt es an sozialen und kulturellen Diensten. Im Grunde genommen würde der schnelle soziale Wandel und die in seiner Folge auftretenden Probleme eine Ausweitung sozialer und kultureller Dienstleistungen notwendig machen. Statt dessen werden Freizeiteinrichtungen geschlossen, Beratungsstellen gestrichen und kulturelle Angebote abgebaut. Im öffentlichen Dienst wurden alleine 1993 rund 165.000 Stellen gestrichen.

Natürlich wird es in Zukunft darauf ankommen, durch eine grundlegende Steuerreform die Gebietskörperschaften aus der Schuldenfalle zu befreien und den öffentlichen Dienst sowohl zu reformieren, als auch auszubauen. Doch gleichzeitig gibt es gute Gründe, den Umbau des gesellschaftlichen Arbeitssystems nicht auf eine Ausweitung des öffentlichen Dienstes zu beschränken.

Gründe für einen neuen gemeinwirtschaftlichen Sektor

Bei den gegenwärtigen Reformen des öffentlichen Dienstes geht es, wenn man einmal von der aus nackter Finanznot betriebenen Privatisierung absieht, in erster Linie um den Abbau überflüssiger Hierarchien und um die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit bestimmter Dienstleistungsbereiche. Wobei man davon ausgeht, daß Bürokratisierung und Kostenexplosion um so größer sind, je weniger Einfluß die Beschäftigten eines öffentlichen Dienstleistungsbereichs sowohl auf die Kostengestaltung, als auch auf die Verbesserung des Angebots haben. Verantwortungsbewußtsein entsteht nur dort, wo man auch Verantwortung hat.

Angesichts dieser Einsichten und manch guter Erfahrung, die damit gemacht wurde, daß etwa die Leitung eines städtischen Bäderbetriebes wesentlich rationeller arbeitet, wenn sie nicht in eine aufgeblähte Hierarchie eingebunden ist, sondern selbständig im Rahmen der vorgegebenen Finanzzuweisungen handelt, spricht eigentlich alles dafür, den öffentlichen Dienst zu entflechten und Bürokratie zu dezentralisieren. Doch wie es die herrschende marktradikale Strategie will, wird der öffentliche Dienst in seinen Kernbereichen ausgedünnt und die möglicherweise profitablen Dienste werden privatisiert.

Nun muß eine Gegenstrategie keinesfalls dabei stehenbleiben, den öffentlichen Dienst zu verteidigen. Es wird nämlich häufig übersehen, daß es nicht nur private und öffentliche Arbeitgeber gibt, sondern zwischen diesen beiden GroBanbietern breitet sich auf dem Arbeitsmarkt ein Netzwerk an selbstorganisierten Projekten aus, das jetzt schon

* Harald Werner, Sozialwissenschaftler, Bremen, Mitglied des PDS-Parteivorstands

einige Hunderttausend Menschen beschäftigt und vielfältige soziale oder kulturelle Dienste anbietet, die ursprünglich in das Aufgabengebiet von Gebietskörperschaften gehören.

Doch die große Bedeutung, die solche Projekte häufig für die soziale Infrastruktur einer Kommune oder Region haben, steht in einem krassen Mißverhältnis zu ihrer rechtlichen und finanziellen Absicherung. Überwiegend handelt es sich um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die nicht für eine bestimmte Aufgabe finanziert werden, sondern für die befristete Beschäftigung Arbeitsloser. Häufiger Personalwechsel sowie zeitraubende Beantragungs- und Abrechnungsverfahren nehmen den Projekten ihre Kontinuität und schränken ihre Wirksamkeit ein. Würden die Projekte einen Pauschalhaushalt für den beantragten Zweck und einen angemessenen Zeitraum erhalten, könnte sich ein neuer gemeinwirtschaftlicher Sektor entfalten, der nicht nur neue Arbeitsplätze anbietet, sondern gleichzeitig die durch den Markt nicht zu reproduzierenden natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen der Gesellschaft sichert.

Die Erfahrungen mit selbstorganisierten Sozialdiensten, Beratungsstellen und Nachbarschaftseinrichtungen haben gezeigt, daß solche basisnahen Projekte, die meistens aus sozialen oder politischen Bewegungen entstehen, wesentlich näher an den alltäglichen Problemen sind als jede staatliche Verwaltung. Und sie sind für das Gemeinwesen nützlicher als private Dienstleister, die trotz aller guten Vorsätze bei Strafe ihres Bankrotts gezwungen sind, zunächst das eingesetzte Kapital zu verwerten. Wo private Dienstleister von der Rendite abhängen und staatliche Einrichtungen von den Machterhaltungsstrategien der jeweils regierenden Partei, leben selbstorganisierte Projekte von der Akzeptanz ihres sozialen Umfeldes. Denn das Einzige, was sie bei der Mittelbeantragung außer guten Ideen anzubieten haben, ist öffentliches Interesse. Damit sind solche Projekte auf demokratische Basisbewegungen angewiesen und fördern, neben ihren nützlichen Diensten, auch noch die Politisierung ihres Umfeldes und die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Eine andere Form von Rentabilität

Nicht alles, was Rendite bringt, ist für die Gesellschaft auch rentabel, und auf der anderen Seite würde jede Gesellschaft zugrunde gehen, in der alle nur das tun, was sich für sie unmittelbar rentiert. Die Bereitstellung gesellschaftlichen Reichtums, oder anders ausgedrückt, die Umverteilung von Mehrprodukt aus der gewerblichen Warenproduktion zur Erledigung nicht profitträchtiger Arbeiten, kann für die Gesamtgesellschaft höchst rentabel sein, wenn damit ihre Überlebensfähigkeit erhöht wird. Mißt man den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor an diesem Anspruch, dann handelt es sich bei den notwendigen Transferleistungen nicht um verlorene Zuschüsse, sondern um Zukunftsinvestitionen.

Dennoch muß damit gerechnet werden, daß die Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor jährlich etwa 60 Milliarden DM kostet. Allerdings kosten knapp vier Millionen Arbeitslose im Jahr gegenwärtig 165 Milliarden DM. Und zwar ohne daß sich diese Zahlungen in gesellschaftlich nützlicher Arbeit niederschlagen. Sie treiben lediglich die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung in die Höhe und steigern die Lohnnebenkosten der Unternehmen. Die „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ hat für ihr jüngstes Memorandum errechnet, daß sich 80 Prozent und mehr der für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor notwendigen Mittel selbst finanzieren, weil einerseits Lohnersatzleistungen für die jetzt Arbeitslosen hinfällig werden und andererseits die neu in Arbeit gekommenen Arbeitslosen danach selbst Beiträge leisten.

So gesehen wäre ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor aus drei Gründen eine höchst rentable Angele-

Würden die Projekte einen Pauschalhaushalt für den beantragten Zweck und einen angemessenen Zeitraum erhalten, könnte sich ein neuer gemeinwirtschaftlicher Sektor entfalten, der die natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen der Gesellschaft sichert.



Altpapiersammlung bei der GeDiRec Bottrop

genheit. Erstens finanziert er gesellschaftlich notwendige Arbeiten zum übergroßen Teil durch Einsparungen an Arbeitslosengeld, Arbeitslosen- sowie Sozialhilfe. Zweitens produzieren die in ihm Beschäftigten soziale, kulturelle und ökologische Dienste, die die gesellschaftliche Produktivität erhöhen. Und drittens werden die nicht unerheblichen Kosten gesenkt, die eine Gesellschaft zu tragen hat, die sich auf Dauer mit den Folgen von Arbeitslosigkeit und Armut herumzuschlagen hat.

Wie finanzieren und wie organisieren?

Auch wenn sich der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor nicht nur langfristig, sondern auch kurzfristig rechnet, muß zunächst eine Anschubfinanzierung gesichert werden. Die Initiative der PDS-Bundestagsgruppe schlägt zur Finanzierung zwei Wege vor. Zum einen sollen alle Erwerbspersonen mit einer Arbeitsmarktabgabe einen Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit leisten. Zum anderen sollen die Arbeitgeber ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nicht mehr nach der Lohnsumme entrichten, sondern nach dem Bruttoertrag des Unternehmens. Das würde

die Beitragslast der arbeitsintensiven Betriebe senken und könnte dennoch zu Mehreinnahmen führen, wenn ein Brechnungskoeffizient angesetzt wird, der den Großen mehr nimmt, als den Kleinen erlassen wird.

Die organisatorische Lösung stützt sich auf die Erfahrungen, die in der BRD einerseits mit föderativen Strukturen und andererseits mit selbstverwalteten Körperschaften des öffentlichen Rechts – wie den Sozialversicherungsträgern – gemacht wurden. Es sollte deshalb ein „Fond für soziale und ökologische Gemeinschaftsaufgaben“ geschaffen werden, der an die Bundesanstalt für Arbeit angegliedert ist und wie diese föderal gegliedert wird. Auf allen Ebenen müßten Selbstverwaltungsorgane gewählt werden, die in ihrer Zusammensetzung die betroffenen Gruppen und Institutionen widerspiegeln

Auf der Bundesebene des Fonds sollten Grundsatzentscheidungen über Förderprioritäten fallen, in den Ländern Entscheidungen über die am meisten förderungswürdigen Regionen und in den Regionen selbst sollte entschieden werden, welche Projekte förderungswürdig sind. Wobei, im Gegensatz zum sogenannten zweiten Arbeitsmarktes, die

Projekte Globalmittel erhalten sollten, eine eigene Personalpolitik entwickeln können und auch im Wettbewerb zu anderen Anbietern stehen würden. Für die Projekte sollten die gleichen tariflichen und arbeitsrechtlichen Bedingungen gelten, wie für den öffentlichen Dienst, außer daß sie im Unterschied zu diesem in den Bereich des Betriebsverfassungsgesetzes fallen.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied zum zweiten Arbeitsmarkt sollte darin bestehen, daß auf den verschiedenen Ebenen des Fonds nicht nur über Schwerpunktaufgaben entschieden wird, sondern auch auf eine ausgewogene Projektstruktur geachtet wird und ein Netz von Beratungs- und Qualifizierungsangeboten aufgebaut wird, das die Professionalität der Projekte sichern hilft.

Perspektiven und Grenzen

Wie jedes gesellschaftliche Reformprojekt eröffnet der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor neue Perspektiven und stößt auch an Grenzen des Systems, in dem es begonnen wird. Die entscheidende Grenze wird sein, daß der neue Beschäftigungssektor keine ausreichende Antwort auf die Beschäftigungskrise ist. Mit ihm lassen sich nicht alle Probleme der Massenarbeitslosigkeit oder des sozialen und ökologischen Umbaus der Gesellschaft lösen, sondern er ist ein Entwicklungspfad unter anderen. Und schließlich muß gesagt werden, daß gerade die strukturellen Probleme der neuen Länder nicht damit gelöst werden können, daß alle Arbeitslosen in Sozialarbeiter oder berufstätige Umweltschützer verwandelt werden. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor kann hier weder Industriepolitik noch Mittelstandsförderung ersetzen, aber er kann sie unterstützen.

4. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS

ZeitStrukturen

Mehr Zeit zum Leben – Entwürfe zur Neuverteilung der Arbeitszeit

7. und 8. September 1996 – Duisburg-Rheinhausen, Rheinhausen Halle

Sonnabend, 7. September,
10.00 Uhr

Grüßwort, *Pfarrer Dieter Kelp*

Strategische Bedeutung des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung,
Jörg Huffschild

Arbeitszeitverkürzung als Beschäftigungspolitik,
Steffen Lehndorff

Arbeitszeitverkürzung als Gesellschaftspolitik, *Gisela Kessler*

14.30 – 18.30 Uhr, Arbeitsgruppen

Sonntag, 8. September, 10.00 – 13.00 Uhr

Podiumsdiskussion: Der Streit um die Arbeitszeit – Abwehrkampf
oder Chance für eine neue Runde gewerkschaftlicher Kämpfe?



Anmeldung:

PDS Parteivorstand, Gewerkschaftspolitik,
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon 030/24 00 96 73, Fax 030/24 00 93 10

Partei des Demokratischen Sozialismus, Parteivorstand, Bundestagsgruppe der PDS

Seit September 1991 gibt es in Niedersachsen das Programm "Soziale Betriebe". In weiteren sieben Bundesländern sind in Anlehnung an Niedersachsen ähnliche Programme auf den Weg gebracht worden¹. "Soziale Betriebe" unterscheiden sich durch drei Merkmale von traditioneller Arbeitsmarktpolitik. Zum einen wird von "Sozialen Betrieben" eine doppelte Zielstellung verlangt: Sie sollen einerseits besondere Zielgruppen des Arbeitsmarktes, nämlich Langzeitarbeitslose und Schwer- bzw. Schwerstvermittelbare beschäftigen und andererseits sich durch die Erzielung von Einnahmen dauerhaft ohne Zuschüsse am Markt etablieren. Zum anderen haben "Soziale Betriebe" die Möglichkeit, längerfristig zu planen, da sie zumeist zwischen drei bis fünf Jahren degressiv gefördert werden.

Im folgenden soll nun aufgezeigt werden, wie sich das Programm in Niedersachsen in der Praxis entwickelt hat und welche Schwierigkeiten, aber auch Zukunftsperspektiven als dauerhafter Ansatz für öffentlich geförderte Betriebe oder Betriebe "neuer Gemeinwirtschaft" bestehen.

Soziale Betriebe in Niedersachsen

Das Programm "Soziale Betriebe" ist von der damaligen rot-grünen Landesregierung konzipiert worden, um die traditionelle aktive Arbeitsmarktpolitik zu ergänzen. Ausgangsüberlegung war, daß "weder Wirtschaftswachstum noch die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik (...) den Arbeitsmarkt wieder in ein Gleichgewicht"² bringen. Dabei werde dauerhaft insbesondere die Gruppe der Langzeitarbeitslosen und Schwervermittelbaren vom regulären Arbeitsmarkt verdrängt. Um diese Personengruppen wieder erfolgreich zu reintegrieren, "müssen mehr Dauerarbeitsplätze im regulären (...) Arbeitsmarkt geschaffen werden"³. Genau dies soll mit dem Konzept "Soziale Betriebe" erreicht werden.

Vorrangige Zielsetzung ist dabei die Reintegration von Langzeitarbeitslosen in reguläre sozialversicherungspflichtige Dauerarbeitsplätze. Nach einer Anlauffinanzierung sollen zusätzliche, unbefristete und subventionsunabhängige Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose geschaffen werden. Laut der entsprechenden Richtlinien sollen Langzeitarbeitslose und Schwervermittelbare beruflich qualifiziert, sozial stabilisiert und beschäftigt werden. Dabei müssen mindestens 50% der Beschäftigten unbefristet beschäftigt werden.

Neben der sozialen Zielsetzung unterliegen "Soziale Betriebe" genau definierten wirtschaftlichen Anforderungen. So wurde zunächst festgelegt, daß "Soziale Betriebe" ihre Ausgaben soweit wie möglich selbst erwirtschaften sollen. Konkret heißt dies, daß in der ersten dreijährigen Förderphase durchschnittlich 30% der zuwendungsfähigen Ausgaben⁴ selbst erwirtschaftet werden müssen. Am Ende der drei Jahre muß die sogenannte Wertschöpfungsquote⁵ 45% der zuwendungsfähigen Ausgaben erreicht haben, um die zweite Förderphase (viertes und fünftes Jahr) zu erlangen. Danach sollen sich die Betriebe zu 100% selbst finanzieren. Dies bedeutet für die Betriebe, daß sie erfolgreich am Markt operieren müssen, wenn sie dauerhaft bestehen wollen.

Finanziert werden die Kosten der "Sozialen Betriebe" bei Einhaltung und Überprüfung der oben genannten Zielsetzungen aus Fördermitteln der Europäischen Sozialfonds, die durch das Land Niedersachsen kofinanziert werden. Unterdessen wird von einem Prinzip der TeilnehmerInnenstunden ausgegangen. Die Bemessungsgrenze

Soziale Betriebe – Beschäftigungsförderung oder mehr?

von Ulf Trombach*

für die Förderung beträgt für jede beschäftigte Person insgesamt 39,- DM pro Stunde bis höchstens 1.800 Stunden im Jahr. Die Obergrenzen betragen dabei pro Beschäftigten und Stunde für das Ausbildungspersonal 6,00 DM, die Einkommen der Beschäftigten 22,50 DM, die Ausgaben für Verbrauchsgüter 7,80 DM, und für indirekte Ausgaben 2,70 DM.

Jede Unternehmensform ist möglich und es gibt keine Beschränkung auf Kriterien wie bei ABM (Zusätzlichkeit, Gemeinnützigkeit usw.). Die Zuschüsse werden gewährt, da von der Grundannahme ausgegangen wird, daß die Produktivität von längerfristig Arbeitslosen zunächst geringer ist und im Laufe einer dauerhaften Beschäftigung in dem Maße gesteigert werden kann, daß die Zahlung von Zuschüssen degressiv verlaufen kann. Zur Beratung und Information von "Sozialen Betrieben" in Niedersachsen ist eine eigens mit dem Programm geschaffene Landesberatungsgesellschaft (LaBIB) tätig, die aus Mitteln des Sozial- und Frauenministeriums gefördert wird.

In der Praxis existieren heute 77 Betriebe mit ca. 1500 Mitarbeitern, die in allen Wirtschaftszweigen tätig sind. Bei den meisten Betrieben handelt es sich um kleinere Mittelbetriebe. Dreiviertel aller Arbeitsplätze sind unbefristet und 36% aller Beschäftigten sind Frauen, wobei 14% der Betriebe reine Frauenbetriebe sind. Der derzeitige Eigenfinanzierungsanteil liegt bei ca. 39%. Geplant ist nach Willen des Niedersächsischen Landtages die Gründung von 100 Betrieben mit ca. 2000 Beschäftigten. Die Zahl der Betriebe soll auf diesem Niveau dann entsprechend gehalten werden. Ausgehend von den ca. 126.000 Langzeitarbeitslosen in Niedersachsen (Zahl von 1994) würden so für 1,5% der Zielgruppe dauerhaft Arbeitsplätze entstehen.

Bewertung und Schwierigkeiten des Programmes

Insgesamt ist davon auszugehen, daß "Soziale Betriebe" ihre sozialen Zielsetzungen erreichen. So sind nach Angaben der Begleituntersuchung (April 1996) "gut die Hälfte der in Sozialen Betrieben beschäftigten Zielgruppen älter als 40 Jahre, ein Fünftel ist älter als 55 Jahre. 28% der Beschäftigten waren länger als drei Jahre erwerbslos, 11% sind AusländerInnen. 23% der Beschäftigten sind schwerbehindert. 28% arbeiten auf Teilzeit-

Sie sollen besondere Zielgruppen des Arbeitsmarktes beschäftigen und sich andererseits durch die Erzielung von Einnahmen dauerhaft ohne Zuschüsse am Markt etablieren.

* Ulf Trombach, Hildesheim, Betriebsleiter eines niedersächsischen "Sozialen Betriebes"

stellen. 53% der Zielgruppe haben keinen Berufsabschluß, 26% waren vorher im Sozialhilfebezug⁶. Daß die Zielgruppen erreicht werden, dürfte bei den Fördervoraussetzungen kaum verwundern. Die Probleme für "Soziale Betriebe" in Niedersachsen liegen viel eher im betriebswirtschaftlichen und überfrachteten bürokratischen Bereich. So haben von den 30 im Jahre 1992 bewilligten Betrieben nur 35% das Ziel einer Wertschöpfungsquote von 45% erreicht. 45% der Betriebe bekamen zunächst eine Förderung für das vierte Förderjahr nur unter Auflagen bewilligt. Der Rest schied aus dem Programm aus.

Dies macht deutlich, daß das ehrgeizige Ziel, eine vollständige Marktintegration mit benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes ohne öffentliche Zuschüsse zu erlangen, außerordentlich schwierig zu verwirklichen ist. Dies liegt zum einen daran, daß viele Betriebe aus den Bereich der Beschäftigungsinitiativen heraus entstanden sind, die sich in der Vergangenheit (wie zumeist in Förderprogrammen gefordert) einseitig nach fördertechnischen Aspekten ausgerichtet haben. Gleichzeitig fehlte entweder betriebswirtschaftliches Know-how oder dieser Aspekt des Programmes wurde schlicht unterschätzt. Allerdings zeigt sich auch ein enormes Gefälle zwischen relativ erfolgreichen Betrieben, die Marktnischen erobern und sogar ihre Belegschaft erweitern konnten und Betrieben, deren Kapazitäten wenig ausgenutzt wurde und die zur Sicherstellung weiterer Förderung bzw. wirtschaftlichen Erfolges sogar Personalabbau betreiben mußten.

Nun darf hierbei nicht vergessen werden, daß es sich um ein neues innovatives Programm handelt, wo viele gewohnte Aspekte von den Akteuren im Bereich Beschäftigungsförderung erst über Bord geworfen werden mußten. Wie bei gleichbleibend eher niedrigen Wertschöpfungsquoten die Betriebe nach Ablauf der Förderperiode

– trotz verstärkter betriebswirtschaftlicher Orientierung – bestehen sollen, ist allerdings noch eine offene Frage. Zwar wird um Lösungen gerungen und die Diskussion ist vollem Gange, es ist aller-

dings zu vermuten, daß mit Blick auf die erfolgreiche soziale Zielstellung, sowie auf fehlende Haushaltsmittel des Landes nur unzureichende Regelungen getroffen werden.

Nun ist es bei der enorm ehrgeizigen Zielsetzung sicherlich nicht vernünftig, Betriebe, die von der Verwirklichung einer vollständigen Selbstfinanzierung weit entfernt sind, dauerhaft auf hohem Niveau zu subventionieren. Genausowenig sollten Betriebe ohne Unterstützung aus dem Programm ausscheiden, die die geforderten wirtschaftlichen Ziele nahezu erfüllen, um dann über kurz oder lang in Konkurs zu gehen. Hier müßte dem Umstand stärker Rechnung getragen werden, daß es nicht realisierbar ist, mit den oben beschriebenen Zielgruppen (den Beschäftigten in "Sozialen Betrieben") die gleiche Leistungsfähigkeit zu erreichen, die ein "normaler" Wirtschaftsbetrieb erbringt.

Um den Spagat zwischen sozialen und wirtschaftlichen Zielen dauerhaft zu bestehen, müssen allerdings die ständig kritisierten Probleme im Zuschnitt des Programmes gelöst werden:

So ist einerseits der Verwaltungsaufwand enorm hoch. Da "Soziale Betriebe" auf der Grundlage des Zu-

wendungsrechts gefördert werden, müssen quartalsweise sowohl alle wirtschaftlichen Daten als auch Arbeits- und Qualifizierungszeiten detailliert nachgewiesen werden. Dabei besteht insbesondere das Problem, daß aufgrund der Marktorientierung neben den Verwendungsnachweisen für die öffentlichen Gelder im Sinne der Haushaltsordnung noch gleichzeitig intern eine betriebswirtschaftliche Buchführung notwendig ist. Dies erhöht enorm den Verwaltungsaufwand und erfordert zur Bewältigung der Anforderungen insgesamt einen zu großen Overheadbereich.

Der zweite sich ständig in der Diskussion befindliche Punkt betrifft die Rücklagenbildung. Da die öffentlichen Zuwendungen als nachrangig gelten, werden alle Mittel herangezogen, die die geforderten Wertschöpfungsquoten zur Eigenfinanzierung der Betriebe überschreiten. Allerdings ist es durch gesonderte Anträge möglich, sogenannte Mehrerlöse in den Betrieb zu investieren. Dadurch wird aber nicht das Problem gelöst, daß bei abnehmenden öffentlichen Zuwendungen zunehmend Liquiditätsprobleme entstehen, die durch Rücklagen ausgeglichen werden könnten. Würden die Einnahmen, die über den geforderten Eigenfinanzierungsanteilen liegen, in den Betrieben wenigstens zum Teil verbleiben, könnten unter Umständen drohende Personalreduzierungen umgangen werden und Konkurse größerer Art vermieden werden.

Soziale Betriebe – Ansatzpunkt für einen öffentlich geförderten gemeinwirtschaftlichen Sektor

Das Programm "Soziale Betriebe" stellt – trotz der geschilderten Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Zielsetzung – die bisher weitreichendste Maßnahme im Bereich aktiver Arbeitsmarktpolitik dar. Dies zeigt sich unter anderem auch daran, daß dieses Programm in unterschiedlichen Varianten in anderen Bundesländern umgesetzt wird oder werden soll. Trotz unterschiedlicher Förderarten und -höhen haben alle Programme eine Gemeinsamkeit: die Förderung verläuft degressiv und die Betriebe sollen nach Ablauf der Förderperiode eigenständig bestehen können. Dies bedeutet, daß der Spagat zwischen wirtschaftlichen und sozialen Zielen in allen Programmen der verschiedenen Bundesländer derselbe ist.

Zur Etablierung eines Sektors mit dauerhaft öffentlich geförderten Arbeitsplätzen in "Sozialen Betrieben" oder *gemeinwirtschaftlichen Betrieben*, die eine Größenordnung erreichen, daß mehr als den beschriebenen 1,5% Langzeitarbeitslosen ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis geboten werden kann, sind "Soziale Betriebe" allerdings nur als Zwischenstation mit experimentellem Charakter zu verstehen. Hierzu bedarf es weitaus größerer finanzieller Anstrengungen und einer veränderten Förderbasis. Dazu zählen meines Erachtens folgende Punkte:

- "Soziale Betriebe" sollten in allen Wirtschaftssektoren tätig sein. Dabei darf es allerdings nicht nur um eine "Marktnischenvariante" gehen. "Soziale Betriebe" bzw. gemeinwirtschaftliche Betriebe sollten in allen Bereichen tätig werden, die nicht unbedingt die Gewinnerwartungen von privaten Unternehmungen versprechen, aber ein Höchstmaß an Eigenfinanzierung erbringen können. Dabei sollten insbesondere alle im Zuge kommunaler Privatisierungen stattfindenden Auslagerungen kommunaler Aufgaben wie z. B. der Abfallwirtschaft überprüft werden, ob sie nicht durch "Sozialen Betrieben" übernommen werden können. Dies funktioniert aber nur,

Die Probleme für „Soziale Betriebe“ liegen viel eher im betriebswirtschaftlichen und überfrachteten bürokratischen Bereich.

wenn nicht die Filetstücke, die gute Umsätze versprechen, an private Wirtschaftsbetriebe vergeben werden und der kaum lukrative Rest für "Soziale Betriebe" verbleibt.

- "Soziale Betriebe", die eben auch eine wirtschaftliche Zielsetzung verfolgen, sollten weiterhin eine deutlich soziale Zielsetzung verfolgen. Allerdings ist eine ausschließliche Beschränkung auf Langzeitarbeitslose und Schwerstvermittelbare kontraproduktiv. Eine Quotenregelung wie sie seit vergangenem Jahr in Niedersachsen gilt – 70% der Beschäftigten müssen mindestens ein Jahr oder länger arbeitslos sein – führt zu verbesserter Produktivität der Betriebe und zu verbessertem Know-how innerhalb der Belegschaften.

- Wenn "Soziale bzw. gemeinwirtschaftliche Betriebe" soziale und wirtschaftliche Ziele verfolgen sollen, stellt sich die Frage, warum die bestehenden Programme für "Soziale Betriebe" ausschließlich unter Federführung der Sozialministerien stattfinden sollen. Sinnvoller wäre eine Verzahnung von Wirtschafts- und Sozialpolitik, also eine Koordinierung entsprechender Programme durch Sozial- und Wirtschaftsministerien. Dadurch könnten auch Überlegungen zum Zuge kommen, die Förderung, die von Seiten der öffentlichen Haushalte kommt, zu entbürokratisieren und einen ganzen Katalog an Fördermöglichkeiten, von der Subvention über das Darlehen bis zu Zuwendungen, bereitzustellen. Damit könnten auch wirtschaftspolitische Ziele mit der Etablierung von "Sozialen Betrieben" verfolgt werden, die insbesondere den Bereich der regionalen Strukturpolitik betreffen.

- Im Sinne einer wirklichen Entwicklung eines gesamten Sektors mit "Sozialen bzw. gemeinwirtschaftlichen Betrieben" müßten einerseits die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit stärker auf die "aktive Arbeitsmarktpolitik" und die Einrichtung von Dauerarbeitsplätzen orientiert werden. Andererseits müssen in den Regionen die Kommunen mit ihren Möglichkeiten zur Beschäftigungsförderung von Sozialhilfeempfängern hinzukommen.

- Die Möglichkeiten von Förderungen durch verschiedenen Stellen sind auch heute schon gegeben und werden von Trägern "Sozialer Betriebe" auch genutzt. Es bleibt aber der Bemühung der Träger solcher Maßnahmen überlassen, wie und woher er die Mittel erwirbt. Sinnvoller erscheint – wenn "soziale Betriebe" mehr als nur Vorzeigemaßnahmen sein wollen – die Entwicklung einer "konzertierten Aktion" im Bereich Beschäftigungsförderung, beispielsweise durch die Gründung von Trägergesellschaften in den einzelnen Bundesländern. Gesellschafter sollten dabei neben den Zuschußgebern auch die Träger der Betriebe sowie gegebenenfalls auch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sein. Aufgaben einer Trägergesellschaft wären die Verwaltung und Verteilung der Mittel, die im Sinne eines Pools angelegt werden müßten. Dies bezieht sich nicht nur auf finanzielle Mittel. Es sollten analog zu den in zahlreichen Bundesländern bestehenden Beratungsgesellschaften Pools auch für die Qualifizierung und soziale Beratung der Beschäftigten in "Sozialen Betrieben" gebildet werden. Damit würden einerseits "Soziale Betriebe" von Overheadkosten für Sozialpädagogen oder Lehrpersonal befreit, andererseits wäre ein effektiverer Einsatz eben dieses Personals möglich. Die Pools könnten auch durch die Mehreinnahmen der einzelnen Betriebe gespeist werden. Umsatzstärkere könnten die umsatzschwächeren Betriebe stützen, eine Reduzierung ständig steigender öffentlicher Mittel wäre möglich.

- Von den Anforderungen her könnten die Richtlinien der bereits realisierten Programme als Grundlage dienen. Der Anreiz wirtschaftlich erfolgreich zu operieren, läge im Verbleib der Mittel, die über die Vorgaben hinaus erwirtschaftet werden, im Sektor "Sozialer bzw. gemeinwirtschaftlicher Betriebe".

Dies stellt meines Erachtens nur einen Gedanken dar, der aus den Schwierigkeiten, die in der Praxis von bestehenden "Sozialen Betrieben" entstehen, heraus und einen Schritt in Richtung eines dauerhaft öffentlich geförderten Sektors mit "sozialen" oder "gemeinwirtschaftlichen Betrieben" führen könnte. Notwendig ist aber mehr als nur die Formulierung von Gedanken. Eine politische und gesellschaftliche Diskussion über die Fortentwicklung solcher Ansatzpunkte, wie des Programms "Soziale Betriebe", müßte stattfinden. Auch wenn dies, zumindest niedersächsischer Sicht betrachtet, ein mühseliges Unterfangen darstellt. Soziale Betriebe besitzen im vierten Jahr ihres Bestehens immer noch lediglich eine kleine Lobby. Daher beschränken sich die Diskussionen bei den Trägern zumeist nur auf konkrete Veränderungen der Förderrichtlinien, während sich von Seiten des zuständigen Sozialministeriums auf dem "Herzstück" niedersächsischer Arbeitsmarktpolitik ausgerichtet wird und jede weiterführende Diskussion als bestandsgefährdend betrachtet wird. Obwohl der Niedersächsische Landtag einstimmig einer "Weiterentwicklung" der "Sozialen Betriebe" zugestimmt hat, ist auch von konservativen Heckenschützen das Argument einer Reetablierung von Planwirtschaft durch die Hintertür zu hören.

Um den Spagat zwischen sozialen und wirtschaftlichen Zielen dauerhaft zu bestehen, müssen die Probleme im Zuschnitt des Programmes gelöst werden.

Anmerkungen:

- ¹ Vgl. insgesamt: ArbeitsMarktPolitik Aktuell (AMPA), Sonderausgabe Juli 1996/5. Jahrgang; Landesberatungsgesellschaft zur Beratung und Information von Beschäftigungsinitiativen mbH, Hannover
- ² Dr. Kleine, D.: "Soziale Betriebe als ein neues Instrument der Arbeitsförderung", in: Soziale Betriebe in Niedersachsen, S. 7, Hrsg.: Niedersächsisches Sozialministerium, Hannover 1993
- ³ Ebenda, S. 8
- ⁴ Alle Ausgaben, die nicht zuwendungsfähig sind, wie z.B. Wareneinsatz bei Handelsbetrieben, müssen darüber hinaus auch selbst gedeckt werden.
- ⁵ Umsatz minus Wareneinsatz/Vorleistungen zu betrieblichen Kosten minus Wareneinsatz/Vorleistungen
- ⁶ Soziale Betriebe aktuell, AMPA, Nr.2/1996, a.a.O.

Solidarisch handeln – Cuba unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für cubanische Fabriken und soziale Einrichtungen, z. B.:

- Druckindustrie
- Textilindustrie
- Ernährung
- Industriegase
- Landwirtschaft
- Gesundheitswesen
- Stadtreinigung

Durch Ihre Spende ermöglichen Sie den Kauf dringend benötigter Ersatzteile.



Infos bei:
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon und Fax: (06151) 6 40 66
Spendenkonto: Postbank Frankfurt
BLZ 500 100 60 Kto 48 78 02-6 03
Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht!

Überlegungen zu Entwicklungsmöglichkeiten einer „Neuen Gemeinschaft“

von Ralf Krämer*

Ich möchte im folgenden einige Überlegungen zu Punkten darstellen, die in vorliegenden Diskussionsbeiträgen zur anzustrebenden Entwicklung eines Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung m.E. nicht immer hinreichend beachtet werden. Darauf aufbauend formuliere ich einige Eckpunkte eines möglichen Modells, das sich von den hier diskutierten in einigen wichtigen Punkten unterscheidet.

I. Die politisch-ökonomischen Bedingungen

Die berechtigte Betonung der gesellschaftlichen Nützlichkeit und Gleichwertigkeit öffentlich geförderter Arbeit und Kritik an der Unterordnung bisheriger aktiver Arbeitsmarktpolitik unter die Anforderungen des sog. Ersten Arbeitsmarktes ändert leider nichts an dem realen ökonomischen Verhältnis, in dem ein Sektor öffentlich geförderter Beschäftigung zum erwerbswirtschaftlichen Sektor steht: Ebenso wie beim staatlichen Sektor wird der ökonomische Austausch einer „Neuen Gemeinschaft“ mit dem kapitalistisch dominierten Marktsektor, konkret die Käufe der Betriebe und die Einkommen der Beschäftigten, überwiegend nicht durch Verkäufe finanziert, also ökonomischen (Äquivalenten-) Tausch, sondern durch Umverteilung hoheitlich durchgesetzter Abzüge vom dort erzielten Markteinkommen (Steuern und Sozialabgaben).

Es ist notwendig, „Neue Gemeinschaft“ als einen neuen Sektor der Ökonomie mit erheblicher Dimension zu entwickeln, der sich auf gesicherter Basis reproduzieren und gemäß den an ihn gestellten Anforderungen dynamisch entwickeln kann. Dabei ist von dauerhafter öffentlicher Förderung auszu-

Während beim Kauf der Nutzen einer Ware bekannt und ihr Preis akzeptiert ist, muß der gesellschaftliche Nutzen öffentlich bereitgestellter oder geförderter Leistungen und die Angemessenheit und gerechte Verteilung der damit verbundenen finanziellen Belastungen politisch vermittelt und gegen andere Interessen insbesondere an privater Reichtumsaneignung durchgesetzt werden.

Die „Neue Gemeinschaft“ wird per saldo zu Mehraufwendungen der Bundesanstalt für Arbeit (Aufwendungen für öffentlich geförderte Beschäftigung abzüglich eingesparter Arbeitslosenunterstützung) und für

sonstige öffentliche Förderung führen. Dem stehen gesamtfiskalisch Mehreinnahmen an Steuern und Sozialabgaben und Einsparungen bei der Sozialhilfe gegenüber. Vor allem aber steht dem per Saldo aufgrund der hohen Selbstfinanzierungseffekte relativ geringen Mehraufwand ein gewaltiger gesellschaftlicher Nutzen und mittelfristig auch ökonomischer Vorteil gegenüber:

- durch die erstellten gesellschaftlich erwünschten sozialen, kulturellen und ökologischen Güter und Dienstleistungen;
- durch die Reduzierung offener und verdeckter Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Vorteile gesellschaftlicher Integration;
- durch Qualifizierung, Strukturverbesserung und Mobilisierung des Arbeitskräftepotentials sowie Verbesserung von Infrastruktur;
- durch Stärkung binnenwirtschaftlicher und regionaler ökonomischer Aktivitäten und Kreisläufe, insbesondere in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit.

Diese Leistungen eines Sektors „Neuer Gemeinschaft“ für die Gesellschaft sind aber nicht unmittelbar wahrnehmbar und quantifizierbar und sie entsprechen auch nicht den Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen. Selbst wenn darauf geachtet wird, daß von den Betrieben der „Neuen Gemeinschaft“ nur geringe Konkurrenz zu Betrieben des erwerbswirtschaftlichen Sektors ausgeht, ist dennoch Widerstand von privaten Unternehmen zu erwarten, die sich um möglichen Absatz gebracht sehen. Darüber hinaus werden die Kapitalverbände grundsätzlichen Widerstand leisten, weil der Aufbau eines Sektors „Neuer Gemeinschaft“ eine Ausweitung öffentlicher Umverteilung und Regulierung der Wirtschaft bedeutet und weil der disziplinierende Druck der Arbeitslosigkeit auf die Beschäftigten und Arbeitslosen gemildert wird. Allerdings ist eine gewisse Einbeziehung von Unternehmen und Kapitalfraktionen bei bestimmten Projekten etwa zur Infrastrukturverbesserung oder im Umweltschutz oder im Rahmen regionaler Wirtschaftspolitik möglich.

Von großer Bedeutung wird die Förderung der Selbstorganisation der Betriebe der „Neuen Gemeinschaft“ in regionalen und bundesweiten Verbänden sein, damit diese ihr wachsendes ökonomisches Gewicht und Arbeitsplatzpotential entsprechend politisch zur Geltung bringen können. Sehr wichtig sind auch Bemühungen zur gewerkschaftlichen Organisation der Beschäftigten in der „Neuen Gemeinschaft“.

II. Die ökonomische Stellung eines Sektors der „Neuen Gemeinschaft“

M.E. ist es notwendig, „Neue Gemeinschaft“ trotz ihrer immer politisch bestimmten Grundlage nicht als Oberbegriff für vereinzelte verschiedenartige „Soziale Betriebe“ und ähnliche Projekte, sondern als einen neuen Sektor der Ökonomie mit erheblicher Dimension zu entwickeln, der sich auf gesicherter Basis reproduzieren und gemäß den an ihn gestellten Anforderungen dynamisch entwickeln kann. Dazu ist es notwendig, verlässliche und tragfähige rechtliche Rahmenbedingungen in Form allgemeiner Rechtsansprüche auf Förderung zu setzen, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind, um die Betriebe von willkürlichen Einzelentscheidungen weitgehend unabhängig machen und aufwendige bürokratische Verfahren zu vermeiden. Dabei ist von dauerhafter öffentlicher Förderung auszugehen, die Beschränkung auf eine Anschubfinanzierung wie bei den bisherigen

* Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler, spw-Redaktion

NEUE GEMEINWIRTSCHAFT?

Modellen „Sozialer Betriebe“ ist unrealistisch. Von besonderer Bedeutung ist neben der Gestaltung der öffentlichen Förderung die des Verhältnisses und der möglichen Übergänge zum erwerbswirtschaftlichen Sektor.

Unter diesen Bedingungen erscheint es mir notwendig zu sein, die Grenzen zwischen „Neuer Gemeinschaft“ und Erwerbswirtschaft nicht zu verwischen und davon ggf. sogar noch besondere positive Impulse zur Veränderung dieser zu erwarten. Positive Auswirkungen auf die Bedingungen im Marktsektor der Ökonomie würde ich v.a. von der Reduzierung des Drucks der Arbeitslosigkeit auf die Lohnabhängigen erwarten. Unregulierte ökonomische Konkurrenz zwischen erwerbswirtschaftlichen und Betrieben der „Neuen Gemeinschaft“ würde nicht nur massiven Widerstand der betroffenen überwiegend kleinen Unternehmen hervorrufen, sondern auch zu Arbeitsplatzverlusten und Druck auf die Standards der Arbeitsplätze dort führen, um der öffentlich subventionierten Konkurrenz standhalten zu können. Soziale und ökologische Anforderungen der Gesellschaft an erwerbswirtschaftliche Betriebe lassen sich viel leichter durch unmittelbare rechtliche Vorgaben, finanzielle Hebel oder Kriterien für öffentliche Auftragsvergabe umsetzen als über den Umweg der Rückwirkung gemeinwirtschaftlicher Betriebe.

Auf der anderen Seite ist es notwendig, die öffentliche Förderung an präzise Bedingungen zu knüpfen, um einen im Sinne der angestrebten Beschäftigungswirkungen effizienten Einsatz der Mittel zu gewährleisten, und um Mißbrauch bzw. Zweckentfremdung öffentlicher Förderung und daran anknüpfende Ablehnung der „Neuen Gemeinschaft“ zu begrenzen. Dabei kann an bisherige Regelungen zur Gemeinnützigkeit angeknüpft werden. Zu beachten ist, daß die hier entwickelten Überlegungen nicht alternativ, sondern komplementär zu Konzeptionen einer Ausweitung öffentlicher geförderter Beschäftigung auch auf nicht gemeinwirtschaftliche Betriebe und im Rahmen der Infrastrukturentwicklung und regionalisierten Beschäftigungspolitik zu sehen sind, wie sie etwa im SPD-Konzept für ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz enthalten sind.

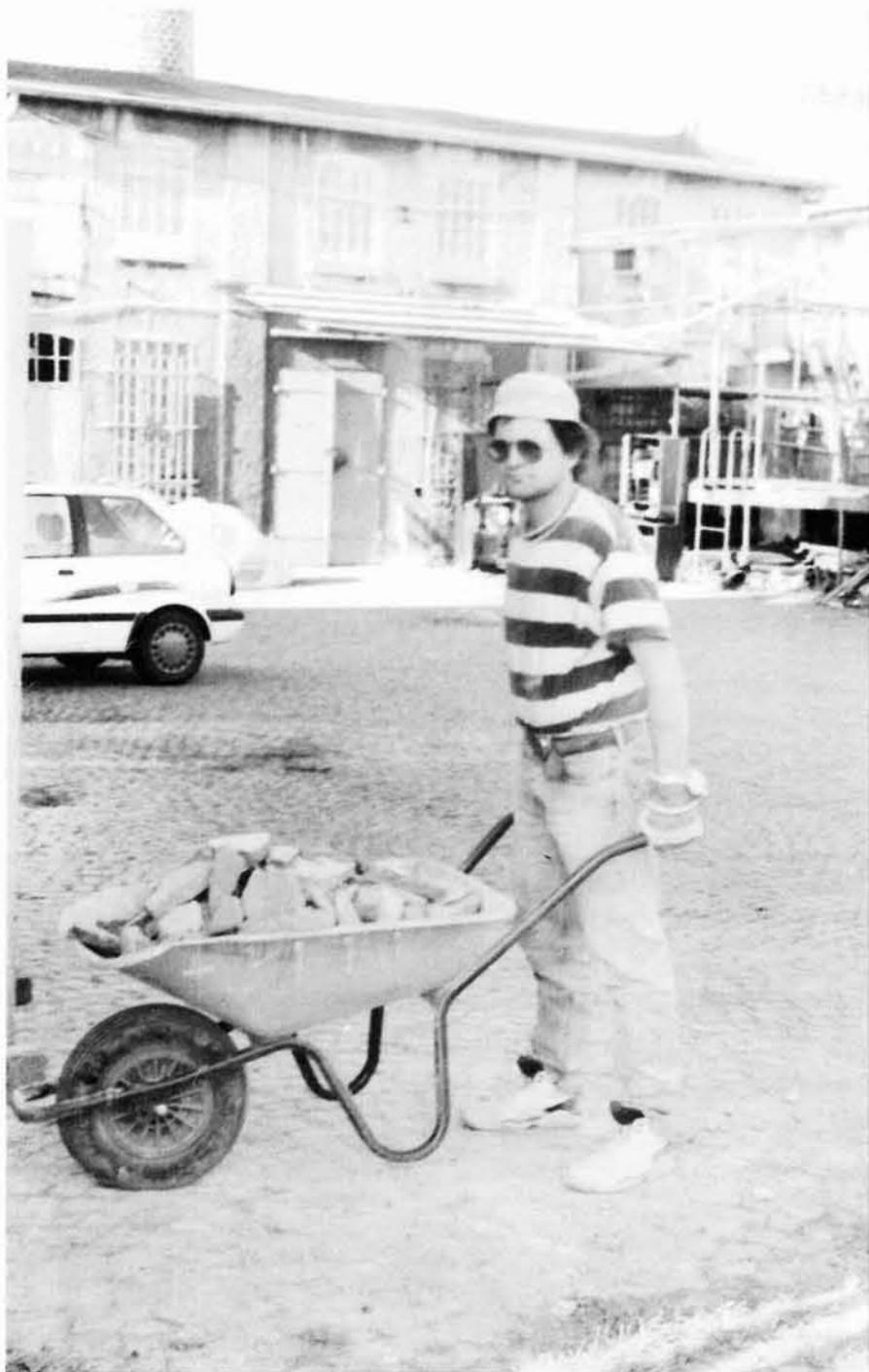
Angesichts der genannten politisch-ökonomischen Bedingungen erscheint es mir insgesamt sinnvoll, mit der „Zusätzlichkeit“ der in einem Sektor „Neuer Gemeinschaft“ geleisteten Arbeit offensiv und positiv umzugehen: Es geht in der Tat darum, zusätzliche Erwerbsarbeit zu schaffen (und nicht Arbeitsplätze in bestehenden Betrieben zu ersetzen) und zusätzliche soziale, kulturelle und ökologische Leistungen zu erbringen, die Markt oder Staat unter den gegebenen Bedingungen nicht organisieren. Nicht vereinbar mit den Funktionsbedingungen eines Sektors „Neuer Gemeinschaft“ ist allerdings die Verpflichtung zur Begründung der „Zusätzlichkeit“ jeder einzelnen Maßnahme im Sinne der restriktiven Kriterien für die bisherigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Rahmen des AFG.

III. Die beschäftigungspolitische Bedeutung

Es erscheint mir unverzichtbar, die beschäftigungspolitische Begründung der „Neuen Gemeinschaft“ in den Vordergrund zu rücken. Die gesellschaftliche Nützlichkeit der erbrachten Leistungen ist zwar von großer Bedeutung, aber prinzipiell gäbe es auch andere Möglichkeiten, diese zu organisieren: im öffentlichen Dienst, durch öffentliche Aufträge an erwerbswirtschaftliche Betriebe, oder mit Hilfe des bestehenden Netzes entsprechender

Verbände, Organisationen und Einrichtungen. Und der real ablaufende Prozeß von Abbau und Privatisierung zweifellos gesellschaftlich nützlicher bisher öffentlicher Dienstleistungen zeigt, daß diese Begründung zumindest unter den gegenwärtigen und absehbaren finanziellen Bedingungen und politischen Kräfteverhältnissen nicht ausreicht. Der hohe Selbstfinanzierungseffekt und die mögliche Durchsetzbarkeit eines Sektors „Neuer Gemeinschaft“ ergibt sich erst aus seiner besonderen arbeitsmarktpolitischen Rolle. Diese ist quantitativ und qualitativ zu fassen.

Quantitativ geht es darum, einen relevanten Beitrag zur Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit zu leisten. Es ist daher unverzichtbar, im Zuge der Entwicklung der „Neuen Gemeinschaft“ eine erhebliche Ausweitung der Zahl öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnis-



Umbauarbeiten bei der GeDiRec Bottrop

se und dafür auch eine Ausweitung des entsprechenden Mitteleinsatzes zu erreichen. Dabei besteht wohl Konsens, daß dies nicht der alleinige oder überwiegende Ansatz zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit sein kann, sondern in den Zusammenhang einer insgesamt beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik und beschleunigter Arbeitszeitverkürzung gestellt werden muß.

Qualitativ geht es darum, Erwerbstätigkeit für Menschen zu ermöglichen, die auf dem heutigen Arbeitsmarkt besondere Schwierigkeiten haben, benachteiligt werden oder deren Beschäftigung gesellschaftlich für besonders wichtig gehalten wird. Dies ist eine Daueraufgabe, die eine wesentliche Begründung der besonderen öffentlichen Förderung der „Neuen Gemeinschaft“ ist. Daher ist es m.E. auch sinnvoll, die Förderung nicht pauschal zu gestalten, sondern (vor allem) an die beschäftigten förderungsbedürftigen Personen gebunden. Den genannten Gruppen strömen aus der Arbeitslosigkeit oder aus der nachwachsenden Generation ständig neue Personen zu, es ist daher unumgänglich, auf der anderen Seite einen ständigen Übergang in ungeforderte Beschäftigung zu organisieren. Deshalb sind begleitende Qualifizierungsmaßnahmen und entsprechende Anreizmechanismen von großer Bedeutung, weil es sich ja andererseits grundsätzlich um unbefristete Arbeitsverhältnisse handeln soll.

Wichtig scheint mir noch der Hinweis, daß es sich hier keineswegs um eine öffentlich geförderte Form informeller Arbeit und Selbsthilfe (häufig ohne Schutzregelungen und Kontrollen in sozialer, gesundheitlicher und ökologischer Hinsicht, mit fließenden Übergängen zu Schwarzarbeit) handelt, sondern um hochgradig gesellschaftlich regulierte Arbeit.

IV. Ein mögliches Modell

Die folgenden Überlegungen versuchen einige Bedingungen bzw. Ansätze eines Modells zu beschreiben, wie aus meiner Sicht ein ökonomischer Sektor der „Neuen Gemeinschaft“ funktionsfähig konstruiert und reguliert werden könnte. Die Punkte sind so verstehen, daß sie notwendige Bedingungen darstellen, also von allen Betrieben dieses Sektors zu erfüllen sind.

Die Ausgestaltung der öffentlichen Förderung und der Regulierung der Arbeitsverhältnisse und der ökonomischen Beziehungen der Betriebe der „Neuen Gemeinschaft“ böte eine Vielzahl von Steuerungsparametern, die im Zuge der Entwicklung des Sektors und der Veränderung der Problemlagen und Zielprioritäten variiert werden können. Dabei ginge es auch um einen gesellschaftlichen Such- und Lernprozeß in der Gestaltung eines solchen Sektors. Andererseits handelt es sich natürlich um eine Frage gesellschaftlicher und politischer Kräfteverhältnisse.

1. Die Betriebe befinden sich im Eigentum gemeinnütziger Träger. Soweit Gewinne nicht investiert oder für Rücklagen verwendet werden, sind sie unmittelbar gemeinnützigen Zwecken zuzuführen. Die Jahresabschlüsse der Betriebe unterliegen entsprechender Prüfung.

1. Bedingungen der öffentlichen Förderung

1. Die Betriebe befinden sich im Eigentum gemeinnütziger Träger. Soweit Gewinne nicht investiert oder für Rücklagen verwendet werden, sind sie unmittelbar gemeinnützigen Zwecken zuzuführen. Die Jahresabschlüsse der Betriebe unterliegen entsprechender Prüfung.

2. Die Betrieben erfüllen soziale, kulturelle oder ökologische Gemeinschaftsaufgaben (gemeinwirtschaftliche Aufgaben). Sie erstellen gesellschaftlich erwünschte Güter oder Dienste, die ohne öffentliche Förderung nicht erstellt würden, weil die individuellen oder kollektiven KonsumentInnen oder NutznießerInnen unsubventionierte Marktpreise nicht oder nicht im gesellschaftlich erwünschten Umfang bezahlen könnten oder nur dann als Marktsubjekte auftreten, wenn das gesellschaftlich organisiert wird (z.B. wird Naturschutz überwiegend öffentlich finanziert werden müssen, weil er als öffentliches Gut allen zugute kommt). Es geht z.B. um Aufgaben im Bereich von Bildung und Erziehung, Pflege, Gesundheitsförderung, Naturschutz, regenerative Energiegewinnung, umweltverträglichere Verkehrssysteme, Stadt- und Dorferneuerung, Recycling, Kultur, Wissenschaft.

Soweit solche Leistungen bisher schon erbracht werden, geschieht dies im öffentlichen Dienst oder finanziert mit Hilfe öffentlicher Zuschüsse oder durch die Kranken- oder Pflegeversicherung. Dabei werden viele Leistungen, besonders im Gesundheitswesen und Pflegebereich, auch von privaten erwerbswirtschaftlichen Anbietern erbracht. Zu diesen besteht allerdings nur in wenigen Bereichen eine Konkurrenzsituation, die geeignet zu regulieren ist (s.u.).

3. Betriebe, die im Sinne der „Neuen Gemeinschaft“ öffentlich gefördert werden wollen, müssen sich entsprechend registrieren lassen. Wenn sie die genannten Voraussetzungen erfüllen, haben sie einen Anspruch auf entsprechende Registrierung, müssen sich dann aber auch den damit verbundenen besonderen Regulierungen unterwerfen. Auf der anderen Seite wird es Bestrebungen einzelner besonders erfolgreicher Betriebe der „Neuen Gemeinschaft“ geben, die gemeinwirtschaftlichen Beschränkungen abzuwerfen und in den erwerbswirtschaftlichen Sektor überzugehen. Dies ist (auch für Ausgründungen bisheriger Teilbetriebe) in geregelter Weise zu ermöglichen, wobei eine private Aneignung auf Grundlage öffentlicher Förderung angesammelter Vermögen zu verhindern ist; damit entfallen zugleich die Bedingungen für weitere öffentliche Förderung dieses Betriebes im Sinne der „Neuen Gemeinschaft“.

2. Finanzierung und ökonomische Stellung der Betriebe der „Neuen Gemeinschaft“

1. Die Betriebe der „Neuen Gemeinschaft“ werden öffentlich gefördert, und zwar einerseits und v.a. im Rahmen ihrer beschäftigungspolitischen Funktion und andererseits aufgrund des gesellschaftlichen Interesses an den von ihnen erbrachten Leistungen. Dabei ist wichtig, personen- und projektbezogene Förderung so zu gestalten (auf der Basis von Rechtsansprüchen), daß die ökonomischen Bedingungen des Betriebs von dieser Seite her mittelfristig kalkulierbar sind.

Erstens haben sie das Recht, Arbeitslose, die bestimmte Kriterien erfüllen (z.B. Langzeitarbeitslose oder bestimmte „Problemgruppen“ des Arbeitsmarktes und als Beitrag zur Umsetzung einer Beschäftigungsgarantie für Jugendliche), zu beschäftigen, wobei die Bundesanstalt für Arbeit Lohnkosten in festzulegender Höhe und Dauer bezuschußt (z.B. zu Beginn in Höhe von 80% des Bruttoentgelts). Die Förderung sollte in der Regel degressiv ausgestaltet (auf die einzelnen Beschäftigten, nicht den Betrieb bezogen) und nach verschiedenen Kriterien differenziert werden (z.B. personenbezogen: Alter, Geschlecht, Qualifikation, gesundheitliche Einschränkungen).

Der hohe Selbstfinanzierungseffekt und die mögliche Durchsetzbarkeit eines Sektors „Neuer Gemeinschaft“ ergibt sich erst aus seiner besonderen arbeitsmarktpolitischen Rolle. Diese ist quantitativ und qualitativ zu fassen.

kung, Dauer der Arbeitslosigkeit; regional: Höhe der örtlichen Arbeitslosenquote oder Erwerbsquote; oder nach Einsatzbereich). Dabei kann z.T. an bisherige Regelungen des AFG angeknüpft werden, entscheidend ist aber, die Regelungen als Rechtsanspruch der förderungsfähigen Betriebe zu gestalten, konkrete von ihnen benannte Arbeitslose, die die Bedingungen erfüllen und mit denen eine entsprechende Vorvereinbarung getroffen wurde, öffentlich gefördert zu beschäftigen.

Zweitens können die Betriebe bei Vorliegen zu definierender Bedingungen öffentliche Zuschüsse zu Investitions- oder Betriebskosten oder für die Durchführung bestimmter Maßnahmen zur Erfüllung og. gemeinwirtschaftlicher Aufgaben beantragen. Dabei könnte an bisherigen Förderungsmodalitäten etwa im Bereich der Jugendhilfe und Bildungsarbeit angeknüpft werden, die aber transparenter und offener zu gestalten sind. Anzustreben wäre im Sinne einer Demokratisierung der Wirtschaft die Vergabe der Fördermittel aus einem demokratisch und regionalisiert unter Mitbestimmung der Gewerkschaften verwalteten Fonds, für den auch Teile des Aufkommens aus ökologischer Besteuerung verwendet werden könnten.

Wegen ihrer Gemeinnützigkeit unterliegen die Betriebe der „Neuen Gemeinschaft“ keiner Gewinnbesteuerung, ansonsten aber dem normalen Steuerrecht (Mehrwertsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer etc.). Zuwendungen an sie sind als Spende für gemeinnützige Zwecke steuerlich absetzbar.

2. Ihren verbleibenden Finanzbedarf (für Kostendeckung und Investitionen) decken die Betriebe der „Neuen Gemeinschaft“ durch Entgelte für den Verkauf der von ihnen erstellten Güter oder Dienstleistungen. Mögliche Kunden sind Gebietskörperschaften und öffentliche Einrichtungen, gemeinnützige Institutionen und Verbände, Sozialversicherungen und Sozialeinrichtungen, andere Betriebe der „Neuen Gemeinschaft“ sowie private Haushalte, die in der Regel im regionalen Umfeld ansässig sind. Es können längerfristige Verträge abgeschlossen werden, in denen Pakete zu erbringender Leistungen und Gegenleistungen und Entgelte vereinbart werden. Sie können Leistungen zur Infrastrukturverbesserung anbieten, die im Rahmen der regionalen Wirtschaftspolitik öffentlich gefördert werden. Die verschiedenen Betriebe der „Neuen Gemeinschaft“ stehen dabei in Konkurrenz zueinander und in einigen Bereichen auch zu erwerbswirtschaftlichen Betrieben.

Die Betriebe der „Neuen Gemeinschaft“ haben das Recht, Leistungen anderer Betriebe dieses Sektors in Anspruch zu nehmen und mit ihnen entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Für produktive Zwecke erwerbswirtschaftlicher Betriebe dürfen keine Leistungen erstellt werden. Waren oder Dienstleistungen außerhalb der definierten Gemeinschaftsaufgaben dürfen nur unter genau zu definierenden Voraussetzungen angeboten werden (etwa an bestimmte Kundenkreise oder wenn sie notwendiges Kuppelprodukt der gemeinwirtschaftlichen Leistungserstellung sind, z.B. Recyclingprodukte). Sie sind mit einem besonderen Warenzeichen zu versehen.

3. Die Arbeitsverhältnisse im Sektor der „Neuen Gemeinschaft“

Bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in der „Neuen Gemeinschaft“ sind verschiedene Kriterien zu beachten: Die Beschäftigten müssen sozial gesichert sein und es darf kein Druck zur Absenkung sozialer und tariflicher

Standards in anderen Bereichen entstehen. Die Arbeitsentgelte müssen höher als die Arbeitslosenunterstützung sein. Es muß die Möglichkeit materieller betrieblicher Leistungsanreize geben. Den Beschäftigten müssen Anreize und Möglichkeiten geboten werden, in bessere Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere in anderen Wirtschaftssektoren, zu wechseln. Es müssen mit begrenztem Mitteleinsatz möglichst viele Arbeitsplätze gefördert werden. In diesem Sinne wäre etwa folgende Gestaltung möglich:

Es werden branchenübliche tarifliche Löhne und Gehälter gezahlt und sonstige Standards eingehalten (Sonderzahlungen, Urlaub etc.), also keine niedrigeren Sondere tarife vereinbart, und die Eingruppierung sollte der Qualifikation der Beschäftigten entsprechen. Die Arbeitszeit (und damit auch der Bruttomonatsverdienst) beträgt normalerweise mindestens 80%-90% der üblichen tariflichen Arbeitszeit (also gegenwärtig 30-34 Stunden pro Woche). Die Betriebe können bei Einverständnis des Beschäftigten die Arbeitszeit (und damit das Entgelt) bis zum vollen Tarif erhöhen und sie können Beschäftigte in höhere Entgeltstufen eingruppieren; dadurch erhöht sich aber nicht die öffentliche Förderung. Ebenso können Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse eingerichtet und gefördert werden.

Die Beschäftigten unterliegen normalen arbeitsrechtlichen Bedingungen einschließlich normalem Kündigungsschutz. Sie können unter Beachtung der üblichen Bedingungen kündigen und zu anderen Betrieben im Sektor der „Neuen Gemeinschaft“ (unter Mitnahme der verbleibenden Förderungsansprüche) oder in ungeforderte Beschäftigungsverhältnisse wechseln. Die Betriebe können ebenfalls unter den üblichen Bedingungen kündigen, allerdings darf bei degressiv gestalteter Förderung von Beschäftigten eine Mindestbeschäftigungsdauer normalerweise nicht unterschritten werden bzw. wird bei vorzeitiger Kündigung die Förderung des nächsten neu eingestellten Beschäftigten entsprechend reduziert.

Die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse von Beschäftigten, die nicht oder nicht mehr öffentlich gefördert werden, unterliegt normalen arbeitsrechtlichen und tariflichen Bedingungen. Es darf in den Betrieben der „Neuen Gemeinschaft“ keine Beschäftigungsverhältnisse unterhalb der tariflichen Bedingungen geben.

Die Betriebe der „Neuen Gemeinschaft“ unterliegen unbeschränkt dem Betriebsverfassungsgesetz. Bei der Anwendung aller gesetzlichen Regelungen (Betriebsverfassungsgesetz, Kündigungsschutzgesetz ...) sind die öffentlich geförderten Beschäftigten bei der Ermittlung der Beschäftigtenzahl voll mitzuzählen.

Die Regelungen sind als Rechtsanspruch der förderungsfähigen Betriebe zu gestalten, konkrete von ihnen benannte Arbeitslose, die die Bedingungen erfüllen und mit denen eine entsprechende Vorvereinbarung getroffen wurde, öffentlich gefördert zu beschäftigen.

Zwischen Goethe und Marx

Zum 25. Todestag von Georg Lukács

von Ulrich Wolf*

Am 4. Juni 1971 starb der ungarische Kulturphilosoph und Marxist Georg Lukács, 86jährig. Am Ende seines politisch und intellektuell bewegten Lebens hinterließ er ein schier unübersehbares Gesamtwerk, das bereits in einer 1965 erstellten Bibliographie an die 900 Titel umfaßte. Mit seinen Studien über die *Entwicklungsgeschichte des modernen Dramas* und die *Theorie des Romans* gelangte er in der bürgerlichen Welt zu frühem Ruhm. Die Aufsatzsammlung *Geschichte und Klassenbewußtsein* ist für mehrere Generationen von jungen kritischen Intellektuellen Vermittlung zum Marxschen Denken und Ansatzpunkt für revolutionäre politische Praxis gewesen.¹ Schließlich war Lukács auch aktiver Politiker; daß er dabei nachhaltig scheiterte, ist symptomatisch für das prekäre Verhältnis zwischen Theorie und Praxis, zwischen Intellektuellem und Partei in der sozialistischen/kommunistischen Bewegung. Grund genug, sich dieses nach Lenin sicherlich einflußreichsten Marxisten des 20. Jahrhunderts² zu erinnern.

Vom bürgerlichen Ästhetizismus zum politischen Revolutionär

Lukács wurde am 13. April 1885 in Budapest geboren. Sein Vater war jüdischer Abstammung und Direktor einer führenden ungarischen Bank. 1901 wurde er von den Habsburgern geadelt. Da seine Mutter Österreicherin war, wuchs Lukács zweisprachig auf. Erzogen nach den Werten eines kulturbeflissenen großbürgerlichen Milieus, wendet er sich schon als Schüler der Literatur zu. Er schreibt Dramen, die er als 18jähriger verbrennt, weil sie nach seiner Überzeugung so „entsetzlich

schlecht“ waren. 1904 ist er in Budapest Mitgründer der Thalia-Bühne. Seine Bekanntheit als Autor von philosophisch-ästhetischen Essays begründete er mit der 1911 erschienenen Aufsatzsammlung *Die Seele und die Formen*.

Den lebensphilosophischen Hintergrund dieses Frühwerks charakterisierte er rückblickend als Versuch, „die innere Struktur (...) gewisser typischer menschlicher Verhaltensformen zu verstehen und mittels der Darstellung und Analyse der Lebenskonflikte mit den literarischen Formen in Zusammenhang zu bringen.“³ In dieser Zeit ist Lukács sehr stark von dem Soziologen und Philosophen Georg Simmel beeinflusst, bei dem er in Berlin Seminare besucht und dessen persönlicher Schüler er wird. In Heidelberg, wo 1918 seine Habilitationspläne endgültig scheitern (Lukács ist „Ausländer“ und „Jude“), gehört er während des Krieges zum Kreis um den Soziologen Max Weber. Nicht untypisch für die intellektuelle Physiognomie dieser Zeit ist eine Anekdote, die Helmut Plessner überliefert hat: „Wer sind die vier Evangelisten, fragte man damals: Marcus, Matthäus, Lukács und Bloch.“⁴ Sowohl Bloch mit seinem Frühwerk *Geist der Utopie* (1915) wie auch Lukács gehörten also am Vorabend der Oktoberrevolution zu jener geistigen Strömung, deren Basis Lukács später als „naiven und völlig unfundierten Utopismus“⁵ bezeichnete. „Damals erblickte ich im Weltkrieg eine Krise der gesamten europäischen Kultur; die Gegenwart betrachtete ich – mit den Worten Fichtes – als das Zeitalter der vollendeten Sündhaftigkeit, als eine Krise der Kultur, aus der nur ein revolutionärer Ausweg möglich ist. Natürlich beruhte dieses ganze Weltbild noch auf rein idealistischen Grundlagen, und dementsprechend hätte sich die 'Revolution' nur auf geistiger Ebene abspielen können.“⁶

So kam Lukács messianisch-überschwenglich zum Marxismus. In die Zeit des 1. Weltkrieges fallen unterschiedliche, ja widersprüchliche geistige und politische Einflüsse. Neben dem Versuch, die Krise der europäischen Kultur in einer utopisch-kunstphilosophischen Perspektive zu überwinden – am deutlichsten erkennbar in der 1914/15 geschriebenen *Theorie des Romans* – tritt nun eine zweite Phase der intensiven Beschäftigung mit Marx, dessen Frühschriften Lukács entdeckt und mit

der idealistischen Geschichtsphilosophie Hegels verbindet. Gleichzeitig ist er stark beeinflusst durch den ungarischen Linkssozialisten Ervin Szabó, der ihn auf den Syndikalismus Sorels aufmerksam macht. Außerdem liest er die Vorkriegsschriften von Rosa Luxemburg. Diese theoretischen Einflüsse begründeten wohl seine lebenslang andauernde Abneigung gegen die Sozialdemokratie, in dieser Zeit namentlich gegen Kautsky, der auf ihn einen „geradezu abstoßenden Eindruck“⁷ macht.

Obwohl ihm nach eigenem Bekunden der imperialistische Charakter des Krieges zunehmend klarer wird, bleibt er als akademischer Intellektueller vorerst noch von der Arbeiterbewegung getrennt. Dies ändert sich erst nach den Revolutionen 1917/18, die Lukács in einer Phase der „ideologischen Gärung“⁸ treffen. Nach kurzem Zögern wird er im Dezember 1918, völlig überraschend für seinen Bekanntenkreis, Mitglied der soeben gegründeten Kommunistischen Partei Ungarns (KPU). Daß dabei die positive Stellungnahme seiner späteren Frau Gertrud Bortstieber eine zentrale Rolle gespielt hat, sei hier ausdrücklich erwähnt.

Die erste Station von Lukács' Tätigkeit als Politiker ist ebenso kurz wie dramatisch. Nach der Ausrufung der ungarischen Räterepublik ist er von März bis August 1919 zunächst stellvertretender Volkskommissar, dann Volkskommissar für das Unterrichtswesen in der Räteregierung Bela Kun und politischer Kommissar der 5. Roten Division. Nach dem militärischen Gegenangriff der Konterrevolution und dem Sturz der Räterediktatur gelingt ihm die Flucht nach Wien, wo er im Oktober verhaftet wird. Gegen die drohende Auslieferung und Hinrichtung erscheint daraufhin in zahlreichen deutschen Zeitungen ein Aufruf „Zur Rettung von Georg Lukács“, den u.a. Alfred Kerr und die Brüder Heinrich und Thomas Mann unterschrieben hatten. Ende 1919 wird Lukács von den Wiener Behörden freigelassen.

Geschichte und Klassenbewußtsein

In der Zeit des Exils in Wien ist Lukács weiterhin als Mitglied des Zentralkomitees der KPU tätig. Als leitender Redakteur der Zeitschrift *Kommunismus* gehört er Anfang

Obwohl ihm nach eigenem Bekunden der imperialistische Charakter des Krieges zunehmend klarer wird, bleibt er als akademischer Intellektueller vorerst noch von der Arbeiterbewegung getrennt.

* Dr. Ulrich Wolf, Lehrer, Hannover

der 20er Jahre zum ultralinken Flügel der Kommunistischen Internationale. Rückblickend charakterisierte Lukács diese Position als „messianisches Sektierertum“, das im ungebrochenen Glauben an die nahende Weltrevolution besteht war, „in allen Fragen die allerradikalsten Methoden“ auszuarbeiten und „auf jedem Gebiet einen totalen Bruch mit allen aus der bürgerlichen Welt stammenden Institutionen, Lebensformen etc.“ anstrebe.

Als Lukács einen polemischen Aufsatz gegen die Teilnahme der kommunistischen Parteien an bürgerlichen Parlamenten schreibt, erwidert Lenin in scharfer Form: „Der Artikel von G.L. ist ein sehr radikaler und sehr schlechter Artikel. Der Marxismus darin ist ein Marxismus der bloßen Worte.“ Dies hätte Lenin wohl auch, wenn er es noch hätte lesen können, zu Lukács' bedeutendstem Buch, der 1923 im Malik Verlag erschienenen Aufsatzsammlung *Geschichte und Klassenbewußtsein* gesagt, das in den 20er Jahren eine erste tiefe Wirkung auf die junge Intelligenz ausgeübt hat. Lukács interpretiert darin das Marxistische Denken als historisch-materialistische Aufhebung der Hegelschen Dialektik und wendet sich damit entschieden sowohl gegen einen schlichten Ökonomismus wie auch gegen eine unhistorische Dogmatisierung einzelner Bestandteile der Marxschen Lehre. „Nicht die Vorherrschaft der ökonomischen Motive in der Geschichtserklärung unterscheidet entscheidend den Marxismus von der bürgerlichen Wissenschaft, sondern der Gesichtspunkt der Totalität.“ Erst die Analyse der „konkreten Totalität“ (Marx) eröffnet die Möglichkeit, alle einzelnen Phänomene der kapitalistischen Gesellschaft in ihrem Zusammenhang wissenschaftlich zu erkennen. Dies ist nach Lukács das wesentliche Kriterium des „orthodoxen Marxismus“: die Überzeugung, daß „im dialektischen Marxismus die richtige Forschungsmethode gefunden wurde, daß diese Methode nur im Sinne ihrer Begründer ausgebaut, weitergeführt und vertieft werden kann.“

Jedoch ist die Totalitätskategorie nicht nur erkenntnistheoretisch zentral, sondern aus ihr ergibt sich auch erst die Möglichkeit der revolutionären politischen Praxis: „Da das Proletariat von der Geschichte vor die bewußte Umwandlung der Gesellschaft gestellt ist, muß in seinem

Klassenbewußtsein der dialektische Widerspruch des unmittelbaren Interesses zum Endziel, des einzelnen Momentes zum Ganzen entstehen.“ Dabei besitzt das, was Lukács unter Klassenbewußtsein versteht, keine empirische Qualität: denn es ist „die Ethik des Proletariats, die Einheit seiner Theorie und seiner Praxis, der Punkt, wo die ökonomische Notwendigkeit seines Befreiungskampfes dialektisch in Freiheit umschlägt“. Und insofern kann nur die kommunistische „Partei als geschichtliche Gestalt und als handelnde Trägerin des Klassenbewußtseins“ die selbständige und für die Lohnabhängigen anschauliche Form des Klassenbewußtseins darstellen.

Lukács selbst hat später diese idealistische Überhöhung des Proletariats als sich seiner selbst bewußt werdendes „identisches Subjekt-Objekt der Menschheitsgeschichte“ zu recht als ein „Überhegeln Hegels“ bezeichnet, als eine „Konstruktion, die an kühner gedanklicher Erhebung über die Wirklichkeit objektiv den Meister selbst zu übertreffen beabsichtigt.“

Auch wenn dieser utopisch-idealistische Grundzug unverkennbar ist: *Geschichte und Klassenbewußtsein* ist allemal ein lehrreiches Buch. Insbesondere die Aufhellung der Strukturbeziehungen zwischen der idealistischen Dialektik Hegels und der materialistischen – „auf die Füße gestellten“ – Dialektik im Marxschen Denken sowie die auf außerordentlich hohem Niveau durchgeführte kritische Analyse der bürgerlichen Philosophie und deren Beziehungen zum Phänomen der Verdinglichung in der kapitalistischen Warengesellschaft machen es auch heute noch lesenswert.

Politisches Scheitern und Rückzug in die ästhetische Theorie

1924 wird Lukács gemeinsam mit anderen „Linksabweichlern“ (u.a. Korsch und Bordiga) auf dem V. Weltkongreß der Komintern scharf kritisiert und muß sich von Geschichte und Klassenbewußtsein öffentlich distanzieren. Gleichwohl gehört er weiterhin zum Führungskreis der illegalen KPU in Wien. Hier steht er schon seit Anfang der 20er Jahre in Opposition zum Sinowjew-Zögling Bela Kun und gehört zur Fraktion um den ehemaligen Linkssozialdemokraten Jenö Landler, der in der ungarischen Räterepublik Volkskommissar des Innern gewesen war.

1924/25 kommt es über die Frage der Haltung zu den Gewerkschaften faktisch zur Spaltung der Partei. Als Kun und seine Leute irrsinnigerweise die Verweigerung der Gewerkschaftsbeiträge verlangen, weil diese den sozialdemokratischen Parteibeitrag mit einschließen (was praktisch einem Selbstmord der illegal arbeitenden ungarischen Kommunisten gleichgekommen wäre) treten Landler und Lukács aus dem ZK zurück. Da bereits zuvor die Beziehungen zum linken Flügel der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) intensiviert worden sind, erscheint nun jedoch die Gründung einer neuen Partei möglich: Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP) soll die strategische Aufgabe bewältigen, in

Jedoch auch wenn dieser utopisch – idealistische Grundzug unverkennbar ist: Geschichte und Klassenbewußtsein ist allemal ein lehrreiches Buch.



Der Volkskommissar Georg Lukács dankt dem Proletariat für seine Hilfe bei der Niederschlagung der Konterrevolution (1919)

Ungarn nach dem Sturz der Horthy-Diktatur die Demokratie und die Republik wiederherzustellen.

Da Landler 1928 stirbt, fällt Lukács die Aufgabe zu, dafür einen Programmentwurf zu schreiben. Das Programm der „Demokratischen Diktatur“ ist das Kernstück der sogenannten *Blum-Thesen* (Blum war sein Pseudonym in der Wiener Illegalität), die Lukács 1928 zur Vorbereitung des II. Parteitages der KPU verfaßt. Im Gegensatz zum Kun-Flügel, der an der Diktatur des Proletariats festhält, propagieren die Blum-Thesen „die vollkommene Verwirklichung der bürgerlichen Demokratie“, welche die „Möglichkeit“ darstelle, „jene organisatorischen Formen zu schaffen, durch deren Hilfe die breiten Massen der Arbeiter ihre Interessen der Bourgeoisie gegenüber zur Geltung bringen“.⁹ Als das Exekutivkomitee der Komintern daraufhin einen offenen Brief¹⁰ veröffentlicht, in dem – schon ganz im stalinistischen Duktus des Kampfes gegen den „Sozialfaschismus“ – die Unvereinbarkeit der Thesen mit dem Bolschewismus, Liquidatorientum, bürgerlicher Reformismus und Anpassung an die Sozialdemokratie kritisiert wird, muß sich Lukács erneut von sich selbst distanzieren, um nicht aus der Partei ausgeschlossen zu werden. Es entbehrt nicht eines gewissen Zynismus, wenn er diese Selbstkritik 1967 als „Eintrittskarte“ bezeichnete, um sich am „Kampf gegen den nahenden Faschismus aktiv zu beteiligen“.¹¹ Die Konsequenz war für ihn jedoch klar: Rückzug aus der aktiven Politik, um sich nun ganz auf die theoretische Arbeit

zu konzentrieren. Freilich hatte er mit den Blum-Thesen eine politische Plattform formuliert, die von nun an „den Leitfaden“ für seine „weitere theoretische wie praktische Tätigkeit abgab“.¹²

Abgesehen von einem Zwischenaufenthalt in Berlin (1931-33), wo er im Auftrag der Komintern im *Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller (BPRS)* an der Ausarbeitung einer neuen literaturpolitischen Linie beteiligt ist, verbringt Lukács die Zeit zwischen 1930 und 45 in Moskau. Hier entstehen nun die großen Arbeiten über den historischen Roman und den Realismus in der Erzählkunst sowie seine Studien zur marxistischen Ästhetik. Ganz auf dem Boden der Blum-Thesen entwirft er hier, in der „machtgeschützten Innerlichkeit“ (Thomas Mann) des Hochstalinismus, sein Programm einer „Ästhetik der revolutionären Demokratie“¹³, wobei ihm das Erbe der klassischen, bürgerlich-realistischen Literatur als ästhetische Norm gilt.

Klassik in diesem Sinne verstand Lukács als „Summe des in einer Gesellschaftsform kulturell und damit sozial verbindlich Erreichten. Dies mußte freilich für ihn objektiviert, in Form gebracht und auf Dauer gestellt sein.“¹⁴ In der künstlerischen Formgebung wird die extensive, unendlich reichhaltige Totalität der Wirklichkeit zur intensiven Totalität des Kunstwerks verdichtet. Kunst hat insofern die Funktion einer „richtigen Widerspiegelung des Gesamtzusammenhangs“¹⁵, wobei diese jedoch nicht mechanisch, als photographische Abbildung mißver-

standen werden darf, sondern als durch subjektiv-künstlerische Gestaltung vermittelte Herausarbeitung des Wesentlichen und Typischen.

Von hier aus wird deutlich, warum für Lukács gerade der bürgerliche Roman des 19. Jahrhunderts eine ästhetische Vorbildfunktion erhält: die großen epischen Gestaltungen eines Goethe, Balzac, Tolstoi und Keller entfalten ein gesellschaftliches Panorama, in dem das Denken und Handeln typischer, d.h. durch die soziale Struktur geprägter Individuen gezeigt wird. Ist die große, wirklich bedeutende Kunst auf der einen Seite maßgeblicher Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses der menschlichen Gattung über ihre eigene, jeweils konkret gesellschaftlich geprägte Geschichte, hat sie auf der anderen Seite eine humanisierende Funktion. In gewisser Weise knüpft Lukács damit an Schillers Programm einer ästhetischen Erziehung an: „Durch Schönheit zur Freiheit“ bedeutete für ihn, daß der Sozialismus/Kommunismus ohne die – auch ethische – Wirkung der Kunst von vornherein zum Scheitern verurteilt sei. Damit war es ihm schon als Volkskommissar für das Unterrichtswesen 1919 bitter ernst. In einer Verordnung verfügte er: „Wer Theaterkarten zu einem höheren Preis als auf ihnen angegeben verkauft, vergeht sich nicht allein gegen die Proletariatslehre, sondern verübt auch eine Strafhandlung und wird vor ein Revolutionsgericht gestellt“.¹⁶

Der Lukács' kunsttheoretischen Positionen innewohnende Formalismus und zugleich Konservatismus ist vielfach kritisiert worden. Nicht zu unrecht, hat er doch, wie etwa seine schroffe Ablehnung von Joyce und Kafka, aber auch des Brechtschen Realismuskonzepts¹⁷ dokumentiert, fruchtbare Neuansätze in der Literatur geradezu „verbarriadiert.“¹⁸ Gleichwohl gilt es bei aller Kritik zu bedenken: Lukács ging es kulturpolitisch immer um eine Volksfrontstrategie, d.h. um das Bündnis mit den aufgeklärten und humanistisch gesinnten Teilen des Bürgertums. Schließlich hat er mit seinen Studien über den historischen Roman¹⁹, über *Goethe und seine Zeit*²⁰ sowie den kritischen Realismus bei Thomas Mann Maßstäbe für eine am historisch-materialistischen Denken sich orientierende Ästhetik gesetzt, hinter die marxistische Literaturwissenschaft nicht mehr zurückfallen kann.

Klassik verstand Lukács als „Summe des in einer Gesellschaftsform kulturell und damit sozial verbindlich Erreichten. Dies mußte freilich für ihn objektiviert, in Form gebracht und auf Dauer gestellt sein.“



Lukács mit seiner Frau Gertrud Bortstieper (links) und Haushälterin Piri (um 1960)

Das Spätwerk: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins

Nachdem er 1945 aus dem sowjetischen Exil nach Ungarn zurückgekehrt war, gelangte Lukács auf den Höhepunkt seines Ruhms. Seine Beteiligung an zahlreichen Kongressen und Kontroversen (etwa mit Heidegger und Sartre) bezeugen seinen internationalen Einfluß. In dem ebenso monumentalen wie umstrittenen Werk *Die Zerstörung der Vernunft* rechnete er nun mit den irrationalistischen Strömungen in der bürgerlichen Wissenschaft und Philosophie ab, die nach seiner Auffassung die geistigen Wegbereiter des Faschismus gewesen waren.

Im eigenen Land war er freilich weniger erfolgreich. Nachdem er bereits 1949 und 1951, wiederum wegen „Rechtsabweichung“, von den Vertretern der stalinistischen Orthodoxie scharf angegriffen worden war, folgte 1956 erneut eine Episode als Politiker. Für kurze Zeit rückte er ins ZK der KPU und wurde in der Regierung Nagy Minister für Volksbildung. Nach der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes durch sowjetische Panzer wurde er nach Rumänien deportiert und in einem alten Schloß interniert. Erst im April 1957 kehrte er nach Budapest zurück. Seinen behaglichen Sinn für Boshaftigkeiten dokumentierte er hernach mit dem Satz, es sei ihm während der Haft ergangen wie im Kommunismus: er habe alles zum Leben Nötige gehabt – bloß kein Geld.

Nach dem fälligen Ausschluß aus der Partei (in die er erst 1969 wieder aufgenommen wurde) lebte er als Privatgelehrter und konnte sich nun ganz der theoretischen Arbeit widmen. 1963 erschien der erste Band seiner *Ästhetik* im Rahmen der Werkausgabe im Luchterhand Verlag. Erst nach seinem Tode wurde sein letztes großes Werk *Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins* (im folgenden: OGS) veröffentlicht. Mit diesem beabsichtigte er, die Summe seines philosophischen Denkens zusammenzufassen. Kritisch anknüpfend²¹ an *Geschichte und Klassenbewußtsein* und zentrale Gedanken der 1938 verfaßten Studie *Der junge Hegel* (auch heute noch die beste Einführung in das Hegelsche Denken aus marxistischer Sicht!) weiterführend, verband er mit der OGS nicht weniger als die Absicht, die authentischen theoretischen Grundlagen des Marxismus in allgemeiner philo-

sophischer Form zu rekonstruieren. Seine politische Intention charakterisierte er 1969 in einem Brief an einen sowjetischen Freund: „Hier betrachtet man mich als Revisionisten, während sie mich auf der anderen Seite (also im Westen, U.W.) zu einem Stalinisten machen. Solange das Problem der wirklichen Natur des Marxismus nicht theoretisch geklärt ist, kann sich diese Situation nicht ändern. Es muß vor allem deutlich gemacht werden, daß Lenin der wirkliche Nachfolger von Marx war, während Stalin im wesentlichen eine Verfälschung des Marxismus, oder bestenfalls dessen Vulgarisierung verkörperte.“²²

Mit der OGS wandte Lukács sich aber nicht nur gegen jene „Verfälschung“ des Marxismus im sogenannten „Marxismus-Leninismus“ der Stalinschen Periode, sondern ebenso gegen gewisse westliche Marxismus-Deutungen, etwa in der Frankfurter Schule. Hatte Lukács schon 1962 in seinem Vorwort zur Neuauflage der *Theorie des Romans* „beträchtliche Teile der führenden deutschen Intelligenz, darunter auch Adorno“, lakonisch dem ideologischen Typus des „nonkonformistisch maskierten Konformismus“ zugeordnet, der im „Grand Hotel Abgrund“²³ sein Domizil gefunden habe, so treten in seinem Spätwerk nun die theoretischen Differenzen in voller Deutlichkeit hervor. Während die Frankfurter Schule die dialektische Abbildlichkeit der Erkenntnis negiert und Habermas, den Jesuitenpater G.A. Wetter als Kronzeugen bemühend, behauptet, der Marxismus sei „spätestens seit Engels' Anti-Dühring aus einer Revolutionstheorie zu einer sogenannten realistischen Ontologie umgebildet worden“²⁴, tritt Lukács einer derartigen Deutung des Marxismus in seinem philosophischen Alterswerk entgegen. Seiner Überzeugung nach ist die Marxsche Lehre selbst, der historische Materialismus, im Sinne einer radikal historisch-dialektischen Ontologie zu verstehen. Und nicht Engels oder Lenin hätten das ontologische Element, willkürlich und den Marxschen Intentionen widersprechend, dem historischen Materialismus implantiert, sondern erst mit Stalins Unterscheidung zwischen *Historischem* und *Dialektischem Materialismus*²⁵ beginne jene verhängnisvolle Tendenz zu einer falschen Ontologisierung der materialistischen Dialektik.

Die OGS ist von der Sache her eine Theorie der objektiven – also bewußtseinsunabhängigen – Dialektik des gesellschaftlichen Seins²⁶, welche aber die Theorie der subjektiven Dialektik (Erkenntnistheorie) mit einschließt. Kennzeichnend für Lukács' alles andere als orthodoxe Denkweise ist dabei zunächst das Anknüpfen an die Theorie vom Schichtenbau des Seins, die der deutsche Philosoph Nicolai Hartmann entwickelt hatte. So wie das organische Sein der Natur auf der anorganischen Seinsstufe aufbaut, setzt das „gesellschaftliche Sein im ganzen und in allen Einzelprozessen ... das Sein der unorganischen und organischen Natur voraus.“²⁷ Dies ist das Grundprinzip der materialistischen Ontologie, wobei hervorzuheben ist, daß Lukács' Seinsbegriff im Unterschied zu dem der Tradition (Aristoteles etc.) nicht statisch ist: vielmehr ist „Sein“ der Inbegriff irreversibler Geschichtlichkeit. In diesem historischen Prozeß entstehen die Gegenständlichkeitsformen oder Kategorien der höheren Seinsstufe aus denen der unteren und überformen diese. Dies gilt auch für das gesellschaftliche Sein, dessen Gegenständlichkeitsformen „im Laufe des Entstehens und der Entfaltung der sozialen Praxis aus dem naturhaften Sein“ hervorgehen und mit zunehmender gesellschaftlicher Komplexität, dem „Zurückweichen der Naturschranke“ (Marx), „immer ausgesprochenere gesellschaftlich“²⁸ werden.

Für die historisch-materialistische Ontologie des gesellschaftlichen Seins wird somit die Arbeit zur zentralen Kategorie. Hier knüpft Lukács an die berühmte Formulierung von Marx im 1. Band des Kapital an, derzufolge der schlechteste Baumeister der besten Biene voraus habe, „daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut.“²⁹ Im teleologischen (zweckbezogenen) Akt der Arbeit steckt die ideelle Vorwegnahme des Arbeitsprodukts, diese geht formbestimmend in die neue – gesellschaftliche – Gegenständlichkeitsform ein. Gilt einerseits, daß mit „dem Akt der teleologischen Setzung das gesellschaftliche Sein an sich da“³⁰ ist, so wird andererseits das Bewußtsein auf dieser Seinsstufe zu einer realen Seinsmacht und hört auf, ein Epiphänomen zu sein. Erst dies ermöglicht die bewußte Planung und Steuerung von gesellschaftlichen

Seinen behaglichen Sinn für Boshaftigkeiten dokumentierte er hernach mit dem Satz, es sei ihm ergangen wie im Kommunismus: er habe alles zum Leben Nötige gehabt – bloß kein Geld.

Z

**Zeitschrift
Marxistische
Erneuerung**

7. Jahrgang, Nr. 26,
Juni 1996, 256 Seiten

**Wendl - DGB-Programm /
Becker - Linke in Frankreich**

**Schwerpunkt:
ASOZIALER KAPITALISMUS**

Huffs Schmid - Arbeit im Zerfall: USA /
Höhme - Konjunktur im Abschwung /
Steffen - Sozialstaat in der Reichtums-
falle / Scherer - Standort gegen Standort

**KLASSEN UND
KLASSENTHEORIE HEUTE (III)**

Kremer - Klassentheorie und Umbau-
konzept / Herkommer - Konzept der
„underclass“ / Deppe - Auf- und Abstieg
der „neuen Mittelklasse“ / Böke - Klas-
senkampf, Kampf um Anerkennung /
Brenner - Klassentheorie und DKP

Und: Seidel-Höppner - Weitling / Bleiber
- Problem des Nationalen / Jung - PRO-
KLA 100 / Metscher - Schönes Faust-
Edition / Boris - Mexiko und NAFTA /
Koo - „Asiatischer Kapitalismus“?

Linke Politikansätze in D (V): Stehr -
Linke Alternative

Tagungsberichte: DGB-Programmdis-
kussion / „Crossover“ / Volksentscheide
in Sachsen und Hessen 1946

Diskussion / Kritik / Zuschriften und 40
Seiten Buchbesprechungen; als Beilage:
Register der Jahrgänge 1990 - 1995
Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Versand); im
Abo: 54,- (4 Hefte/Jahr incl. Versand).
Älteres Probeheft: 10,- incl. Versand.
Bezug: über den Buchhandel
(ISSN 0940-0648) oder direkt:
Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327
Frankfurt / M.; Tel. 069 / 7392934

Prozessen – jenseits der Entwick-
lungslogik der kapitalistischen Pro-
duktionsweise, deren Zentrum das
Kapital als „automatisches Subjekt“
und deren unbewußtes Bewegungsgesetz die „Verwertung des Werts“
(Marx) ist.

Es kann hier nicht im einzelnen
auf die kritische Diskussion um
Lukács' Spätwerk eingegangen wer-
den. Neben der Kritik von Seiten der
marxistischen „Orthodoxie“, die On-
tologie sei eine „Modeschöpfung
des Idealismus“³¹, sind hier insbe-
sondere die Einwände seiner eigen-
en SchülerInnen (Agnes Heller
u.a.)³² zu berücksichtigen. In der Tat
kann auch eine radikal historische
Ontologie dem Widerspruch zwi-
schen unhistorischem System und

historisch-dialektischer Methode
nur schwer entgehen. Vielleicht ist
es aber auch so: Lukács sah die
Möglichkeit kommender finsterner
Zeiten, in denen das Licht der histo-
risch-materialistischen Vernunft zu
verlöschen droht. Mit der Ontologi-
sierung des Marxismus wollte er
Pflöcke einschlagen und Vorkehrun-
gen gegen dessen Verschwinden
treffen. Für alle diejenigen, die sich
umfassend und systematisch die
philosophischen Grundlagen des
Marxismus aneignen wollen, bietet
Lukács' Spätwerk reichhaltiges Ma-
terial.

Literatur:

- Benseler, Frank (1979): Lukács. In: Alphonse
Silbermann (Hrsg.): *Klassiker der Kunst-
soziologie*, München, S. 156-182.
- Beyer, Wilhelm Raimund (1970): „Marxisti-
sche Ontologie“ – Eine Modeschöpfung
des Idealismus. In: ders., *Vier Kritiken:*
Heidegger, Sartre, Adorno, Lukács, Köln.
de la Vega, Rafael (1977): *Ideologie als Uto-
pie*, Marburg.
- Fehér, Ferenc u.a. (1979): *Notes on Lukács'*
Ontology. In: *Telos* 29/1976, S. 160-181.
Geschichte und Klassenbewußtsein heute, 2
Bde., Frankfurt/Main (1977).
- Habermas, Jürgen (1971): *Literaturbericht*
zur philosophischen Diskussion um Marx
und den Marxismus. In: ders.: *Theorie*
und *Praxis*, 4. Aufl., Frankfurt/Main, S.
387-463.
- Georg Lukács Werke (= GLW), Luchterhand
Verlag.
Der junge Hegel. In: GLW 8.
Die Zerstörung der Vernunft. In: GLW 9.
Die Eigenart des Ästhetischen. In: GLW
11/12.
Zur Ontologie des gesellschaftlichen
Seins. In: GLW 13/14.
- Lukács (1967): Vorwort zur Neuauflage von
Geschichte und Klassenbewußtsein, in:
Lukács (1968), S. 5-45.
- Ders. (1968): *Geschichte und Klassenbe-
wußtsein*, Neuwied/Berlin; auch in:
GLW 2.
- Ders. (1971 a): *Die Seele und die Formen*,
Neuwied/Berlin.
- Ders. (1971 b): *Die Theorie des Romans*,
Neuwied/Berlin.
- Ders. (1972): *Zur Ontologie des gesellschaft-
lichen Seins*. Die ontologischen Grund-
prinzipien von Marx, Darmstadt/Neu-
wied.
- Ders. (1973): *Schriften zur Ideologie und Po-
litik*, 2. Aufl., Darmstadt/Neuwied.
- Ders. (1977): *Kunst und objektive Wahrheit*,
Leipzig.
- Ders. (1981 a): *Sein Leben in Selbstzeugnis-
sen, Bildern und Dokumenten*. Zusammen-
gestellt von Éva Fekete u. Éva Karádi,
Stuttgart.
- Ders. (1981 b): *Gelebtes Denken. Eine Auto-
biographie im Dialog*, Frankfurt/Main.
- Mayer, Hans (1988): *Ein Deutscher auf Wi-
derruf*, 2 Bde. Frankfurt/Main.
- Mittenzwei, Werner (1977): *Lukács' Ästhetik*
der revolutionären Demokratie. In:
Lukács (1977), S. 5-18.
- Raddatz, Fritz J. (1972): *Georg Lukács in*
Selbstzeugnissen und Bilddokumenten,
Reinbek bei Hamburg.

- Ruben, Peter/Warneke, Camilla (1979): *Arbeit –
Telosrealisation oder Selbsterzeugung der
menschlichen Gattung?* In: *Deutsche Zeit-
schrift für Philosophie*, 1/1979: 20-30.
- Schmitt, Hans-Jürgen (Hrsg.) (1973): *Die Ex-
pressionismusdebatte. Materialien zu einer
marxistischen Realismuskonzeption*,
Frankfurt/Main.
- Stalin, Josef W. (1970): *Über dialektischen
und historischen Materialismus*. In: ders.:
Zu den Fragen des Leninismus, Frank-
furt/Main, S. 251-280.
- Tertulian, Nicolas (1979): *On the later
Lukács*. In: *Telos* 40/1979, S. 136-144.
- Wolf, Ulrich (1986): *Georg Lukács: Zur On-
tologie des gesellschaftlichen Seins*, Diss.
Paderborn.

Anmerkungen:

- ¹ Vgl. etwa Mayer (1988), Bd. 1, S. 95f.
Zur Rezeptionsgeschichte vgl. *Geschichte*
und *Klassenbewußtsein heute*, Frank-
furt/Main 1977.
- ² Vgl. de la Vega (1977).
- ³ Lukács (1981 a), S. 42.
- ⁴ Ebenda, S. 58.
- ⁵ Lukács (1971 b), S. 14.
- ⁶ Lukács (1981 a), S. 66.
- ⁷ Ebenda, S. 72.
- ⁸ Lukács (1973), S. 327.
- ⁹ Lukács (1973), S. 307.
- ¹⁰ Ebenda, S. 727-752.
- ¹¹ Lukács (1967), S. 34.
- ¹² Ebenda, S. 35.
- ¹³ Vgl. Mittenzwei (1977).
- ¹⁴ Benseler (1979), S. 156.
- ¹⁵ Lukács (1977), S. 82.
- ¹⁶ Lukács (1981 a), S. 92.
- ¹⁷ Vgl. dazu die in Schmitt (1973) doku-
mentierte Kontroverse.
- ¹⁸ Raddatz (1972), S. 78.
- ¹⁹ *Der Historische Roman*. In: GLW 6.
- ²⁰ In: GLW 7.
- ²¹ So akzeptierte er nun ausdrücklich die in
Geschichte und Klassenbewußtsein
noch abgelehnte Naturdialektik. Diese
sei jedoch nur die „Vorgeschichte“ zur
Dialektik des gesellschaftlichen Seins.
Vgl. Lukács (1981 b), S. 269.
- ²² Brief v. 15.2.1969, zit. nach Tertulian
(1979).
- ²³ Lukács (1971 b), S. 16.
- ²⁴ Habermas (1971), S. 393.
- ²⁵ Vgl. dazu Stalin (1970).
- ²⁶ GLW 13, S. 530.
- ²⁷ Lukács (1972), S. 11.
- ²⁸ Ebenda, S. 11 f.
- ²⁹ MEW 23, S. 193.
- ³⁰ Lukács (1972), S. 12.
- ³¹ Beyer (1970); stichhaltiger Ruben/Warne-
ke (1979).
- ³² Vgl. Fehér u.a. (1976).

Seit den 1980er Jahren wird erneut diskutiert, ob sich in fortgeschrittenen Gesellschaften die Klassengegensätze des 19. Jahrhunderts endgültig auflösen. Zum einen wird gefragt, wie weit der alte Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital zurückgedrängt wird durch neue, sog. postindustrielle Konfliktlinien um Fragen der Ökologie, des Geschlechterverhältnisses, der Multikulturalität, des Friedens usw. Zum anderen wird mit der Theorie der Individualisierung eine Entstrukturierung bzw. Auflösung der historisch gewordenen Zusammenhänge und Abgrenzungen behauptet, insbesondere auch von Ulrich Beck (1986, 140).

Was sich auflöst, sind vor allem theoretische Gewißheiten. In diesem Vakuum greifen viele nach wohlfeilen Supermarktangeboten, die nur noch eine einzige Tendenz zur Schau stellen: die Wonnen der Erlebnisgesellschaft, die Abgründe der Zwei-Drittel-Gesellschaft oder die Rückkehr zu den guten alten konservativen Tugenden der Selbstbeschränkung. Während diese drei Perspektiven weltanschauliche Konjunktur haben, scheint eine vierte zum unverkäuflichen Ladenhüter geworden zu sein: die solidarische Gesellschaft. Den Vertretern des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates scheint dessen Grundlage, der prosperierende Wirtschaftsstandort, endgültig abhandengekommen zu sein.

Die Suche nach neuen Konzepten

Demgegenüber kann das Konzept der Individualisierung auf eine selbste Erfolgsgeschichte zurückblicken. Es scheint die früheren großen Integrationsideologien zu verdrängen, insbesondere die katholische Partnerschaftslehre und die sozialistische Konfliktlehre. Das Vokabular der Individualisierung wird nicht nur in Wissenschaft und Öffentlichkeit verwendet. Es ist auch tief in die Alltagssprache eingedrungen. Nur scheint es, daß jeder darunter etwas anderes verstehen kann: mehr eigenständige Orientierung oder mehr Haltlosigkeit, mehr Bildungs- und Geschmackskultur oder mehr Teilhabe an der Konsum- und Freizeitvielfalt, mehr Eigenverantwortung oder mehr Eigensucht, mehr Privilegien oder mehr soziale Risiken.

Die Vieldeutigkeit des Konzepts ist das Geheimnis seines Erfolgs bei

so vielen verschiedenen sozialen Milieus. Sie beruht darauf, daß „Individualisierung“ zunächst nichts anderes bezeichnet als eine negative Abgrenzung gegen das Bild einer geschlossenen Gesellschaftsordnung, in der große und kleine Kollektivitäten – der Staat, die Weltanschauungen, die Klassenmilieus, die Nachbarschaften, Familien usw. – das Verhalten und die Lebenschancen der Individuen von außen, disziplinierend oder fürsorglich, steuern oder uniformieren.

Der Eindruck des gesellschaftstheoretischen Vakuums ist allerdings nur teilweise richtig. Viele Autoren, nicht zuletzt Ulrich Beck (etwa im *Spiegel* vom 13. Mai 1996), beschreiben sehr klar, daß die Risikogesellschaft die eines international enthemmten Kapitalismus ist. Demnach scheint sich nicht die 'Logik des Kapitals', sondern die der 'sozialen Gegenmächte', die ihn zeitweilig in Schach hielten, aufzulösen.

Ratlosigkeit über Konzepte, mit denen der Kapitalismus sozial und politisch zu „regulieren“ sei, sind nicht neu. In allen kritischen Übergangsphasen des modernen Kapitalismus wurde das Gefüge der sozialen Arbeitsteilung, der sozialen Gruppen, Kulturen und Klassen und der internationalen Beziehungen derangiert und eine konflikt- und risikoreiche Suche nach neuen Arrangements ausgelöst.

Ein Beitrag zu dem heutigen Klärungsprozeß könnte sein, die pauschalen Thesen von der Vielfalt und Vielschichtigkeit der sozialen Milieus, Lager und Trennlinien ('cleavages') durch ein konkretes Bild der Gesellschaft zu überwinden, welches die Proportionen und Konfigurationen der verschiedenen Gruppen und Tendenzen empirisch benennt. Um dies zu versuchen, haben wir in mehrjährigen Forschungen und einer repräsentativen Befragung eine „soziale Gesamtlandkarte“ erarbeitet, in der erstmals die Lage, Größe und Veränderung der (west) deutschen Klassenmilieus, ihrer Mentalitäten, Kohäsionsformen und ökonomischen Lagen festgestellt werden konnten. In sie können auch die genannten Tendenzen übersichtlich und in ihrer tatsächlichen Größe eingeordnet werden.

Alte und neue Konfliktlinien

In der deutschen Geschichte haben immer wieder, und nicht erst heute, wirtschaftliche Modernisierungen,

Zwischen Klassengesellschaft und Individualisierung

Die alten und die neuen Landkarten der sozialen und politischen Milieus

von Michael Vester*

verbunden mit großen Gebietsveränderungen, schwierige gesellschaftliche Wandlungen eingeleitet und die politischen und sozialen Akteure vor kaum lösbarer Aufgaben der inneren Integration und der außenpolitischen Orientierung gestellt. Das 1945 untergegangene preußisch-deutsche Reich war von einer Vielzahl historischer Konfliktlinien überfordert gewesen. Es hatte nicht nur bei seiner Gründung die Gräben zwischen protestantischen und katholischen, modernen und traditionellen, städtischen und ländlichen, bäuerlichen und großagraren Regionen und Lebenswelten geerbt – und ebenso den Gegensatz zwischen der preußischen Metropole und der Provinz. Die kapitalistische Industrialisierung modernisierte und verstärkte auch die Klassenpolaritäten, und große Wanderungen aktivierten die mit den Annektionen französischer, slawischer und dänischer Gebiete bereits erhöhte Vielfalt ethnisch-kultureller Gruppen.

Die großen gesellschaftlich-politischen Klassenmilieus, deren Erosion Beck 1986 feststellte, waren in der Verdichtung dieser Konfliktlinien nach 1871 entstanden. M. Rainer Lepsius (1973) unterschied vier solche Milieus: das katholische, das konservative, das bürgerlich-protestantische und das sozialdemokratisch-protestantische Milieu. Jedes dieser Milieus beschreibt Lepsius als eine Art Tandem zwischen bestimmten lebensweltlichen Milieus und ihren politisch-ideologischen Führungsgruppen. Die Integrationskraft bzw. kulturelle Hegemonie dieser politischen Eliten war jedoch nicht

Viele Autoren, nicht zuletzt Ulrich Beck, beschreiben sehr klar, daß die Risikogesellschaft die eines international enthemmten Kapitalismus ist. Demnach scheint sich nicht die 'Logik des Kapitals', sondern die der 'sozialen Gegenmächte', die ihn zeitweilig in Schach hielten, aufzulösen.

* Dr. Michael Vester, Prof. für Politische Wissenschaft an der Universität Hannover

krisenfest. Sie reichte nicht aus, in der Weimarer Republik einen dauerhaften Konsensus demokratischer politischer Kultur miteinander zu stabilisieren und die jüngere Generation zu binden, die vom raschen Wandel der Lebensstile und sozialen Deklassierungen verunsichert war. Zudem war die von Weber schon vorausgeahnte Konstellation von Massendemagogie und der Sehnsucht eines Teils des Großbürgertums „nach dem Erscheinen eines Cäsar, der sie schirme“ (Weber 1988a, 21, vgl. 1988b, 393), eine wichtige Voraussetzung der nationalsozialistischen Machtergreifung.

Die nach 1945 entstandene neue Konstellation entlastete die beiden Nachfolgestaaten von vielen historischen Konfliktlinien. Der lange Aufschwung des Nachkriegskapitalismus entschärfte die Verteilungskonflikte. Vor allem in Westdeutschland bildete sich ihre Konflikt- und Integrationsfähigkeit der politischen Klasse aus. Lepsius (1974, 268): „Die Sozialstruktur der Bundesrepublik ist in vieler Hinsicht von den traditionellen Konflikten des Deutschen Reiches entlastet; einige sind aufgelöst, wie der Konflikt mit den feudal-konservativen Großagrariern; andere haben an Bedeutung verloren, wie

der Konfessionskonflikt und die regionalen Spannungen; geblieben, wenngleich wesentlich gewandelt, sind die Konflikte zwischen den sozialen Schichten und Statusgruppen.“

Von der Integration zur Spaltung der Mitte

Möglich wurde eine historisch neuartige „Öffnung des sozialen Raums“ (Merleau-Ponty), der erst in den 1970er Jahren wieder Tendenzen der sozialen „Schließung“ (Weber) entgegenzuwirken begannen. In der Sozialstruktur waren diese Dynamiken mit vier nacheinander einsetzenden Veränderungsbewegungen verbunden.

(1) *Teilhabe*. In den 1950er und 1960er Jahren konnten sich die Arbeitnehmer die Teilhabe am 'Wirtschaftswunder' durch Arbeitszeitverkürzungen sowie höhere Lohn-, Konsum-, Sozial- und Bildungsstandards erkämpften (sog. 'Fordismus'). Während die traditionellen Agrar- und Industrieberufe der körperlichen Arbeit radikal schrumpften, wuchs die *Mitte* der Facharbeiter und qualifizierten Angestellten. Dies führte zum „sozialhistorischen Bruch“ (Mooser, 1984) der 1960er Jahre. Es entstand eine *interessen-*

bewußte „Arbeitnehmergeinschaft“ (Lepsius), in der die historischen Differenzen zwischen Arbeitern und Angestellten, Protestanten und Katholiken und den verschiedenen Berufs- und Regionalmilieus erheblich abnahmen. Verbindend war ein gemeinsames Selbstbewußtsein, gegründet auf Fachkönnen, erkämpfte Rechte und die Überwindung der proletarischen Lebensweise der Not, Enge und Unterordnung (Niethammer, 1983 ff.). Die 'Entproletarisierung' war also keineswegs nach rückwärts, auf eine 'kleinbürgerliche' oder 'mittelständische' Mentalität gerichtet, sondern auf ein modernes, 'meritokratisches' (Young, 1958) Bewußtsein der eigenen Arbeitsleistung, für die eine umfassende Teilhabe an den sozialen Chancen verlangt wurde.

(2) *Individualisierung*. In der jüngeren Generation, die in den neuen Sozial- und Kulturstandards groß wurde, erreichte dieser „Wertewandel“ seit den 1960er Jahren eine neue Stufe der Mentalitätsentwicklung, die sog. „Individualisierung“. Nach den „objektiven“ Klassenverhältnissen änderten sich auch die „kulturellen“ Klassenverhältnisse. Das enorme Schrumpfen der traditionellen Agrar- und Industrieberufe

Allerdings verfestigen sich Klassen-schranken seit den 1970er Jahren wieder. Die quasi ständischen Schließungspraktiken, mit denen die Gruppen auf den oberen sozialen Leitersprossen verstärkt ihre Exklusivität sichern, sind, im Sinne Max Webers, Hauptmechanismen einer neuen Klassenstabilisierung.

Die lebensweltlichen Sozialmilieus in Westdeutschland (1982→1991) ¹			
Habitus	modern 14%→20%	moderne Mitte 38%→45%	traditional 46%→35%
Oberklassenhabitus: "Distinktion" 22%→19%	AL Terna-tives Milieu 4% 2%	TEC Technokratisches Milieu 9%→9%	KON servativ-gehobenes Milieu 9%→8%
Habitus der Arbeitnehmer-Mitte: "Streben" 58%→59%	HED Hedonistisches Milieu [Konsumorientierte Mitte] 10%→13%	AUF Aufstiegsorientiertes Milieu [Leistungsorientierte Mitte] 20%→24%	KLB Kleinbürgerliches Milieu [Statusorientierte Mitte] 28%→22%
Arbeiterhabitus: "Notwendigkeit" 18%→22%	NEA Neues Arbeitermilieu 0%→5%	TLO Traditionsloses Arbeitermilieu 9%→12%	TRA Traditionelles Arbeitermilieu 9%→5%

¹ Größengerechte Anordnung der SINUS-Milieus nach U. Becker u.a., 1992 und Flaig u.a., 1993 im Raum des Habitus nach P. Bourdieu, 1982, S. 211-219

und die ebensostarke Zunahme der Berufe mit hohem Bildungskapital war die Grundlage einer Wanderung von Millionen jüngeren Männern und Frauen in neue soziale und kulturelle Milieuerfahrungen. Die „neuen Berufe“ mit ihren größeren Erfahrungshorizonten verfünffachten sich, die Studierendenzahlen verzehnfachten sich bis in die 60er Jahre. Das Wachstum „urbaner Lebensstile“, ertrotzt gegen die kulturellen und politischen Restriktionen „von gestern“, motivierte offensichtlich auch nachhaltige Mentalitäts- und Verhaltensänderungen.

In den meisten Sozialmilieus wurden die Werte der Selbstbestimmung, der Selbstverwirklichung und auch der sozialen Mitverantwortung wesentlich. Nach der vorliegenden Forschung bedeutet *Individualisierung* vor allem *mehr Selbstbestimmung*, d.h. (1) „Kompetenzerweiterung“ durch Bildungsreformen und erweiterte Erfahrungshorizonte; (2) „partizipatorische Revolution“, jene unglaublich gewachsene Bereitschaft zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in Bürgerinitiativen und in direkter Politik, verbunden mit Mißtrauen gegenüber der institutionellen Politik; (3) „Selbstverwirklichung“, nicht nur in ihren hedonistischen Varianten, sondern, besonders bei den Frauen, als emanzipatorische Entwicklung der Person. Individualisierung bedeutet keineswegs automatisch den deklassierenden Zerfall sozialer Zusammenhänge. Nach unseren Erhebungen wurden die Gesellungsformen nicht aufgelöst, sondern entformalisiert (Vester u.a. 1993, 355-387).

(3) Die sog. „neuen soziale Ungleichheiten“ (die im Grunde die ältesten sind) verstärkten wieder sich mit der Abflachung des Wirtschaftswachstums in den 1970er Jahren (Geißler 1976, Hradil 1987). Während der Kern der Arbeitnehmergesellschaft noch gesichert blieb, wurden die sozialen Benachteiligungen an die Gruppen mit geringer Verhandlungsmacht weitergegeben, insbesondere an Frauen, Ausländer, Alte, Angehörige bildungsferner Milieus und auch den Teil der jüngeren Generation, der trotz besserer Ausbildung nur prekäre Beschäftigung fand.

(4) *Spaltung der Mitte*. Als die weltmarkvermittelten Strukturkrisen seit den 1980er Jahren auch die Trägerbranchen des früheren Wirtschaftswunders erfaßten, wurde die

„Alte soziale Frage“, der Gegensatz von Kapital und Arbeit, wieder aktuell. Damit begann auch die Mitte der Arbeitnehmergesellschaft erneut in Gewinner und Verlierer der Modernisierung auseinanderzudriften.

Soziale Öffnung: Individualisierung und pluralisierte Klassengesellschaft

Die ersten beiden Tendenzen fanden einen ausgesprägten Niederschlag in unserer „Milieu-Landkarte“ (die die Mentalitätstypen des SINUS-Instituts in den sozialen Raum Bourdieus einordnet): die „Teilhabe“ der Arbeitnehmer zeigt sich in der sehr großen Mitte von 60%, die „Individualisierung“ der nächsten Generation an der Zunahme der moderneren Milieus. Die Klassenmentalitäten sind dadurch aber nicht verschwunden! Zwar ist im Politischen ein ideologisch und intellektuell durchgeformtes Klassenbewußtsein selten geworden. Aber in der Alltagskultur wirken noch eine obere (distinktive), eine mittlere (strebende) und eine untere (bescheidene) Klassenmentalität fort. „Horizontal“, innerhalb dieser sozialen „Etagen“, sind die „individualisierten“ Milieus zu Lasten der weniger „modernen“ Milieus erheblich gewachsen, und zwar auf etwa 65%. Die „Individualisierung“ ist also wirksam, aber nicht als eine absolute Tendenz, sondern als eine Art 'Umfärbung' der Klassenmentalitäten (Vester u.a. 1993).

Dies zeigt sich eindrucksvoll am Wandel der „Mentalitäten der Mitte“, die ganz überwiegend Arbeitnehmermentalitäten sind. Sie haben durch einen „Masseneffekt der Individualisierung“ viel von ihrer traditionellen „Angepaßtheit“ verloren. Der nach oben blickende, enge und quasi servile Habitus der traditionellen Kleinbürger umfaßt nur noch 22%. Die Mehrheit besteht aus modernen und aufgeschlossenen Angestellten und Facharbeitern, die seit den Bildungsreformen in modernere Aufstiegsmilieus gekommen sind (jetzt 24%), und aus einer hedonistischen, relativ jugendlichen Fraktion von 13%. Nur diese dritte Teilgruppe entspricht dem Bild einer vorwiegend auf den eigenen Konsumgenuß orientierten Individualisierung. Die sozialen Milieus lösen sich also nicht nach einem „allgemeinen Gesetz der Individualisierung“ auf. *Alle Milieus deklinieren die Individualisierung nach ihrer eigenen Façon.*

In den Phasen der Prosperität konnte eine solche dreistufige und horizontal pluralisierte Gesellschaft keine polarisierenden Konflikte um die soziale Frage produzieren. Sie besaß in der differenzierten Mitte starke kohäsive Kräfte, durch die Individualisierung aber auch mehr Reformpotentiale. Diese Konstellation könnte als 'pluralisierte Klassengesellschaft' bezeichnet werden: Klassengesellschaft wegen der vertikalen Unterschiede nach Mentalitäten, sozialen Lagen und Macht – pluralisiert wegen ihrer großen und vielfältig differenzierten Mitte.

Soziale Schließung: Die neue soziale Schere und die politischen Mentalitäten

Allerdings verfestigten sich Klassen-schranken seit den 1970er Jahren wieder. Die quasi ständischen Schließungspraktiken, mit denen die Gruppen auf den oberen sozialen Leitersprossen verstärkt ihre Exklusivität sichern, sind, im Sinne Max Webers, Hauptmechanismen einer neuen Klassenstabilisierung.

Damit entsteht eine *neue vertikale soziale Schere*. In vielen Milieus schrumpft der Anteil der sozial Gesicherten, während die Anteile der privilegierten Modernisierungsgewinner und der Modernisierungsverlierer zunehmen. Was dadurch wächst, ist *nicht eine zusammenhängende Unterklasse, sondern ein heterogenes Feld von sozial benachteiligten Gruppen im unteren und mittleren Teil der Gesellschaft*, die als Milieu- und Mentalitätsgruppen nicht zusammengehören: Teile einer „neuen Unterklasse“ von schlecht Ausgebildeten, am Rande zu prekärer Beschäftigung oder Dauerarbeitslosigkeit; benachteiligte Frauen; Ausländer und Zuwanderer; durch die persönliche Situation (konkret: den „Vergemeinschaftungsstatus“) Benachteiligte, z.B. Kranke ohne soziale Netze, Alleinerziehende, Durchschnittsverdienende mit Kindern, durch die Strukturkrisen freigesetzte Ältere usw.

Die neue soziale Schere, die die relativ integrierte Arbeitnehmergesellschaft ablöste, brachte nach 1989 die *gesellschaftspolitische Lagerbildung* in Bewegung. Als mit der Öffnung der europäischen Grenzen die Weltmarktkonkurrenz ganz nahe rückte, wuchsen zunächst die neuen, indirekten Formen des sozialen Konflikts – wie die enorme Politikverdrossenheit, der offene Auslän-

Was dadurch wächst, ist nicht eine zusammenhängende Unterklasse, sondern ein heterogenes Feld von sozial benachteiligten Gruppen im unteren und mittleren Teil der Gesellschaft, die als Milieu- und Mentalitätsgruppen nicht zusammengehören.

Pietro Ingrao/Rossana Rossanda

Verabredungen zum Jahrhundertende

Eine Debatte über die Entwicklung des Kapitalismus und die Aufgaben der Linken
296 Seiten; DM 48,-; ISBN 3-87975-679-1



Mit Beiträgen von: Einar Altvater, Joachim Bischoff, Frank Deppe, Klaus Dörre, Hartwig Heine, Hasko Hüning, Martin Kronauer, Oskar Negt, Hildegard Maria Nickel, Karl Heinz Roth, Wolfgang Sachs.

Für Ingrao und Rossanda beginnt die Krise der Linken nicht erst mit dem Siegeszug des Neokonservatismus, sondern bereits ein Jahrzehnt zuvor: »Unsere zentrale These ist, daß die Linke den Epochenwechsel nicht verstanden hat, der mit dem Ende des fordistischen Regimes eingeleitet wurde.« Die AutorInnen analysieren Ursachen und Folgen des Epochenwechsels und richten den Blick auf die Herausforderungen am Ende des 20. Jahrhunderts. Ihr »Arbeitsplan« wird anschließend diskutiert von repräsentativen AutorInnen der bundesdeutschen Linken.

In Ihrer Buchhandlung
oder direkt bei

VSA

VSA-Verlag
Klaus-Groth-Str. 33e
20535 Hamburg
Tel. 040/250 20 23, Fax 250 10 11

derhaß oder die jugendkulturellen 'Krawalle'. Inzwischen werden auch die dem arbeitnehmerischen Zentrum der Gesellschaft näheren Konfliktformen wieder aktueller.

Die Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Gleichstellung der Frauen, der Multikulturalität, der sog. „politischen Verdrossenheit“ und der Bereitschaft, sich selber in alten oder neuen Formen politisch zu engagieren, haben wir in unserer Repräsentativbefragung über einen sog. „Politikstil-Indikator“ mit 44 Statements thematisiert. Aus den Cluster- und Faktorenanalysen ergaben sich sieben gut unterscheidbare „Politikstile“, die wir dann auch bestimmten sozialen Lagen, Milieus und auch Formen des sozialen Zusammenhalts zuordnen konnten.

Insgesamt wurde deutlich, daß die meisten Milieus die neuen und die alten sozialen Ungleichheiten sehr kritisch beurteilen: Etwa zwei Drittel der Bevölkerung, die sich in fünf der sieben Typen wiederfinden, sind mehr oder minder stark von sozialen und politischen Verhältnissen „verdrossen“. Aber die Motive der Unzufriedenheit sind je nach Typus so verschiedenen, daß wir *keineswegs* die Tendenz einer *einheitlichen Polarisierung* zwischen Privilegierten und Deklassierten (in der auch die Mitte aufgehen könnte) behaupten können.

Vier weltanschauliche Haupttendenzen

Das Feld teilt sich *vielmehr* in vier *weltanschauliche Haupttendenzen*, die zum Zeitpunkt der Befragung (1991) sogar vier gleich große Lager von je etwa 25% der Bevölkerung bildeten. Die vier Lager des politischen Alltagsbewußtseins, die übrigens nicht unmittelbar mit den politischen Parteilagern identisch sind, entsprechen den vier großen gesellschaftspolitischen Weltanschauungen bzw. Ideologien und ihren Krisen:

- (1) Individualisierung („Selbstverwirklichung“),
- (2) Modernisierung („industrielle Leistungsgesellschaft“),
- (3) konservative Ordnung („ständische Hierarchie“) und
- (4) Deklassierung („Zweidrittelgesellschaft“).

Zwar halten sich diese gesellschaftspolitischen Lager (und mehr noch die parteipolitischen Lager) nicht strikt an die Einteilung der neun Alltagsmilieus, aber sie kon-

zentrieren sich doch in ganz bestimmten Milieuzonen.

(1) *Individualisierung*. Das Lager der 'Kritisch Engagierten' konzentriert sich in den obersten und modernsten Milieus. Gerade diese *moderne Avantgarde* auf der Sonnenseite der Modernisierung ist nicht in ichbezogene Einzelne zerfallen, sondern sozial und politisch besonders motiviert. Als jüngere Generation in moderneren Berufen und Ausbildungen hat sie deutlich überdurchschnittliche Standards in Bildung, Geselligkeit, sozialer Solidarität, politischer Partizipation und der Bereitschaft zur Eigenverantwortung. Sie sind geprägt durch die neuen sozialen Bewegungen und kritisch engagiert für politische und soziale Gleichstellungen. Zu ihnen zählen die beiden Untergruppen der „Sozialintegrativen“ und der „Radikaldemokraten“. Überdurchschnittlich vertreten sind im Politischen: SPD, Grüne, Gewerkschafts- und Bürgeraktivität, teilweise Nichtwähler. – „Individualisierung“ bedeutet hier mehr Selbstbestimmung und nicht Zerstörung des sozialen Zusammenhalts.

(2) *Modernisierung*. Die „Individualisierung“ zeigt sich nicht nur in den modernen Avantgardemilieus. Der „Masseneffekt der Individualisierung“ hat auch die Arbeitermilieus der „modernen Mitte“ stark verändert. Dies ist die mittlere Generation in mittleren Einkommens- und Bildungsstufen und in den modernisierten Arbeiter- und Angestelltenberufen. Auch ihre Standards an sozialem Zusammenhalt, sozialer Toleranz, Solidarität und demokratischen Werten sind überdurchschnittlich: „Leben und leben lassen!“ Aber diese Arbeitergeneration des Wirtschaftswunders verliert durch die wirtschaftlichen und sozialstaatlichen Umstrukturierungen ihre Sicherheit und ist daher von Parteien, Institutionen und der „sozialen Marktwirtschaft“ desillusioniert. Bei der skeptischen modernen Arbeitermitte wirken die *Traditionen der europäischen Arbeiter- und Volksbewegungen* nach, die ihre Rechte und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen „Fortschritt“ nicht von oben empfangen, sondern aus eigener Kraft erarbeitet und erkämpft haben. Hier kehren diejenigen Züge des klassischen Arbeiterbewußtseins wieder, die sich auf die Erfahrung der Unsicherheit und das Mißtrauen gegen Gott, Kaiser und

Tribun stützen. Es herrscht allerdings, da die Unzufriedenheit von keiner gesellschaftspolitischen Perspektive (etwa der SPD) strukturiert wird, eine vollständig defensive, auf die Restauration des erodierenden Sozialstaats gerichtete Stimmung vor. -Überdurchschnittlich vertreten sind im Politischen die SPD und, bei einer bisher eher kleinen Minderheit, die rechte Protestwahl.

(3) *Konservative Ordnung*. Die „zufriedene Mitte“ lebt aus konservativ-ständischen Traditionen in sozial sicheren und überschaubaren Zusammenhängen und Hierarchien. Sie besteht aus der eher gutsituierten Leitgruppe der „Traditionell-Konservativen“ und ihrer arbeitnehmerischen Klientel, den „Gemäßigtkonservativen“. Allerdings hat der Individualisierungseffekt auch diese konservative Mitte verändert. Sie ist durch Erosion sogar um ca. 7% auf ca. 24% geschrumpft. Die Abwanderer, zwei Gruppen von je etwa 2 Millionen jüngere Angestellten und jüngeren Arbeitern, sind durch modernere Arbeits- und Lebenswelterfahrungen von der engen und hierarchischen Alltagsmoral ihrer Elternmilieus abgerückt.

(4) *Deklassierung*. Der Zerfall sozialer Bindungen ist ein Hauptmerkmal des *deklasierten Viertels* der Bevölkerung auf der Schattenseite der Modernisierung. Die älteren Generationen aus traditionellen Berufsgruppen und die schlecht ausgebildeten Jüngeren leben in reduzierten sozialen Netzen und Standards, fühlen sich sozial ausgegrenzt und grenzen andere ebenfalls aus. Sie richten ihre Ressentiments gegen Schwächere, gegen Ausländer, Menschen mit moderneren Lebensstilen, aber auch „die Politiker“. Eine Teilgruppe, die der „Enttäuscht-Apathischen“, ist überdurchschnittlich politisch resigniert. Die andere Teilgruppe, die der „Enttäuscht-Aggressiven“, sympathisiert eher mit aktivem Protest von rechts. Politisch gibt es zwar bei einem Fünftel der „Deklasierten“ besondere Rechtssympathien, besonders in bestimmten Großstadtvierteln. Die Mehrheit hält sich aber realistischerweise noch an die, die sie auch politisch effektiv vertreten können: SPD und CDU/CSU.

Dynamische Milieus – blockierende Politik

Das Gesamtbild dieser politischen Vier-Viertel-Gesellschaft zeigt bisher

keine eindeutige Konfliktlinie zwischen dem Oben und Unten der Gesellschaft, obwohl vertikale Ungleichheiten zunehmen.

Vielmehr stehen sich die äußeren gesellschaftspolitischen Lager, das modernste und das traditionalste, gleichsam „diagonal“ gegenüber. Das Lager der Individualisierung konzentriert sich bei Angehörigen der obersten und modernsten Milieus, also halbkreisförmig oben und links in Bourdieus Sozialraum. Das Lager der Deklassierung konzentriert sich bei Angehörigen der untersten und traditionalsten Milieus, also unten und rechts in Bourdieus Sozialraum. – Dies entspricht Bourdieus Befund einer sog. „systematischen Verzerrung“, d.h. Drehung des Feldes der Politik im sozialen Raum.

Der soziale Zusammenhalt ist auch nicht, wie viele annehmen, am modernen bzw. „individualisierten“ Pol besonders erodiert. Er zerfällt vielmehr gerade bei der vierten Gruppe, den Modernisierungsverlierern, die vor allem aus den untersten und traditionalsten Milieus stammen.

Die Lager der Mitte stehen sogar horizontal nebeneinander: das konservative Lager in der rechten Mitte des Sozialraums, das moderne Arbeitnehmerlager eher links daneben. Dies scheint Ausdruck dessen zu sein, daß sie zwei konkurrierende Traditionen der politischen Kultur repräsentieren. Unsere Befunde belegen zwar eine deutliche Verunsicherung der Mitte. Aber aufgrund der relativ stabilen Mentalitätshaltungen ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß sehr große Gruppen aus der Mitte zu den Extrempolen überwechseln. Eher werden sich *innerhalb der Mitte* neue Orientierungen herausbilden, die an die alten anknüpfen. Auch ist die (arbeitnehmerische) Mitte nicht der Treibsand einer amerikanischen „middle class“, die zur abhängigen Klientel der Oberklasse wird (vgl. Galbraith, 1992). Unsere Mentalitätsprofile verweisen vielmehr auf eine eigene Dynamik zwischen zwei im Alltagszusammenhalt noch gefestigten Lagern der Mitte, in denen sich die konservativen und die demokratischen Identitäten europäischer Tradition ausdrücken.

Die Forschungen bestätigen keineswegs, daß die gegenwärtige gesellschaftspolitische Immobilität eine Folge von entpolitisierten und egoistischen Mentalitäten ist. Mit

der Individualisierung sind vielmehr die Potentiale demokratischer Kompetenz und Reform mehrheitsfähig geworden. Im vorpolitischen Alltag haben vielfältige Strömungen der Bürgerinitiative, der Selbsthilfe, der gegenseitigen Hilfe und der Eigenverantwortung ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht.

Aber diese Potentiale eines solidarischen Gesellschaftsprojektes übersetzen sich nicht in die „große Politik“. Symptomatisch dafür ist die vollständig *defensive, auf die Restauration des erodierenden Sozialstaats* gerichtete Stimmung im Lager der enttäuschten modernen Arbeitnehmermitte. Dies ist jedoch nicht ein Problem der Milieus, sondern der „großen Politik“ selber. Denn dort sind die Entwicklung von Perspektiven und der Wechsel zu den jüngeren Generationen immer noch blockiert.

Literatur

- Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main
- Becker, Ulrich/Becker, Horst/Ruhland, Walter 1992: Zwischen Angst und Aufbruch. Das Lebensgefühl der Deutschen in Ost und West nach der Wiedervereinigung, Düsseldorf
- Bourdieu, Pierre 1982 [1979]: Die feinen Unterschiede, Frankfurt/Main
- Bourdieu, Pierre 1987: Sozialer Sinn, Frankfurt/Main
- Flaig, Berthold Bodo/ Meyer, Thomas/ Ueltzhöffer, Jörg u.a. 1993: Alltagsästhetik und politische Kultur, Bonn
- Galbraith, John Kenneth 1992: Die Herrschaft der Bankrotteure. Der wirtschaftliche Niedergang Amerikas, Hamburg
- Hradil, Stefan 1987: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus, Opladen
- Lepsius, M. Rainer 1973 [1966]: Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973.
- Lepsius, M. Rainer 1974: Sozialstruktur und soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Richard Löwenthal/ Hans Peter Schwarz (Hg.), Die zweite Republik. 25 Jahre BRD – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 263 – 288
- Mooser, Josef 1984: Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt a.M.
- Vester, Michael/Peter von Oertzen/Heiko Geiling/Thomas Hermann/Dagmar Müller: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln 1993.
- Weber, Max 1988: Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. Akademische Antrittsrede [Freiburg, Mai 1895], in: ders., Gesammelte Politische Schriften, Tübingen 1988 [1921].
- Young, Michael 1961: Es lebe die Ungleichheit, Düsseldorf

Die Forschungen bestätigen keineswegs, daß die gegenwärtige gesellschaftspolitische Immobilität eine Folge von entpolitisierten und egoistischen Mentalitäten ist. Aber die Potentiale eines solidarischen Gesellschaftsprojektes übersetzen sich nicht in die „große Politik“. Dies ist jedoch nicht ein Problem der Milieus, sondern der „großen Politik“ selber.

Wir verschenken zwei Bücher
für jedes neue **spw**-Abo,
echt



1



4



2



5



3



6

Jörn Ahrens
Rassismus und Mythologie
Zum Zusammenhang von Rassismus und mythischer Weltdeutung
Ladenpreis: DM 26,-

*Hoffmann/
Mückenberger*
Die Wahrheit der Träume
1968 und heute
Ladenpreis: DM 26,-

Achim Bühl
Cybersociety
Mythos und Realität der Informationsgesellschaft
Ladenpreis: DM 38,-

Berthold Happel
Der Ball als All
Mythos und Entzauberung des Fußballspiels
Ladenpreis: DM 26,-

Michael Höhn
Sympathie für den Teufel
Kritischer Ratgeber Okkultismus, 2. Aufl.
Ladenpreis: DM 19,80

*Große-Oetringhaus/
Strack*
Verkaufte Kindheit
Kinderarbeit für den Weltmarkt
Ladenpreis: DM 29,80

Bitte je zwei
Kennnummern auf
der **spw**-Abokarte
angeben